

Inhalt	
1. Vorbemerkung	Seite 2
2. Wichtigste Empfehlungen der Kommission	Seite 3
3. Das Bürgerrecht auf Kultur von Hilmar Hoffmann	Seite 5
4. Kultur in Hessen Bestandsaufnahme und Empfehlungen	Seite 8
5. Juvenale und Zwischenräume	Seite 20
6. Weitere strukturelle Vorschläge	Seite 23
7. Kosten und Organisation	Seite 25
Anhang	
A1. Exkurs: Plädoyer für eine Jugendkultur Eine neurobiologische Begründung zur Notwendigkeit aktiver Kulturvermittlung an Kinder und Jugendliche von Wolf Singer	Seite 26
A2. Juvenale	Seite 28
Juvenale – Festival	Seite 28
Juvenale – Zwischenräume	Seite 31
A3. Bestandsaufnahmen und Empfehlungen für einzelne Sparten	Seite 33
Literatur	Seite 33
Theater, Musik, Ballett	Seite 34
Film	Seite 35
Freie Kulturszene und soziokulturelle Zentren	Seite 37
A4. Bericht über die Lage der Landesmuseen und der Schlösserverwaltung von Sybille Ebert-Schifferer	Seite 38

Anhang II

Dieser umfangreiche Teil des Berichts wird nicht publiziert. Die Kommission übergibt ihn in einem Exemplar an die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst. Er enthält:

- **Eine vorläufige Sammlung: Kulturszene Hessen**
- **Ausgewählte Berichte, Projektentwürfe konsultierter Institute und Initiativen sowie Gesprächsnotizen der Kommissionsmitglieder**

Im vorliegenden Bericht wird der Begriff Kultur für die Bereiche Kunst, Wissenschaft und Bildung gebraucht.

Alle Empfehlungen der Kommission sind im Text fett gedruckt.

1. Vorbemerkung

Die Hessische Ministerin für Wissenschaft und Kunst, Ruth Wagner, berief im Januar 2001 eine unabhängige Kommission mit der Aufgabe, die hessische Kulturförderung zu überprüfen, neue Ideen für die hessische Kulturarbeit zu entwickeln, die kulturpolitische Debatte zu befördern und Vorschläge zu machen, wie das gemeinhin eher durch seine ökonomische Prosperität bekannte Land Hessen als Kulturland im öffentlichen Bewusstsein verankert werden kann. Der Unabhängigen Hessischen Kulturkommission gehören ausschließlich Persönlichkeiten an, die die Kulturszene Hessens aus eigener Erfahrung gut kennen, hier aber keine eigenen Förderinteressen verfolgen. Die Kommissionsmitglieder haben sich zur Mitarbeit bereit gefunden, weil Ruth Wagner sich als Ausnahmeerscheinung unter den Kulturministern der Bundesländer in den vergangenen Jahren allen Forderungen, auf Kosten der Kultur zu sparen, erfolgreich widersetzt und sogar eine erhebliche Erhöhung der Kulturfördermittel des Landes durchgesetzt hat.

Die Kommission legt nach sieben Sitzungen, mehreren Reisen von Kommissionsmitgliedern zu hessischen Kulturinstituten und zahlreichen Gesprächen mit Protagonisten vorwiegend aus der hessischen Kulturszene am 16. Dezember 2002 ihren Bericht vor.

Die Kommission dankt zahlreichen Kulturschaffenden aus Hessen und ganz Deutschland für ihre Bereitschaft zu intensiven Debatten, für umfassende Informationen, sachkundige Kritik und vielfältige, auch schriftliche Anregungen.

Wichtigste Empfehlungen der Kommission

In der gegenwärtigen ökonomischen Lage der Bundesrepublik Deutschland werden in allen Bereichen Verzichtdebatten geführt. Kultur steht ganz oben auf den Streichlisten. Die Kommission befürchtet, dass sich diese Tendenz – trotz der leicht positiven Entwicklung der Kulturausgaben des Landes in den vergangenen Jahren – auch in Hessen in der kommenden Legislaturperiode durchsetzen wird. Sie hält eine solche Entwicklung für kontraproduktiv und kurzsichtig. **Kultur ist und bleibt eine öffentliche Aufgabe.**

Bestehendes erhalten, rekonstruieren und ausbauen

Die Kommission hat die hessische Kulturszene auf ihren Bestand und ihre Potenzen betrachtet, auf ihre Defizite und auf ihre durch finanzielle Einschränkungen und administrative Fehlentscheidungen entstandenen Verluste. Sie hat sich gefragt: Welche neuen Ideen können der kulturellen Entwicklung des auf die Zukunft orientierten Landes Hessen neue Impulse geben, die kulturelle Bildung in Hessen stärken und zugleich eine internationale Beachtung sichern? Die Ergebnisse dieser Überlegungen liegen in diesem Bericht der Kulturkommission vor. Zusammengefasst kommt die Kommission zu folgenden Ergebnissen:

Hessen läuft Gefahr, seine Stärken in der Kultur zu verlieren. **Es gilt, die vorhandenen, international herausragenden Institute und Veranstaltungen zu stärken, wichtige Strukturen zu erhalten, zu reorganisieren, zu rekonstruieren und auszubauen.** (Dazu macht die Kommission eine Reihe konkreter Vorschläge in Kapitel 4 und im Anhang A 3 und A 4.) Die dafür notwendigen Mittel müssen bereit gestellt werden. Sonst ist die Kultur auch in ihrem Bestand gefährdet. Als unverzichtbar betrachtet die Kommission zum Beispiel:

- **die documenta, Kassel**
- **die Frankfurter Buchmesse als die beiden international beachteten kulturellen Höhepunkte in Hessen**
- **das Ballett Frankfurt**
- **das Ensemble Modern, Frankfurt als die beiden international beachteten Ensembles**
- **die einzigartige Museumslandschaft Kassel**
- **das Hessische Landesmuseum Darmstadt**
- **das Jugendstilensemble Darmstadt**
- **die Grube Messel und das Senckenbergmuseum**
- **das Städelsche Kunstinstitut und die Städelschule, Frankfurt**
- **das Goethehaus und das Goethemuseum in Frankfurt**
- **das neue Filmfestival Go East, Wiesbaden**
- **das Kinderfilmfestival Lucas, Frankfurt**
- **die Internationalen Ferienkurse für Neue Musik, Darmstadt**
- **die Oper Frankfurt**
- **die Alte Oper Frankfurt**
- **die freie Kulturszene und Kulturzentren**
- **Jugend- und Schulbibliotheken**

Diese Institute und Projekte vor allem sollen, wo notwendig, mit zusätzlichen Fördermitteln verstärkt bzw. wieder zu internationaler Bedeutung geführt werden.

Überprüfung bestehender Förderbereiche

Bei allen Kulturförderungen sollte das Land langfristige Abkommen mit Zielvereinbarungen eingehen, die einerseits den Instituten und Projekten mittel- und langfristige Planungssicherheit bieten und andererseits dem Land ermöglichen, in regelmäßigen Abständen seine Förderentscheidungen zu überprüfen. Eine erste umfassende Überprüfung sollte sofort erfolgen. Landesförderung sollte nur für solche Einrichtungen und Projekte gegeben werden, die von landesweiter Bedeutung sind.

2.

Juvenale/Ästhetische Bildung von Kindern und Jugendlichen

Die Kommission hat ihre Arbeit vor der Veröffentlichung der PISA- und der OECD-Studie aufgenommen. Sie ist unabhängig von diesen davon ausgegangen, dass gegen die derzeitige Ausbreitung einer zum Entertainment neigenden Kulturauffassung eine große Anstrengung zur Förderung der ästhetischen Bildung unternommen werden muss. Skandinavische Erfahrungen zeigen, dass verstärkte Investitionen in die ästhetische Erziehung von Kindern und Jugendlichen nicht nur für die Kultur positive Folgen haben, sondern auf allen gesellschaftlichen Ebenen wirken.

Die Kommission empfiehlt dem Land eine am skandinavischen Beispiel orientierte Bildungs- und Kulturoffensive, die bestehende Strukturen stärkt und neue Projekte entwickelt. Um diese mit internationalem Schwung zu befördern und der Erziehung zu Kreativität und Phantasie neue Impulse zu geben, schlägt sie das Projekt einer Triennale der Jugendkultur vor. Sie wird „Juvenale“ genannt. Die Jahre zwischen den „Juvenalen“ („Zwischenräume“ genannt) werden verstärkt für die ästhetische Bildung von Kindern und Jugendlichen genutzt.

Jede in Europa heranwachsende Generation sucht nach Ausdruck und Gestaltung ihrer künstlerischen Impulse, die sich in ihren Verhaltensformen sozial, in ihrer künstlerischen Arbeit kulturprägend fassen lassen. Sie zu erkennen, zusammenzuführen, miteinander und mit unserem kulturellen Erbe in Verbindung zu bringen und erkennbar zu machen, ist ein Ziel der „Juvenale“.

Das Bürgerrecht auf Kultur

Die Kommission empfiehlt, die Aufnahme des einklagbaren Bürgerrechtes auf Kultur als Artikel 62 b in die Hessische Verfassung in der kommenden Legislaturperiode per Plebiszit zur Abstimmung vorzulegen. Die Kommission schlägt dafür folgende Formulierung vor: „Die Kultur genießt den Schutz und die Pflege des Staates, der Gemeinden und Gemeindeverbände und ist entsprechend zu fördern.“

Wenn Kulturförderung nicht mehr „freiwillige“ Kür, sondern verfassungsrechtlich geforderte Pflicht ist, kann auf dieser Grundlage die Sicherung der Kulturinstitute und kultureller Initiativen sowie eine mittel- und langfristige Planungssicherheit für alle geförderten Kulturprojekte gewährleistet werden. Auf der Grundlage eines solchen Verfassungskonsenses ist ein Paradigmenwechsel denkbar, mit dem Ziel, dass Kultur von der Mehrheit der Wähler und vor allem auch der Finanzpolitiker nicht primär als Kostenfaktor, sondern als Reichtum Hessens gewürdigt werden.

Ein gesellschaftlicher Aufbruch für die Kultur ist heute notwendiger denn je. Hessen kann mit gutem Beispiel voran gehen.

Das Bürgerrecht auf Kultur

3.

von Hilmar Hoffmann

Kultur für alle

Der zu Beginn der siebziger Jahre des vergangenen Jahrhunderts entwickelte Imperativ „Kultur für alle“ wird durch die Problemlagen der Gegenwart wirkungsvoll aufgewertet. Zur Zeit seiner Entstehung war dieses Programm einer Demokratisierung der Kultur eingebettet in einen gesamtgesellschaftlichen Aufbruch. Es war Korrelat der ökonomischen und politischen Antworten auf die ersten Wachstumskrisen der bundesrepublikanischen Nachkriegsgesellschaft, auf Keynesianische Wirtschaftsprogramme und Willy Brandts „Mehr Demokratie wagen“. Kultur wurde als Mehrwert für Lebensqualität definiert, als urbaner Weg, die durch monofunktionale Ausrichtung auf Verkehr und Kommerz entstandene „Unwirtlichkeit unserer Städte“ zu überwinden. „Demokratisierung der Kultur“ sollte Barrieren beim Zugang zum kulturellen Leben abbauen, kulturelle Bildung sollte zu einem konstitutiven Element der Sozialisation aller werden. Zugleich wurde die Existenz unterschiedlicher Kulturen anerkannt. Alternative Kulturformen und bisher nicht ins Blickfeld geratene Kulturbereiche, Film, Jazz, Populärmusik, Off-Theater und Vereinsarbeit wurden in den Kulturbegriff integriert. Auch die Kultur der Arbeitsmigranten wurde als Wertezuwachs erkannt. Es galt, alle sozialen Schichten der Gesellschaft zu ermutigen, Kultur auch als ganz persönlichen Mehrwert zu begreifen und zu fördern.

Kultur als gesellschaftlicher Integrationsfaktor

Die Ermutigung zur eigenen Kreativität war die Quintessenz aus Joseph Beuys' Diktum „Jeder Mensch ist ein Künstler“. Inzwischen ist daraus ein neues Schlagwort geworden: Empowerment, gemeint ist damit die Selbstbefähigung, also jener kritische Punkt, wo Stärkung der eigenen Kraft sozialer und ethnischer Gruppen und kulturelles Leben im Ziel zusammenfließen. In der Sprache der internationalen Organisationen spielt der Begriff Empowerment heute immer

dann eine zentrale Rolle, wenn in globalen Verknüpfungen über den Zusammenhang von Kultur und Entwicklung nachgedacht wird, wobei „Entwicklung“ nicht mehr als bloßer Nachvollzug des Weges der Industriegesellschaften, sondern als je eigener Weg zur Überwindung von Elend und Not interpretiert wird. Dieser Weg ist nicht begehbar ohne die Aktivierung der eigenen kulturellen Ressourcen. Mit dem Programm „Kultur für alle“ sollte verhindert werden, relevante Teile der Bevölkerung von der Kultur und damit vom Gemeinschaftsleben auszuschließen.

Nach dem 11. September 2001, nach dem Attentat auf Bali und der Geiselnahme in Moskau im Oktober 2002, nach der Wahnsinnstat von Erfurt im Juli 2002 ist diese Frage aktueller denn je: Welche Bindungskräfte halten die Gesellschaft zusammen? Wo findet sie ihre einenden Impulse? Wir müssen dringlich danach fragen, wenn wir gewaltbereite Jugendliche beobachten, aber auch, wenn wir sehen, wie Migrantengruppen sich selbst gettoisieren oder gettoisiert werden. Und wir dürfen fragen, wie diejenigen wieder in die Gemeinschaft integriert werden können, die sich im Schutz ihres Reichtums oder in den Führungsetagen abschotten, ihre celebrity-Kultur genießen und sich aus der auch finanziellen Verantwortung für unser Gemeinwesen davonstehlen.

Wenn der Wertekanon des demokratischen und sozialen Rechtsstaates nicht aufrechterhalten wird, fehlt die Motivation zum Engagement für die Zivilgesellschaft. Integration und Akzeptanz sind nicht für alle per Recht und Gesetz zu haben oder mit Hilfe von Ordnungsmitteln zu leisten. Die politischen und administrativen Instrumente funktionieren nur, wenn auch auf der symbolischen Ebene ein Empfinden wechselseitiger Abhängigkeit entsteht, wenn Integration andererseits auch als Steigerung der eigenen Lebensqualität erfahren wird. Das Rekurrieren auf eine „nationale Leitkultur“ oder auf einen

3.

traditionellen kulturellen Kanon reicht hier nicht aus. In einer globalisierten, kulturell pluralisierten, zugleich offenen, demokratischen Gesellschaft, die zukunftsfähig sein will, kann ein Wertekonsens nie exklusiv und administrativ, sondern immer nur pluralistisch und diskursiv aufrecht erhalten werden, indem zwar nie alles, aber doch immer wieder einiges neu zur Disposition gestellt wird.

Interkultureller Dialog

Das Beharren auf einem immer wieder neu durch die Praxis zu bestätigenden Wertekanon ist aber nicht zu verwechseln mit Pathosformeln einer schwarz-weiß gemalten Beschwörung von Gut und Böse, die an Carl Schmitts Diktum erinnert, die Beziehung zum so genannten Feind sei Inbegriff des Politischen. Wenn für Begriffe wie „Rationalität“ oder „Gerechtigkeit“ keine anderen Maßstäbe als die der jeweils eigenen Kultur gefunden werden, dann haben wir es mit gefährlichem Kulturzentrismus zu tun. Um ihn zu überwinden, plädiert Kofi Annan für einen ergebnisoffenen „Dialog der Kulturen“. Sein Programm zielt darauf, „Verständnis füreinander zu entwickeln, indem man sich auf gemeinsame Werte einigt und gemeinsam dem Zusammenleben eine neue kulturelle Dimension verschafft.“ Dass man die Identität einer bestimmten Person nicht anerkennen kann, ohne zugleich ihre Zugehörigkeit zu einer anderen, besonderen sozialen kulturellen Lebensform zu würdigen, die Anerkennung des Rechtes auf die eigene Kultur als Teil der übergreifenden Menschenrechte also, ist Grundlage dieses Dialogs. So hat Kultur in der multiethnischen, multireligiösen, multikulturellen Gesellschaft eine Chance, auf globaler Ebene zum Mittel der Prävention von Gewalt und Terror zu werden.

Diesen Prozess befördern die Künste, indem sie kulturspezifische Möglichkeiten der Interpretation von Mensch und Welt nach- und durchspielen und zugleich Chancen des Wandels und der Entwicklung öffnen. In Kassel hat die documen-

ta 11 uns eindrucksvoll aufgefordert zur Wahrnehmung jener anderen Weltansichten, an deren aufgeklärtem Eigeninteresse niemand mehr achtlos vorbei gehen darf. Sie hat gezeigt, wie Kunst Möglichkeitsräume für die Überwindung von Denkblockaden und gesellschaftspolitischen Sackgassen öffnen kann. „Damit der Mensch in all seinen Ängsten, Hoffnungen, Vorurteilen und seiner Unzulänglichkeit unverseht bleibt, müssen wir einfachen Slogans widerstehen,“ schreibt Okwui Enwezor. Die Künste helfen uns dabei, weil sie in modernen Gesellschaften den zugestandenen Freiraum garantieren, in dem Menschsein und Welt reflektiert werden, in dem die Vergangenheit erinnert, die Gegenwart kritisch reflektiert und die Zukunft imaginiert wird. Die Künste sind auch der Ort, wo die mannigfaltigsten Facetten des Menschseins symbolisiert und im direkten wie im übertragenen Sinne in Bilder, in Symbole gefasst werden. So kann die Kunst der Vernunft ein Helfer sein – im Sinne des Aufklärers Friedrich Schiller: „Des Menschen Kultur wird also darin bestehen, (...) dem empfangenden Vermögen die vielfältigsten Berührungen mit der Welt zu verschaffen, (...) dem bestimmenden Vermögen die höchste Unabhängigkeit von dem empfangenden zu erwerben und auf Seiten der Vernunft die Aktivität aufs Höchste zu treiben.“

Kunst ist mehr als Daseinsschmuck oder Dekoration von Lebensverhältnissen. Sie ist offen für Bedeutung und Symbole, aber auch für lebensweltliche Verankerung. Spielerischer Umgang mit Kunst hat uns viele neue Erfahrungen und Erlebnisse gebracht. Das postdramatische Theater, der abstrakte Minimalismus, Happenings, die vielfachen, durchaus legitimen Formen intelligenter „Spaßkultur“ mit ihrem wenig ambitionierten Umgang mit kanonisierten ästhetischen Ausdrucksformen – sie alle reklamieren das legitime Recht auf eine Kunst auch ohne Moralisieren oder erhobenen Zeigefinger. Beides, das kulturelle Erbe zu erhalten und zugleich über es hinausweisende, es infrage

stellende oder auch auf einem anderen kulturellen Erbe gründende Künste und Lebensentwürfe zu ermöglichen und zu fördern, ist Gebot demokratischer Kulturpolitik.

„Damit der Mensch sich nicht selbst versäume...“

Die kulturpolitischen Debatten der letzten Monate über die PISA-Studie und die jüngste Studie der OECD haben Schillers Briefen „über die ästhetische Erziehung des Menschengeschlechts“ brisante Aktualität verliehen. „Kann aber wohl der Mensch dazu bestimmt sein, über irgendeinem Zwecke sich selbst zu versäumen?“ fragt Schiller. „Wenn das gemeine Wesen das Amt zum Maßstab des Mannes macht, wenn es an dem einen seiner Bürger nur die Memorie, an einem anderen den tabellarischen Verstand, an einem dritten nur die mechanische Fertigkeit ehrt (...), darf es uns da wundern, dass die übrigen Anlagen des Gemüts vernachlässigt werden (...)?“ Die notwendig werdenden „mentalen Innovationen“ sind nicht mehr nur solche der unternehmerischen Wissensgesellschaft, auch nicht nur sozialtechnische. Sie beziehen sich vielmehr auf die Frage nach dem humanen Sinn aller Anstrengung, nach den Leitbildern des guten und richtigen Lebens. Zu diesem kulturellen Programm gehört die Bereitschaft, unsere Ressourcen dafür zu investieren: Phantasie und Energie, aber auch Zeit und Geld. Kultur und Künste als unentbehrlicher Teil menschlicher Lebenspraxis haben einen legitimen Anspruch auf Alimentierung durch Staat und Gemeinden.

Das Bürgerrecht auf Kultur

Es ist ein Gebot der Vernunft, das Bürgerrecht auf Kultur endlich in unserer Verfassung zu verankern. Die Hessische Verfassung verpflichtet die politisch Handelnden in Artikel 62, „die Denkmäler der Kunst, der Geschichte und Kultur sowie der Landschaft“ zu schützen und zu pflegen. Es gilt, diesen Verfassungsauftrag für die Pflege des kulturellen Erbes auch auf die Förderung der Gegenwartskultur auszudehnen und das Bürgerrecht auf Kultur in der Hessischen Verfassung festzuschreiben. Es ist bedauerlich, dass die Fraktionen des Hessischen Landtags die Gelegenheit hierzu bei dem Verfassungsplebiszit vom 22. September 2002 versäumt haben. Die Kulturförderung, die Sicherung eines vielfältigen kulturellen Lebens für alle Bewohner Hessens, sollte für die politischen Akteure verfassungsrechtliche Pflichtaufgabe werden.

4. Kultur in Hessen

Bestandaufnahme und Empfehlungen

In den knapp zwei Jahren der Arbeit der Kommission haben sich die Grundlagen für Kultur in Hessen entscheidend verändert. Die Kommission präsentiert die Ergebnisse ihrer auf eine langfristige Planung gerichteten Überlegungen in einer Zeit, in der kurz- und mittelfristig mit großen Einschnitten in den öffentlichen Etats und Unternehmenshaushalten zu rechnen sein wird. Die Finanznöte haben verstärkte Debatten über die Notwendigkeit von Kulturförderung zur Folge. Auf Landesebene hat sich diese Tendenz erfreulicher Weise in der zu Ende gehenden Legislaturperiode nicht durchsetzen können.

Aktuelles Problem: Ballett Frankfurt

Aber in den vergangenen Monaten wurden diese Debatten bereits wieder aktuell – in einer besonders verheerenden Variante am Beispiel der Stadt Frankfurt am Main. Aufgrund ihrer historischen Tradition als Freie Reichsstadt ist sie aus der Kulturförderung des Landes weitgehend ausgeblendet. Sie bringt zur Finanzierung ihrer über das Land Hessen weit hinaus wirkenden Museums- und Theaterlandschaft ca. 10% ihres Gesamthaushalts für die Kulturförderung selber auf. Frankfurt am Main hat damit prozentual zum Gesamthaushalt den größten Kulturhaushalt aller deutschen Städte. Einrichtungen, die viele Besucher aus finanziell nicht beteiligten Umlandgemeinden anziehen, werden von der Metropole des Rhein-Main-Gebiets weitgehend allein finanziert. Eine daraus resultierende, mit „ökonomischen Zwängen“ operierende, kulturfeindliche Stimmung hat jüngst zu politischen Entscheidungen geführt, die das international hoch beachtete Forsythesche Tanztheater in seiner Existenz gefährden.

Wegen seiner herausgehobenen internationalen Bedeutung schlägt die Kommission vor, dass sich das Land künftig an der Finanzierung des Balletts Frankfurt analog zur Finanzierung der Hessischen Staatstheater in Wiesbaden, Darmstadt und Kassel mit 52% beteiligt und es so zum Hessischen Staatsballett erhebt. Entsprechende Verhandlungen mit der Stadt Frankfurt und mit William Forsythe sollten unmittelbar aufgenommen werden.

Ensemble Modern deutlich stärken!

Eine vergleichbare Entwicklung droht bei einem zweiten in Frankfurt angesiedelten Ensemble von weltweiter Bedeutung, an dem das Land zur Zeit schon mit einem erheblichen Finanzierungsanteil beteiligt ist, dem Ensemble Modern. **Die Kommission schlägt deshalb vor, die Landesförderung für das Ensemble Modern erheblich zu erhöhen und ihm damit eine stabile Basis und die Chance für neue herausragende Projekte zu geben.**

Kulturkooperation Land – Stadt Frankfurt

Generell gilt es, eine Trendwende in der kulturpolitischen Debatte herbeizuführen und die Umlandgemeinden wie auch das Land angemessen an der Finanzierung der Kulturszene der Mainmetropole zu beteiligen. Wenn dies nicht gelingt, dürften deren Kultureinrichtungen und damit die Attraktivität des Rhein-Main-Gebiets insgesamt auf Dauer gefährdet sein und eine Bewerbung der Kulturregion Rhein-Main um die „Kulturhauptstadt Europas“ obsolet werden.

Die Kommission erwartet, dass die Landesregierung die beteiligten Städte und Gemeinden und die Leiter der wichtigsten Institute um einen Tisch versammelt, mit der klaren Zielvorgabe, in einem eng begrenzten Zeitraum zu Ergebnissen zu kommen, die zu einer angemessenen Verteilung der Lasten führen, ohne die künstlerische Autonomie der Institute einzuschränken.

Eine solche Landesinitiative ist nur dann glaubwürdig und effektiv, wenn auch das Land bereit ist, über den kommunalen Finanzausgleich hinaus einen angemessenen Anteil der Frankfurter „Kulturlast“ zu übernehmen. Über die vorgeschlagene Beteiligung an den Kosten des Ballett Frankfurt und die spürbare Erhöhung der Landesförderung des Ensemble Modern hinaus könnten erste Schritte hierzu sein:

- **der Wiedereinstieg des Landes in das Deutsche Jazzfestival**
- **eine mittelfristige, über die Hessische Kulturstiftung finanzierte Projektkooperationen mit über Frankfurt hinaus wirkenden Museen**, etwa dem Museum der Weltkulturen, dem Jüdischen Museum und dem Museum für Angewandte Kunst, die in ihrer museumspädagogischen Arbeit mit Jugendprojekten und Schulen aus ganz Hessen kooperieren, sowie dem Deutschen Architekturmuseum und dem Deutschen Filmmuseum. (Förderungswürdige Projektvorschläge des Museums der Weltkulturen und des Deutschen Architekturmuseums übergibt die Kommission der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst im nichtpublizierten Anhang zu diesem Bericht.)

Zusammenlegung von Frankfurter Instituten

- **Die Kommission empfiehlt die Zusammenlegung von DIF, Deutschem Filmmuseum und Kommunalem Kino, durch die erhebliche Synergieeffekte ermöglicht werden.**
- **Die Kommission empfiehlt die Zusammenlegung von Städtischem Kunstinstitut und Städtelschule.** Diese Idee knüpft an die ursprüngliche Stiftungsintention von 1815 an, aus der sich erst im Laufe der Jahre zwei institutionell getrennte, räumlich eng benachbarte Institute entwickelt haben. Diese durch ein aufeinander bezogenes Programm und die gemeinsame Organisationsform einer auf dem Stiftungsgedanken beruhenden Plattform wieder zusammenzuführen, eröffnet die einmalige Möglichkeit, das Potenzial einer be-

deutenden Gemäldegalerie und einer der experimentellsten Kunstakademien, die andernfalls in ihrer Existenz gefährdet wäre, miteinander zu vereinen. **Für das Land bedeutet dies eine Beteiligung am Gesamtkomplex Städel und eine spürbare Steigerung seines bisherigen Engagements.**

Kulturelle Stärken

Hessen erfreut sich einer vielfältigen Kulturszene mit zahlreicher kulturellen Highlights und einem reichen kulturellen Erbe. Diese historisch gewachsene, multizentrische Kulturstruktur mit den ehemaligen Residenzstädten Kassel, Darmstadt, Wiesbaden, der freien Reichsstadt Frankfurt sowie den Universitätsstädten Marburg, und Gießen, den Bischofsresidenzen Fulda und Limburg und zahlreichen weiteren regionalen und lokalen Subzentren angemessen zu würdigen, ist im Rahmen dieses Berichts unmöglich. Vieles davon ist bekannt, aber nicht explizit hessisch konnotiert. Daher wird im Folgenden auf einige besondere Stärken hingewiesen.

Literatur

Hessen ist mit seinen zahlreichen bedeutenden Verlagen, von denen einige das geistige Klima der Republik geprägt haben, mit dem PEN-Zentrum, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und dem Büchnerpreis in Darmstadt, mit der Buchmesse, dem Börsenverein, dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, mit dem Freien Deutschen Hochstift nebst Goethe-Haus und dem Goethe-Museum, mit der Deutschen Bibliothek in Frankfurt, mit den Universitätsbibliotheken, den Literaturhäusern, Literaturfabriken und Literaturbüros in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und anderswo, das deutsche Literaturland par excellence. Viele bedeutende Autoren arbeiten hier oder haben sich an hiesige Verlagshäuser gebunden.

4.

Kritische Theorie

Hessen ist ein Land kritischer Theoriebildung. Hier haben die Protagonisten der Kritischen Theorie in den zwanziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts mit ihrer Arbeit begonnen, hier haben sie sie nach ihrer Rückkehr aus dem Exil fortgesetzt. Die Johann Wolfgang Goethe-Universität, das Institut für Sozialforschung, das Sigmund Freud-Institut und das Fritz Bauer-Institut zur Erforschung des Holocaust und seiner Wirkungsgeschichte in Frankfurt stehen in der Tradition gesellschaftskritischer Aufklärung, ebenso die jüngere Geschichte und gegenwärtige Forschungsprojekte anderer hessischer Hochschulen, insbesondere der traditionsreichen Philipps-Universität Marburg. Wichtige gesellschaftliche Debatten wurden und werden weiterhin von den Darmstädter Gesprächen, den Frankfurter Römerberggesprächen und den Kasseler Millenniumstagen angestoßen.

Bildende Kunst und Kulturelles Erbe

Was die Buchmesse in Frankfurt für die Weltliteratur der Gegenwart, ist die documenta in Kassel für die Bildende Kunst. Die documenta-Stadt bietet dazu ihre vielfältige, historisch gewachsene Museumslandschaft nebst ihrem einzigartigen Museums- und Parkensemble Schloss Wilhelmshöhe mit seiner Sammlung Alter Meister. Das Museum der Jawlenski- und Fluxus-Stadt Wiesbaden war im documenta-Jahr 2002 Initiator und Ort einer international beachteten Werkschau Eva Hesses. Die Barockstadt Fulda, die Jugendstilstadt Darmstadt mit der Mathildenhöhe und einem für seine innovativen Ausstellungskonzepte bekannten Landesmuseum, das einzige erhaltene Universalmuseum mit deutschland- und weltweit einzigartigen Beständen (naturhistorische Abteilung mit den weltberühmten Funden der Grube Messel, Glasmalerei, spätgotische Altäre und bald auch keltische Funde sowie authentischen Beuys-Installationen), Frankfurt mit seinem Museumsufer – u.a. Städel und Deutsches Architekturmuseum –, mit dem Museum für Moderne

Kunst, der Kunsthalle Schirn, der Städelschule, den Kunstsammlungen der großen Bankinstitute und als Ausrichter der manifesta 2002, Offenbach mit der Hochschule für Gestaltung und einer jungen Künstlerszene, nicht zuletzt die über alle hessischen Regionen verstreuten ungezählten Schlösser, Garten- und Baudenkmäler sind nur einige Hinweise darauf, dass Hessen auch als Land der Bildenden Kunst und der Architektur Geltung hat.

Zeitgenössische Musik

Hessen ist ein Zentrum zeitgenössischer Musik. Darmstadt beherbergt das Internationale Musikinstitut mit den Internationalen Ferienkursen für Neue Musik, das Jazz-Institut und am Staatstheater ein kleines, innovatives Musiktheater. Frankfurt, nach dem Krieg die europäische Hauptstadt des Jazz, ist Ort des Deutschen Jazzfestivals, des Ensemble Modern und Zentrum der internationalen Techno-Szene. Die Alte Oper Frankfurt ist Zentrum international angesehener Konzertveranstaltungen. Kassel, Veranstaltungsort der Kasseler Musiktage, ist Sitz bzw. Gründungsort eines großen deutschen Musikverlags und bedeutender Musikarchive.

Theater

Die Theaterlandschaft zeichnet sich durch eine konzentrierte Vielfalt des Angebots aus. Dreispertige Landestheater in Darmstadt, Wiesbaden und Kassel, Stadttheater in Gießen und Marburg und die – noch – vierspartigen Städtischen Bühnen in Frankfurt mit dem Ballett Frankfurt und der wieder neu erstarkten Oper Frankfurt konkurrieren mit ungezählten privaten und freien Bühnen und Ensembles. Besonders letztere bieten ein differenziertes Theaterangebot für Kinder und Jugendliche, die in viele, oft gemeinsam mit Schulen und Jugendzentren organisierte Projekte auch als Darsteller integriert sind. Die im Aufbau befindliche Theaterakademie mit ihren Instituten in Frankfurt, Offenbach und Darmstadt wird in Verbindung mit dem Institut für angewandte Theaterwissenschaft an

der Universität Gießen einen Schwerpunkt für die Ausbildung der szenischen Künste bilden. Die in Frankfurt ansässige Deutsche Akademie der Darstellenden Künste ist Zentrum mannigfaltiger Aktivitäten im Bereich Theater, Fernsehspiel und Hörspiel.

Film

Hessen hat zwar im Vergleich mit Ländern wie Hamburg, Berlin und Nordrhein-Westfalen kaum eine nennenswerte Filmproduktion, ist aber neben London der wichtigste Postproduktionsort Europas und mit dem Deutschen Filmmuseum, dem Deutschen Filminstitut, dem Internet-Portal zum deutschen Film und zahlreichen Filmzeitschriften Zentrum der Filmwissenschaft und Filmkritik. Der Marburger Kamerapreis genießt europaweites Ansehen. Die Filmbildung an hessischen Hochschulen hat einen hohen Standard. Mehrere Oscar-Preisträger zeugen von der internationalen Konkurrenzfähigkeit der Animationsfilmbildung an der Kasseler Universität.

Festivals

Mit der documenta, den Wiesbadener Maifestspielen, mit dem Rheingau-Musikfestival, in den vergangenen Jahren mit der vom TAT Frankfurt veranstalteten experimenta, mit dem Frankfurter Kinderfilmfestival Lucas, mit dem neuen Wiesbadener Filmfestival Go East, mit den regionalen Kultursommern und zahlreichen anderen Theater-, Kleinkunst- und Musikfestivals ist Hessen auch Festival-Land.

Preise

Neben dem Bühnerpreis und dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels werden in Hessen der Sigmund Freud-Preis, der Johann Heinrich Merck-Preis, der Adorno-Preis, der Goethe-Preis, der Merton-Preis, der Hessische Kulturpreis, der Preis der deutschen Musikmesse und andere renommierte, gut dotierte Kulturpreise verliehen.

Ausbildungsgänge

Die hessischen Universitäten und Hochschulen engagieren sich mit literatur-, musik-, theater- und filmwissenschaftlichen und praxisorientierten, mimischen, gestalterischen, musikalischen Studiengängen ebenso für die Nachwuchsförderung wie die Musikschulen, die innovative Kinderakademie Fulda und zahlreiche andere in Hessen angesiedelte Institute, Initiativen und Stiftungen.

Mäzenatentum

Die Städel-Administration und viele andere, insbesondere auch jüdische Stiftungen verweisen auf eine lange Tradition und die aktuelle Praxis bürgerschaftlichen Engagements für Kultur. Zahlreiche Institute könnten ohne dieses Engagement nicht existieren. Vor allem innovative Projekte wären ohne solche Unterstützung nicht möglich. Das gilt auch für viele Vorhaben und Einrichtungen in der Region (wie z.B. für Heimatmuseen, „Kulturscheunen“, Initiativen für die Erhaltung von Baudenkmalern, archäologische Projekte etc.).

Freie Szene

Einer jüngeren, in den späten sechziger, siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts angesiedelten Variante bürgerschaftlichen Engagements verdankt sich die vielfältige, inzwischen z.T. hoch professionalisierte, freie Kulturszene. Soziokulturelle und freie Kulturzentren überall im Land sprechen vor allem ein junges Publikum an. Das mit Künstlern und Instituten aus aller Welt kooperierende Frankfurter Künstlerhaus Mousonturm und das mit vergleichbaren Zentren in ganz Deutschland vernetzte Weltmusikzentrum Brotfabrik mit seinem Internetprojekt „local aliens“ sind aus solchen Initiativen hervorgegangen.

4.

Internetportal zur Kultur

Diese sporadischen Streiflichter zeigen, welche kulturellen Impulse von Hessen ausgehen, ohne dass es als Kulturland im Bewusstsein seiner Bewohner und Besucher verankert wäre. **Um mit diesem Pfund wuchern zu können, empfiehlt die Kommission**, über die begrüßenswerte, jüngst erschienene Broschüre „Kulturland Hessen. Zwischen historischem Erbe und zeitgenössischer Kunst“ hinaus, **einen umfassenden Überblick in Form eines „Internetportals zur Kultur in Hessen“ über den Reichtum und die Vielfalt der Kulturszene zu bieten**. Vernetzungen verschiedener Institute und Initiativen, der Dialog zwischen ihnen und der Zugang zu Kultureinrichtungen auch in dezentralen Regionen könnten so erleichtert werden. Als Grundlage hierfür übergibt die Kommission im Anhang Teil 2 zu diesem Bericht der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst eine kurzfristig zusammengestellte, umfangreiche, aber noch unvollständige Übersicht über kulturelle Aktivitäten in Hessen.

Jahrelanges „Einsparen“ auf Kosten der Kultur schafft Defizite

Die öffentliche Kulturförderung des Landes korrespondiert leider nicht mit seinem kulturellen Reichtum. Ende der neunziger Jahre lag sie im Vergleich der übrigen Bundesländer im unteren Drittel. Erfreulicher Weise ist es gegen den Trend in allen anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren gelungen, die kontinuierliche Abwärtsentwicklung bei den hessischen Kulturausgaben zu stoppen, sie z.T. umzukehren und Haushaltssteigerungen um deutlich mehr als 30 Mio EUR durchzusetzen.

Im Berichtszeitraum sind mit Landesbeteiligung zwei neue Museen eröffnet worden: das Gießener Mathematikmuseum, das Kinder und Jugendliche für diese Wissenschaft begeistert, und in Kooperation mit der Stiftung preußischer Kulturbesitz das Johann Christian Rauch-Museum in Arolsen. Dieses Haus, das

dem Werk des neben Gottfried Schadow wohl bedeutendsten Bildhauers des deutschen Klassizismus gewidmet ist, ist ein gutes Beispiel für eine unbürokratische, nicht von ideologischen Debatten um Kulturhoheiten geprägte Kooperation zwischen Bund, Land und Kommune.

Es gibt keine verlässlichen kulturstatistischen Vergleichsdaten für die Bundesländer, den Bund und die Kommunen. Daher sind alle im folgenden genannten Ziffern nur Orientierungsdaten. Wo es nicht ausdrücklich anders vermerkt ist, beruhen sie auf Angaben aus dem Hessischen Ministerium für Wissenschaft und Kunst.

Der Anteil für Kulturförderung am Gesamthaushalt des Landes liegt heute wieder bei ca. 1%. Er sollte in den kommenden Jahren auf 1,2% gesteigert werden. Neue Projekte, die von der Kommission vorgeschlagen werden, dürfen auf keinen Fall durch willkürliche oder flächendeckende Einsparungen bei den vorhandenen Instituten und Initiativen finanziert werden.

Es gilt im Gegenteil, deren – immer wieder an Zielvereinbarungen überprüften – Status quo als gesicherte Mindestgrundlage für alles Neue in der kommenden Legislaturperiode zu halten. Diese Forderung der Kommission bezieht sich sowohl auf die Haushalte des Landes als auch der Kommunen. Gezielte Empfehlungen und Auflagen des Hessischen Innenministers an Kommunen, sie sollten bei der Kulturförderung einsparen, sind kontraproduktiv.

Wie in den meisten anderen Bundesländern ist auch in Hessen die Kulturförderung nicht nur Landesaufgabe, einen wesentlichen Anteil tragen die Kommunen. Die Landesförderung 2002 beträgt für Museen über 19,5 Mio. EUR, für Musik gut 7,5 Mio. EUR, für Archäologie 1,8 Mio. EUR, für Soziokultur über 450.000 EUR, für Theater fast 60 Mio. EUR, kulturelle Filmförderung fast 1,5 Mio. EUR (plus wirtschaftlicher Filmförderung von ca. 7.5 Mio. EUR). Über die Förderung der Kommunen in

den einzelnen Bereichen können nur ungefähre Angaben gemacht werden. Bei den Landesmuseen beteiligen sich die Sitzstädte nicht, bei den drei Staatstheatern in Kassel, Wiesbaden und Darmstadt zu 48% und bei den Theatern in Gießen Stadt und im Landkreis gemeinsam mit 48% (das Land übernimmt 52%) sowie Marburg mit 41% (das Land übernimmt 59%) an den Gesamtkosten. Im Musikbereich, in der Filmförderung und in der Archäologie lässt sich die Mitwirkung der Kommunen z.Zt. nicht quantifizieren.

Unterfinanzierung der Freien Kulturszene

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren (LAKS Hessen) beziffert die leicht gestiegenen Landeszuschüsse für die Soziokultur und die freien Kulturzentren 2001 auf rd. 450.000 EUR, die leicht gesunkenen kommunalen Zuschüsse auf rd. 950.000 EUR, d.h. hier engagieren sich die Kommunen etwa doppelt so stark wie das Land. **Bei einem Gesamtumsatz der soziokulturellen und freien Kulturzentren 2001 von fast 5 Mio. EUR und ca. 1 Mio. (überwiegend jugendlichen) Besuchern dieser Einrichtungen sind dies vergleichsweise geringe Fördersummen, die wegen der besonderen Bedeutung der Freien Kulturszene für die ästhetische Bildung der Jugend und den interkulturellen Dialog unbedingt gesteigert werden müssen.**

Kulturinvestitionsprogramm

Die Kommission begrüßt das Kulturinvestitionsprogramm des Landes, das mit einem Gesamtvolumen von ca. 250 Mio. EUR in acht Jahren (2000 – 2008) dringend notwendige, bauliche Verbesserungen bei den Landesinstituten und bei den hessischen Schlössern und Gärten vornehmen wird. **Die Kommission rät, von diesem Programm auch bei Einnahmerückgängen nicht abzuweichen. Darüber hinaus gilt es, die baulichen Mängel der vergleichsweise schmal finanzierten, soziokulturellen und freien Kulturzentren einer kritischen Revision zu unterziehen und ein ähnliches Investitionsprogramm für sie aufzulegen.**

Kultur als Standortfaktor

Die Kommission hält eine kontinuierliche Steigerung der Kulturausgaben nicht nur im Sinne der Realisierung des Bürgerrechts auf Kultur, sondern auch aus ökonomischen Gründen für geboten. Kultur gilt nicht nur als „weicher“, sondern inzwischen auch als „harter“ Standortfaktor. Nicht selten haben kulturelle Investitionen ganz handfeste wirtschaftliche Folgen. Ein Museum, eine Ausstellung, eine Oper, ein Festival locken Besucher in die Region, die nach dem Kulturereignis Lokale aufsuchen, vielleicht sogar in der Region übernachten. Museen vergeben Aufträge an Grafiker und Handwerker, ein Festival muss beschallt werden, für ein open air-Konzert braucht man eine Bühne, für eine Theateraufführung Kulissen. Das schafft Arbeitsplätze, nicht nur im engeren Kulturbereich. **Weil dieser Zusammenhang noch zu wenig untersucht ist, hat die Kommission angeregt, als Grundlage für die Entwicklung eines integrierten kultur-, regional- und wirtschaftspolitischen Instrumentariums einen fortlaufend aktualisierten Kulturwirtschaftsbericht für Hessen zu erstellen (orientiert am Beispiel Nordrhein-Westfalen). Mit der Umsetzung dieser Anregung haben die Hessischen Ministerien für Wissenschaft und Kunst und für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung bereits begonnen.**

4.

Bürgerschaftliches Kulturengagement fördern!

Die Kommission begrüßt, dass das Land bürgerschaftliches Engagement, dem sich ein Großteil der kulturellen Leistungen verdankt, durch vielfältige Ehrungen und eine Kampagne für das Ehrenamt würdigt. **Die Kommission schlägt vor, die Anerkennungen für kulturelles Bürgerengagement zu diversifizieren, sie durch eine kunst- und kulturfreundliche Revision der Vergabekriterien für höchste staatliche Auszeichnungen zu ergänzen und die Zusammenarbeit mit dem Ehrenamt, privaten Sponsoren und Mäzenen zu intensivieren. Ziel ist, das Land an einem Großteil künftiger Kulturprojekte mit maximal 70% der Gesamtfördersumme zu beteiligen. Damit ist das Land als verlässlicher Partner von Kultur in die Pflicht genommen. Die restlichen 30% sollten von kommunalen Trägern sowie öffentlichen und privaten Stiftungen, Mäzenen und Sponsoren finanziert werden.**

Die Zusammenarbeit mit kommunalen und privaten Finanziers und ehrenamtlich engagierten Bürgern stärkt über die unmittelbaren finanziellen Effekte hinaus auch die Identifikation der Bürger mit Projekten und Einrichtungen vor Ort. Die Einrichtungen der Kultur gewinnen im „Europa der Regionen“ entscheidende Bedeutung als Faktor regionaler Identitätsbildung. **Die Kommission regt an, die Landesregierung möge eine jährlich fortzuschreibende Broschüre edieren, die über die vielfältigen Möglichkeiten für ehrenamtliches Engagement in der Kultur informiert und auf Qualifikations- und Weiterbildungsmöglichkeiten hinweist.** Allerdings sei auch darauf verwiesen, dass ehrenamtliche Mitarbeiter hauptamtliche nicht ersetzen, immer nur ergänzen können und dass die ausschließliche Konzentration eines Hauses auf die Zusammenarbeit mit einem einzigen ortsansässigen Sponsor auch zu unerwünschter inhaltlicher Abhängigkeit und Eindimensionalität kultureller und künstlerischer Entscheidungen

führen kann – ein Hinweis zugleich, dass sich der Staat weder aus der Sicherung des kulturellen Erbes noch auch aus der Förderung innovativer Projekte verabschieden darf.

Entbürokratisierung, Dezentralisierung und Kooperation

Obwohl die Kommission sich weder als „Sparkommissar“ noch als Lieferant „innerbetrieblicher Verbesserungsvorschläge“ versteht, beides war auch nicht ihr Auftrag, macht sie doch einige strukturelle und spartenbezogene Vorschläge. Diese werden an dieser Stelle kurz zusammengefaßt. Sie sind im Kapitel 6 und im Anhang A3 und A4 ausführlicher ausgeführt.

Grundlage einer effektiven, das kulturelle Erbe sichernden und innovative Projekte ermöglichenden Kulturpolitik des Landes sind Verlässlichkeit, Transparenz und Entbürokratisierung der Entscheidungsabläufe. **Dass die gegenwärtig durch die Landesregierung in Angriff genommene Verwaltungsreform mit ihrem neuen Steuerungsmodell dazu beitragen kann, wird von der Kommission bezweifelt.** Seine Erprobung als Modellprojekt (z.B. seit 1997 im Landesmuseum Darmstadt) hat es bisher eher als kontraproduktiv für die dezentrale Ressourcenverwaltung ausgewiesen.

Durch seine Überdimensionierung droht das neue Steuerungsmodell, die Arbeitsinhalte der Institutionen zu verändern. Mit der Einführung der mehrere Institute zu einer Etateinheit zusammenfassenden Großmandantschaft, die allein aus dem Erfordernis einer überdimensionierten Software resultiert und die relativ hoch dotierte zentrale Betriebswirtstellen generiert, wird aus dem Instrument zur Ressourcendekonzentrierung faktisch ein Instrument der Ressourcenkonzentrierung. Zudem war die Auszahlung gebildeter Rücklagen bisher vom Wohlwollen der ministeriellen Bürokratie abhängig und nicht verbindlich gesichert.

Diese Einschätzung wird bestätigt durch die Erfahrungen, die die Hessischen Staatstheater bisher mit dem neuen Steuerungsmodell gemacht haben. So führen das Staatstheater Wiesbaden und das Staatstheater Kassel einen Teil ihrer in diesem Jahr entstandenen Defizite auf die höhere personelle Belastung durch die neue Verwaltungssteuerung (NVS) zurück, die zu einem höheren Stellenbesetzungsgrad und zu vermehrten Überstunden im Verwaltungsbereich geführt hat. Das ist das genaue Gegenteil von Entbürokratisierung. Wie man jüngst der Presse entnehmen konnte, ist die neue Verwaltungssteuerung dazu noch äußerst kostspielig.

Die Kommission sieht hier ein Einsparpotenzial. Sinnvollere Instrumente scheinen der Kommission zu sein:

- **Planungssicherheit durch Zielvereinbarungen über zwei bis fünf Jahre**
- **Jurierung und Enthierarchisierung**
- **Dezentralisierung von Förderentscheidungen und -abwicklungen (etwa bei den Kultursommern)**
- **Überprüfung der Förderung auf ihre fortdauernde kulturelle Sinnhaftigkeit in größeren Zeitabständen.**

In finanzielle Entscheidungsprozesse sollten die Institute und Initiativen mehr als bisher direkt einbezogen, ihre finanzielle Autonomie sollte gestärkt werden.

Die Kommission empfiehlt den Instituten und Initiativen:

- **regelmäßige, spartenbezogene und spartenübergreifende Konsultationen, um Möglichkeiten der Kooperation (z.B. im gemeinsamen Marketing, im Ticketing, aber auch bei inhaltlichen Schwerpunkten, etwa bei Landesausstellungen etc.) und der Arbeitsteilung auszuloten**

- **den Ausbau und die Weiterentwicklung von Formen von public-private-partnership bei Projektfinanzierungen, wo dies möglich und sinnvoll ist**
- **eine stärkere betriebswirtschaftliche Eigenkontrolle.**

Literatur und Bibliotheken

Die Kommission bemängelt den für ein Literaturland nicht zufrieden stellenden Zustand zahlreicher öffentlicher Bibliotheken und Büchereien. Das gilt sowohl für Universitäts- und Stadtbibliotheken als auch für Schul- und (meist nicht existente) Kindergartenbibliotheken. Dass ein effektives Studium nicht bewältigen kann, wem grundlegende aktuelle Werke nicht zugänglich sind, dass Lesekompetenz nicht entwickeln kann, wer nicht bereits in früher Kindheit den selbstverständlichen, lustvollen Umgang mit Büchern gelernt hat, ist hinlänglich nachgewiesen.

Die Kommission empfiehlt nachdrücklich

- **die Aufstockung der Bibliothekshaushalte, vorrangig der Ankaufetats**
- **die Verbesserung ihrer personellen Ressourcen**
- **den Auf- und Ausbau eines verlässlichen Netzes von Schulbibliotheken**
- **die Einrichtung von Kindergartenbibliotheken in Kooperation mit der Stiftung Lesen.**

Zugleich sei darauf verwiesen, dass Teile des von den Bibliotheken verwalteten kulturellen Erbes durch den Prozess der Papierersetzung massiv gefährdet sind. Hier bedarf es erheblicher Restaurierungsmittel.

In Zusammenarbeit mit hessischen Verlagen, Buchhandlungen, Autoren, Literaturhäusern und Literaturbürobüros sowie der (z.Zt. mit 480.000 EUR dotierten) Hessischen Leseförderung sollten die Leseförderung intensiviert und modernisiert sowie Schreibwettbewerbe für Kinder und Jugendliche zeitlich und räumlich ausgeweitet werden. Augenblicklich gibt es

4.

mit dem erfolgreichen „Jungen Literaturforum Hessen-Thüringen“ einen Schreibwettbewerb nur für die 16-25jährigen.

Die Kommission empfiehlt, das Potenzial der Buchmesse stärker als bisher für die Stadt und die Region zu nutzen und das lesende Publikum durch öffentliche Veranstaltungen stärker einzubeziehen. (Beispiel: Leipzig)

Landesmuseen

An allen drei Standorten Hessischer Landesmuseen – Kassel, Wiesbaden, Darmstadt – belasten Fehlentscheidungen früherer hessischer Landesregierungen die Zukunft der Museumseinrichtungen. In Kassel ist dies der Neubau der für die Museen nicht nutzbaren documenta-Halle, der Synergieeffekte mit den Staatlichen Museen Kassel verpasste und dazu geführt hat, dass diese bis heute nicht über eigene Ausstellungsräume verfügen. In Wiesbaden ist dies die Übernahme dreier historisch und konzeptionell nicht zusammengehöriger Sammlungen in Landesträgerschaft, die die Profilierung des Museums Wiesbaden über Jahre hinaus behinderten. In Darmstadt sind dies die Gründung des „Hauses der Industriekultur“, das mangels eigener Lebensfähigkeit dem Landesmuseum Darmstadt aufgebürdet wurde, und die bisher ungeklärte Sonderstellung der „Außenstelle Lorsch“. Alle Häuser haben seit der auch im Sinne des Bürgerrechts auf Kultur kontraproduktiven Anordnung, Eintrittsgelder erheben zu müssen, ihre alten Besucherzahlen nicht mehr erreichen können. Da im gleichen Zeitraum die Haushaltsmittel drastisch gekürzt wurden (trotz der leichten Etatsteigerungen der letzten Jahre hat z.B. Kassel bis heute den Stand der siebziger Jahre nicht wieder erreicht), sind die Häuser aber inzwischen auf diese unkalkulierbaren und damit die Planungssicherheit gefährdenden Mittel existentiell angewiesen. Zugleich haben die Häuser unter einem beträchtlichen Stellenabbau zu leiden, der mangels Etatmasse nicht durch Fremdvergaben kompensiert werden konnte.

Mittel fehlen für die Restaurierung des verwalteten kulturellen Erbes ebenso wie für die Öffentlichkeitsarbeit und die nach Einschätzung der Kommission essentielle Museumspädagogik.

Die Kommission empfiehlt

- die Wiederbesetzung frei werdender Stellen
- die Schaffung dringend notwendiger Stellen im wissenschaftlichen, museumspädagogischen, nichtwissenwissenschaftlich-technischen und IT-Bereich
- die Bereitstellung von Sonderausstellungsetats und Ankaufetats
- die konzeptionelle und vertragliche Behebung von lokalen Fehlentscheidungen.

Kulturelles Erbe

Dass die Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten nach eigenen Angaben 365 Einzelobjekte, zusammengefasst in rd. 13 Liegenschaften und 25 Ruinen der Schlösserverwaltung mit nur fünf Wissenschaftlern und einem Gesamtetat von 13,2 Mio. EUR betreuen muss, ist beschämend. Zum Vergleich: Die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg verfügt bei einer vergleichbaren Anzahl von Objekten über einen Etat von 42 Mio. EUR und über 480 Planstellen, davon allein 42 Mitarbeiter im pädagogischen Dienst und im Führungsdienst, und knapp 20 Wissenschaftler. So ausgestattet, kann sie auch in 32 eintrittsfähigen Objekten bei 2 Mio. Besuchern 5,7 Mio. EUR Einnahmen allein aus dem Eintritt erzielen. Das Potenzial des reichen kulturellen Erbes in Hessen kann weder angemessen verwaltet noch für das Publikum erschlossen werden. Zugleich wächst der politische Nutzungsdruck, die Forderung, die Liegenschaften möglichst Gewinn bringend zu vermieten oder gar zu veräußern. Beides ist im Sinne der Erhaltung des kulturellen Erbes kontraproduktiv. Der lobenswerte Versuch der Schlösserverwaltung, ihre Einnahmen in Shops durch den Verkauf einer kleinen Produktpalette zu steigern, stößt aufgrund der mangelnden Manpower und der daher fehlen-

den professionellen Koordination an enge Grenzen. Einzelne Objekte werden zwar durch sehr engagierte Fördervereine betreut, es fehlt aber auch hier eine zentrale Koordination.

Als erste Schritte zur Behebung dieser Missstände werden empfohlen:

- **die Einrichtung neuer Stellen im wissenschaftlichen, pädagogischen, technischen und Marketing-Bereich**
- **die Steigerung von Sachmitteln für Aushilfskräfte, Werkverträge, Restaurierung und Ankauf von Kunstwerken.**

Die Mittel hierfür könnten über die Mobilisierung von Lottomitteln und Spielbankerträgen, über die Hessische Kulturstiftung sowie in Einzelfällen durch kommunale Beteiligungen gewonnen werden.

Staatstheater

Wie überall in Deutschland sind die Besucherzahlen auch in den drei Hessischen Staatstheatern aufgrund der gegenwärtigen ökonomischen Krise gesunken, was dazu führt, dass die hohen Einnahmeerwartungen nicht erfüllt werden können. Die großen Defizite beim Staatstheater Kassel (rd. 700.000 EUR) und beim Staatstheater Wiesbaden (rd. 1,4 Mio. EUR) sind aber nicht primär Folge dieser Einnahmeminderung sondern langfristiger Strukturdefizite und neu hinzugekommener Belastungen. Diese betreffen alle drei Staatstheater – also auch das Darmstädter Haus, das bisher durch eine rigorose Einsparpolitik das Entstehen von Defiziten noch hat verhindern können. Die finanzielle Ausstattung der Häuser entspricht nicht den vorhandenen Ensemblestrukturen. Die im Vergleich zu außerhessischen Häusern bei weitem zu niedrig veranschlagten, real in den letzten Jahren aber rapide gestiegenen Ausstattungskosten wurden bisher in allen Häusern aus den Mitteln der Personaltetats gedeckt, indem man auf die Wiederbesetzung frei gewordener Stellen verzichtete. So wurden trotz des Ausgleichs der Tarifsteigerungen durch Land und Kommu-

nen in dieser Legislaturperiode die Ressourcen allmählich aufgezehrt. Das verdienstvolle Kulturinvestitionsprogramm mit seinen erheblichen Sanierungsmaßnahmen in allen Häusern und die neue Verwaltungssteuerung haben 2002 zu einer erheblichen Steigerung der Personalbelastung geführt. Neue Stellenbesetzungen und bezahlte Überstunden sind die notwendige Folge. Mittel aus dem Personaletat stehen also nicht mehr zum Ausgleich der Unterdeckung im Ausstattungsetat zur Verfügung. Für das Staatstheater Kassel, das einzige Dreispartenhaus zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und Hannover/Braunschweig, verschärft sich das Problem dadurch, dass es aufgrund der schlechten Finanzsituation der Kommune mit einem erheblich geringeren Etat als die beiden anderen Häuser einen Dreispartenbetrieb sichern muss.

Die Kommission empfiehlt:

- **eine Erhöhung der Ausstattungsetats**
- **die Überprüfung übertariflicher Besitzstände**
- **die Privatisierung von nichttheaterspezifischen Leistungen**
- **eine höhere prozentuale Landesbeteiligung am Staatstheater Kassel**
- **statt kurzfristiger Einsparungen nach der Rasenmähermethode eine langfristig angelegte Evaluierung möglicher Kooperationen und Strukturveränderungen unter Berücksichtigung von Stärken und Schwächen aller Mehrspartenhäuser. Ein Angebot in allen Sparten kann auch durch Kooperationsmodelle gesichert werden.** Für eine solche Evaluierung, die im Rahmen der breiter angelegten Kommissionsarbeit nicht geleistet werden konnte, stehen einzelne Kommissionsmitglieder weiter zur Verfügung.

Die Kommission empfiehlt den Hessischen Staatstheatern sowie den Frankfurter Städtischen Bühnen, sich um die Pflege ihrer unterstützenden Freundeskreise und um die schwierige Akquirierung privater Mittel intensiv zu bemühen. Die Kommission empfiehlt, alle

4.

Bühnenleiter zu Seminaren über Sponsoring mit auf diesem Gebiet erfahrenen Leitern internationaler Häuser einzuladen.

Neueinstellungen von technischen Mitarbeitern und Orchestermitgliedern der Hessischen Staatstheater sollten zukünftig mit einem einheitlichen Arbeitsvertrag geschehen, der gestattet, dass die technischen und künstlerischen Mitarbeiter, wo dies möglich ist, ohne Mehrkosten auch an benachbarten Häusern eingesetzt werden können.

Die Kommission empfiehlt, die von Tankred Dorst und dem Intendanten des Staatstheaters Wiesbaden ins Leben gerufenen „Bonner Theatertage“ als „Wiesbadener Theatertage“ mit Landeshilfe wieder zu beleben, nachdem die Stadt Bonn die Biennale in dieser Form nicht fortsetzt. Die Entscheidung eilt, denn turnusmäßig wäre 2004 das nächste Biennalejahr. Diese Biennale präsentiert in vierzehn Tagen ca. 30 (von Dramatikern ausgewählte) Produktionen lebender zeitgenössischer Autoren aus ganz Europa in der Originalsprache, für das Publikum digital synchron übersetzt. Die Biennale ist als Treffpunkt europäischer Autoren (alle Auswählenden und alle Aufgeführten sind immer anwesend) und europäischer Theaterverlage und als Ausbildungsort für junge Autoren europaweit bekannt. Die das Festival begleitenden Workshops sind eine Talentschmiede. Die Biennale ist als Start für zahlreiche internationale Dramatikerkarrieren weltweit bekannt geworden.

Die Kommission begrüßt die aktuelle Einrichtung der Hessischen Theaterakademie, die die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit aller Theater-Studiengänge an hessischen Hochschulen herstellt und durch eine engere Kooperation der Hochschulen mit den hessischen Bühnen die Praxisbezogenheit der Ausbildung verstärkt.

Jugend und Kultur

Die Kommission benennt als Defizit des kulturellen Bewusstseins der Entscheidungsträger die Vernachlässigung der musischen Fächer und der ästhetischen Erziehung im schulischen und vorschulischen Curriculum. Diese Erziehung ist Voraussetzung für die kulturelle Sozialisation von Kindern und Jugendlichen. Was im Kindergarten und in der Schule nicht als kulturelles Interesse angelegt wurde, ist später kaum mehr zu gewinnen. **Investitionen in die kulturelle Fundierung von Lebensläufen auch und gerade mit experimenteller Kunst und inspirierender Kultur sind Investitionen in die Zukunft. Zahlreiche Initiativen und Institute haben Ideen hierzu entwickelt und reiche Erfahrungen mit deren Umsetzung gesammelt. Diese Ergebnisse gilt es zu bündeln, zu vernetzen, zu stärken und im internationalen Dialog mit neuem Schwung zu versehen.** Auf der Grundlage gesicherter Kontinuität und Nachhaltigkeit der Kultureinrichtungen und Kulturinitiativen empfiehlt die Kommission ein Projekt, das nach ihrer Einschätzung geeignet ist, die Enthusiasmierung von Kindern und Jugendlichen für Kultur zu fördern und zugleich das Kulturland Hessen auch international zu positionieren.

Große, international konkurrenzfähige Festivals sind ein besonders geeignetes Mittel, mit den kulturellen Potenzen einer Region bekannt zu machen. Die deutsche und internationale Kulturszene ist mit Festspielen, mit Musik-, Theater-, Film-, Kunst- und Literaturwochen aller Kategorien zwar reich bestückt, gleichwohl stimmt die nahe liegende Vermutung nicht, angesichts dieser Konkurrenzsituation schränke ein Verdrängungswettbewerb die Chancen wieder ein. Steigende Besucherzahlen bei allen großen europäischen Festivals widersprechen einer angeblichen Übersättigung des Publikums. Das wachsende Angebot folgt eher einer ständig wachsenden Nachfrage. In der Kultur gilt eine ähnliche Erfahrung wie in der Wirtschaft: Es kommt auf die richtige Einschätzung

der Marktlücken und auf die erfolgsorientierte Vermarktung an. Sinnvoll ist die Einrichtung eines solchen Festivals nur in dem Maße, wie es gelingt, sich von der Fülle bereits existierender derartiger Ereignisse in Europa zu unterscheiden. Der aus der aktuellen Defizitsituation und der besonderen hessischen Kulturtradition abgeleitete Schwerpunkt „Jugend und Kultur“ könnte solch ein Spezifikum sein. Mit der im Fünfjahresturnus stattfindenden documenta im nordhessischen Kassel verfügt das Land bereits über ein zentrales, international hoch beachtetes Kulturereignis.

Die Kommission schlägt vor, quasi als südhessisches Pendant, im Rhein-Main-Gebiet künftig alle drei Jahre die „Juvenale“ als Festival der A-Klasse zu veranstalten, die in den dreijährigen „Zwischenräumen“ in Hessen, in Deutschland und ganz Europa von und mit Jugendlichen erarbeitete, kulturelle und künstlerische Produkte und Prozesse gemeinsam mit internationalen Spitzenleistungen präsentiert.

Im Dialog mit Gesprächspartnern aus der hessischen und europäischen Kulturszene entwickelte die Kommission eine ganze Reihe konkreter Vorschläge für die „Juvenale“ und die vor- und nachbereitenden „Zwischenräume“, die in Kapitel 5 und im Anhang A2 erläutert werden. Die Kommission verspricht sich von dem neuen Festival und den Zwischenstationen eine zielgerichtete, nachhaltige Stärkung der Arbeit hessischer Kulturinstitute und freier Initiativen, neue Impulse für junge, innovative Kunst und für die Jugendkultur sowie die Heranführung Jugendlicher an unser kulturelles Erbe.

5. Juvenale und Zwischenräume

Jede in Europa heranwachsende Generation sucht nach Ausdruck und Gestaltung ihrer künstlerischen Impulse, die in ihren sozialen Verhaltensformen in ihrer künstlerischen Arbeit kulturprägend wirksam werden. Sie zu erkennen, zusammenzuführen, miteinander in Verbindung zu bringen und sichtbar zu machen, ist ein Ziel der von der Kommission vorgeschlagenen „Juvenale“.

Denn jede Gesellschaft, die die ästhetische Erziehung ihrer Jugend vernachlässigt, schwächt die Kraft ihrer eigenen Zukunft. Die „Juvenale“ soll darum der Erziehung zu Phantasie, Kreativität und kultureller Bildung in Deutschland und Europa dienen. Insbesondere soll sie der hessischen Region Anregungen und neue Begriffe des Möglichen vermitteln. Die Zeit zwischen den „Juvenalen“ („Zwischenräume“) soll hier umfassend für pädagogische Zwecke genutzt werden.

Das „Zukunftsland Hessen“ kann eine Vorreiterrolle in der Motivierung der jungen Generation in Deutschland und Europa übernehmen und sich zugleich (über die europäische Wirkungen der Buchmesse und der documenta hinaus) auf eine ebenso singuläre Weise einer internationalen Öffentlichkeit neu präsentieren. Mit einem Jugendkulturfestival der A-Klasse wäre dem Land international große Aufmerksamkeit gesichert.

Zielsetzung

Die „Juvenale“ und die pädagogische Arbeit in den „Zwischenräumen“ sollen Kinder und Jugendliche sowohl als Produzenten als auch Rezipienten kultureller Leistungen ansprechen.

Sie sollen selbst zu Wort kommen, ihre Arbeiten und Leistungen zeigen, sich in denen der anderen vergleichend erkennen und sich für neue schöpferische Arbeiten motivieren. Den Älteren sollen sie sich als „die Kommenden“ präsentieren und sich Zustimmung und Kritik aussetzen. **Sie sollen sich zeigen in allen Künsten, also in**

den Sparten der Bildenden Kunst, der Musik, des Tanzes, des Theaters, des Gesangs, in der Literatur wie in den variationsreichen Zwischenkünsten und in der Nutzung der Neuen Medien.

Der Umgang mit dem kulturellen Erbe ist dabei ebenso wichtig wie die eigenständigen Erfindungen und Produktionen. Internationale Spitzenproduktionen aller Kunstsparten konfrontieren sich mit denen des Nachwuchses, Arbeiten der Hochkultur mit denen der Populärkultur. Ein Dialog zwischen den Teilnehmern und den Rezipienten ist erwünscht. Nachwuchsförderung (Hochschul-, Schul- und Laienwettbewerb) ist ein Haupt Gesichtspunkt der Veranstaltung.

In den dreijährigen „Zwischenräumen“ zwischen den „Juvenalen“ soll in Hessen, aber auch an anderen Orten, die künstlerische Arbeit im Hinblick auf die nächste „Juvenale“ motiviert und verstärkt werden. Erstes Ziel soll sein, die Erfindungskraft und künstlerische Kompetenz von Kindern und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen nachhaltig zu stärken, sie in gemeinsamen Projekten zusammenzuführen, die handwerkliche Grundlage von Kunst und die Bedeutung des kulturellen Erbes zu vermitteln, die Eigeninitiative zu wecken und das Selbstvertrauen zu stärken. Die Teilnahme an der nächsten „Juvenale“ soll unter Vorbehalt einer Jury-Entscheidung in Aussicht gestellt werden. Diese Arbeit soll an die zahlreichen, bereits erfolgreich arbeitenden Vorhaben von Museen, Theatern, Kulturzentren, Schulen und Hochschulen ausweitend und aufwertend anknüpfen.

Das Festival „Juvenale“ bietet eine Plattform für Ergebnisse der Arbeit aus den „Zwischenräumen“. Es bietet Auftrittsmöglichkeiten für junge Künstler (auch Schüler und Studenten) und ist damit ein wirksames Instrument der Nachwuchsförderung. Zum anderen präsentiert es einem jugendlichen und erwachsenen Publi-

kum kulturelle Leistungen auf höchstem internationalen Niveau. Diese können dann ihrerseits Vorbild für Spitzenleistungen in den nächsten „Zwischenräumen“ sein.

Die Kommission verspricht sich von der Idee der „Juvenile“ und den „Zwischenräumen“ positive Impulse für die kulturpolitische Debatte. **Sie fordert alle hessischen Kulturinstitute und Kulturinitiativen zur Mitarbeit auf.** Ihre Erfahrungen, Ideen und Projekte sollten in der Vorbereitung der ersten „Juvenile“ (quasi im ersten, vorgelagerten „Zwischenraum“) in Projektgesprächen von der zu gründenden Organisationsgruppe koordiniert und im Dialog miteinander weiterentwickelt werden sowie schließlich Eingang in das Festivalkonzept finden. Allen berechtigten, aktuellen Sorgen um Kürzungen und Sparhaushalte zum Trotz könnte es so gelingen, die hessischen Kulturinstitute und Kulturinitiativen in einen kreativen Diskurs über die Zukunft von Kultur zu verstricken und neue Ideen und Initiativen zu zünden.

Zum positiven Impuls in der kulturpolitischen Diskussion gehört – gerade in einer Zeit sinkender Einnahmen – der positive Impuls in der materiellen Kulturförderung. In den dreijährigen „Zwischenräumen“ intensivieren das Land und andere Träger der Kulturförderung ihre Investitionen in die ästhetische und kulturelle Bildung von Kindern und Jugendlichen entscheidend. U.a. fördern sie mit erheblichen Mitteln die Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen mit allen interessierten Kulturinstituten und Kulturinitiativen in ganz Hessen.

Veranstaltungsregion

Erfahrungsgemäß kann ein Festival nur dann erfolgreich sein, wenn es seine Veranstaltungen räumlich auf eine Stadt, eine Region, eine Landschaft konzentriert. Die Festivalereignisse vom Start an über ganz Hessen zu verstreuen, würde nahezu unlösbare organisatorisch-logistische Probleme für Veranstalter und Publikum aufwerfen. Sicherlich sollten die Vor- und Nachbereitungen der Festivalereignisse, die „Zwischenräume“, Kulturinstitute und Kulturinitiativen in ganz Hessen mobilisieren. **Als Festivalort aber, der im Dreijahresrhythmus all diese Aktivitäten zusammenführt, als zentralen Kommunikations- und Veranstaltungsort, schlägt die Kommission zumindest für den Start das räumlich umgrenzte Gebiet der Rhein-Main-Region vor.**

Die Kunst- und Kulturarbeit der in das Konzept integrierten „Zwischenräume“ wird Initiativen, Institute, Schulen und Hochschulen in ganz Hessen einbeziehen. Eventuell kann dies zu einem späteren Zeitpunkt der räumlichen Verbreitung auch der Festivalveranstaltungen in ganz Hessen den Weg ebnen. Über die Medien und das Internet wird das Festival selbstverständlich von Anfang an weitere Räume erreichen.

Veranstaltungsbeginn

Da die Kommission in ihren zahlreichen Vorgesprächen in der hessischen Kulturszene auf reges, ideenreiches, engagiertes Interesse an der Konzeption der „Juvenile“ und der „Zwischenräume“ gestoßen ist, schlägt sie vor, die bereits geknüpften Kontakte baldmöglichst wieder aufzunehmen, erheblich zu intensivieren und zu diversifizieren sowie vor allem um Kontakte zu hessischen Schulen zu erweitern. **Um den in Gang gesetzten Schwung auszunutzen, sollte die erste „Juvenile“ spätestens 2005/2006 stattfinden. Das bedeutet, dass die ersten Vorbereitungen – der erste, vorgelagerte „Zwischenraum“ – 2003 starten müssten.**

5.

Ideen zur Veranstaltungskonzeption des Festivals

Die „Juvenale“ hat ein eigenständiges Profil, das sie deutlich von anderen Veranstaltungen abhebt und zugleich sinnvoll mit der Region korrespondiert. Sie arbeitet spartenübergreifend und themenzentriert. Sie integriert die Arbeit von Kulturinstituten und Kulturinitiativen und regt sie an, ohne sie in ihrer Selbstständigkeit einzuschränken. Dabei ergeben sich zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten mit bereits erfolgreich arbeitenden, anders dimensionierten Festivals, mit Instituten und Initiativen. Die erfolgreichsten Jugendprojekte aller hessischen Institute, Museen, Theater, Bibliotheken und Kulturinitiativen sollen auf dem Festival eine Plattform bekommen.

„Zwischenräume“

Kindergärten und Schulen fällt bei der ästhetischen und ethischen Erziehung eine Schlüsselrolle zu. Malen und Gestalten, Singen und Musizieren, Tanzen und Bewegung, soziales Lernen, bisher auch in Hessen in der Stundentafel und in der Unterrichtsabdeckung eher Stiefkinder, müssen in Kindergärten, Schulen und Hochschulen eine ebenso hohe Priorität bekommen wie so genannte „Wissensfächer“. Besonderen Wert legt die Kommission auf die musikalische Früherziehung, denn Kinder und Jugendliche ab 15 Jahren sind erfahrungsgemäß für anspruchsvollere musikalische Rezeptionserlebnisse und das Musizieren nicht mehr zu begeistern, wenn hier die Weichen nicht rechtzeitig gestellt wurden.

Das Land sollte die Ausbildung von Kindergärtnern, Erziehern und Lehrern grundlegend reformieren. Nicht nur Fachwissen und rationale, sondern vor allem auch emotionale, kulturelle und künstlerische Fähigkeiten sollten in der praktischen Vermittlung entwickelt werden.

Die Kommission ist der Auffassung, dass das Sozialprestige der Berufe des Kindergärtner, Erziehers und des Lehrers entscheidend aufgewertet werden muss. Die wichtigsten Entwickler und Trainer kommunikativer, sozialer Fähigkeiten sollten in unserer Gesellschaft das höchste Sozialprestige genießen. Dies erfordert einen Paradigmenwechsel in Politik und Medien. Hessen kann hier mit gutem Beispiel vorangehen.

Die Kommission schlägt vor, die zahlreichen Schulprojekte hessischer Kulturinstitute und Kulturinitiativen in der Kulturförderung besonders zu berücksichtigen, sie zu verstärken, zu vertiefen und auszuweiten. Vom Land geförderte Kulturinstitute und Kulturinitiativen sollten in allen hessischen Schulen präsent sein. Das kann z.T. ohne neue finanzielle Aufwendungen geschehen: Zu allem, was keinen Eintritt kostet, z.B. öffentliche Proben und Vernissagen, könnten gezielt Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern eingeladen werden. Die gängige Praxis, politische und andere Funktionsträger zu Premieren einzuladen, könnte zumindest z.T. ersetzt werden durch die neue Praxis, diese Freikarten Schulklassen, Oberstufenkursen und Hochschulseminaren zukommen zu lassen, die sich in Projekten auf diese Stück vorbereitet haben.

Konkrete Anregungen und Veranstaltungsideen für die „Juvenale“ und die „Zwischenräume“ sind im Anhang A2 aufgeführt.

Weitere strukturelle Vorschläge

Zusammenarbeit Kommunen – Land und public-private-partnership

Bei allen neu zu fördernden, künftigen Kulturprojekten außer der „Juvenale“ sollten Landesmittel zukünftig maximal 70% der Gesamtfördersumme ausmachen. Die restlichen 30% sollten von kommunalen Trägern und Stiftungen sowie öffentlichen und privaten Stiftungen, Mäzenen und Sponsoren finanziert werden. **Als eine weitere Finanzierungsmöglichkeit sollte das Matching Gift mit festgelegten Landesmitteln des Kulturhaushaltes eingesetzt werden.**

Hierbei werden öffentliche Mittel nur ausbezahlt, wenn private Mittel in gleicher Höhe neu eingeworben werden. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit bereits existenten Fördervereinen und Freundeskreisen sollte angestrebt werden. Den Institutionen, die noch keine Fördervereine oder Freundeskreise haben, wird empfohlen, solche zu gründen und besondere Veranstaltungen für diese Fördervereine und Freundeskreise zu gestalten, um eine feste Bindung an die jeweilige Einrichtung zu schaffen.

Umschichtungen in der Kulturförderung des Landes

Die Vergabe der Mittel der Kulturförderung des Landes sollte in regelmäßigen Abständen überprüft werden, wobei die Existenz der Landesinstitute nicht gefährdet werden darf. Förderungen von Projekten, die künstlerische Bedeutungsverluste erlitten haben, sollten reduziert oder zu Gunsten neuer Prioritätensetzungen verlagert werden.

Die Kommission empfiehlt die Einrichtung eines kulturwirtschaftlichen Gründerprogramms für ausländische Bevölkerungsgruppen mithilfe des EU-Sozialfonds.

Herausragende Institutionen

Es müssen alle Anstrengungen unternommen werden, in Hessen einzelne Institutionen aus verschiedenen Sparten so zu stärken, dass sie zur Führung in Europa aufschließen. Nur mit den besten Künstlern im internationalen Raum lassen sich Publikumserfolge erzielen, die die Akzeptanz von Kulturfinanzierung, insbesondere von experimenteller Kunst, ermöglichen. Geschieht dies nicht, werden noch mehr Spitzenkünstler, Wissenschaftler und auch ökonomische Institute sich aus Hessen, insbesondere der Region Rhein-Main zurückziehen.

Hessen läuft Gefahr, seine Stärken in der Kultur zu verlieren.

Herausragende Institutionen müssen erhalten bleiben und, wo notwendig, gestärkt werden, wie zum Beispiel:

- die documenta, Kassel
- die Frankfurter Buchmesse als die beiden international beachteten kulturellen Höhepunkte in Hessen
- das Ballett Frankfurt
- das Ensemble Modern, Frankfurt als die beiden international beachteten Ensembles
- die einzigartige Museumslandschaft Kassel
- das Hessische Landesmuseum Darmstadt
- das Jugendstilensemble Darmstadt
- die Grube Messel und das Senckenbergmuseum
- das Städelsche Kunstinstitut und die Städelschule, Frankfurt
- das Goethehaus und das Goethemuseum in Frankfurt
- das neue Filmfestival Go East, Wiesbaden
- das Kinderfilmfestival Lucas, Frankfurt
- die Internationalen Ferienkurse für Neue Musik, Darmstadt
- die Oper Frankfurt
- die Alte Oper Frankfurt
- die freie Kulturszene und Kulturzentren
- Jugend- und Schulbibliotheken

6.

Regionalisierung und betriebswirtschaftliche Steuerung der Mittelvergabe

Die Beteiligung der Umlandkommunen an den Kosten der Kulturförderung gilt es auszubauen, da rd. die Hälfte der Besucher der Staatstheater und der Frankfurter Bühnen aus dem Umland kommen.

Die Kommission regt an, die Mittelvergabe für die Kultursommer und die Soziokulturszene zu regionalisieren. Voraussetzung wären freiwillige Zusammenschlüsse von einzelnen Landkreisen und Städten zu hessischen „Kulturregionen“.

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission die Reorganisation der hessischen Kulturverwaltung in mehreren Schritten mit dem Ziel einer betriebswirtschaftlichen und kaufmännischen Steuerung der Mittelvergabe mit jährlichen Wirtschaftsplänen. Mehrjährige Ziel- und Leistungsvereinbarungen geben den Instituten und Initiativen Planungssicherheit und können, wie die Erfahrung in anderen Ländern zeigt, zu Effektivitätssteigerungen führen. **Die derzeitigen Erfahrungen mit dem hessischen Versuch der neuen Verwaltungssteuerung (NVS) sind nach Einschätzung der Kommission eher negativ zu bewerten.**

Spartenübergreifende Kooperationen

Die Kommission empfiehlt, wegen der derzeitigen Finanzsituation, „Runde Tische“ einzurichten. In diesen Gesprächen sollen u.a. mögliche Bündelungen gemeinsamer Projekte der einzelnen Institutionen und spartenübergreifende Projekte angestrebt werden. **Die Kulturpolitik des Landes sollte immer wieder landesweite, spartenübergreifende, thematische Kooperationsprojekte möglichst vieler zu beteiligender Institute und Initiativen anregen** (wie z.B. die Keltenausstellung sowie die Keltenstraße 2002, die derzeit im Aufbau befindliche „Route der Industriekultur“ im Rhein-Main-Gebiet, die Veranstaltungen zu „Hessen wird 50“ 1995/6,

„150 Jahre Paulskirche – 150 Jahre demokratische Revolution“ 1998 oder auch die Stauffer-Ausstellung und die Preußen-Ausstellung in anderen Bundesländern), **die der hessischen Kulturszene die Chance einer publikumswirksamen gemeinsamen Selbstdarstellung bieten.** Über Archive und Museen hinaus sollten in die Begleitprogramme auch andere Institute (z.B.: Staatstheater, kommunale und freie Bühnen etc.) einbezogen werden. Aus dieser immer wieder als anregend und erfolgreich erlebten Zusammenarbeit könnten auch für den „Alltag“ der Institute gemeinsame Marketingkonzepte entwickelt werden.

Die Kommission unterstützt die Bewerbung der Rhein-Main-Region als Kulturhauptstadt (Kulturregion) Europas 2010.

Schwerpunkt: Förderung junger, innovativer Kultur

Die Kommission empfiehlt, einen stärkeren Förderschwerpunkt als bisher auf junge, zeitgenössische Kultur zu legen. Experimentelles, innovatives Theater, junge Oper, experimentelle Musik, junger Film sollten mehr als bisher öffentlich gefördert werden, auch wenn das zuweilen auf Akzeptanzprobleme beim Kulturpublikum stoßen kann. Dies wäre auch ein Weg, ein neues, junges Publikum für die Kunstrezeption zu gewinnen.

Auf einzelne Sparten bezogene Berichte und Empfehlungen sind im Anhang A 3 und A 4 aufgeführt.

Kosten und Organisation

7.

Für den jährlichen gesamten Kulturhaushalt wird von der Kulturkommission mittelfristig folgender Vorschlag zur Finanzierung der geforderten Maßnahmen gemacht:

Gesamtvolumen notwendiger zusätzlicher Landesmittel für die Kulturförderung

**30,0 Mio. EUR
pro Jahr**

davon für:

herausragende Institutionen

Beider Vergabe dieser Mittel kann das Ministerium durch drei Mitglieder der Kulturkommission beraten werden.

**10,0 Mio. EUR
pro Jahr**

Juvenale und Zwischenräume incl. Organisation und PR mit Übertragungsmöglichkeit der Mittel auf Folgejahre.

**10,0 Mio. EUR
pro Jahr**

Hessenweite Förderung

Diese Mittel sollen flächendeckend eingesetzt werden.

**5,0 Mio. EUR
pro Jahr**

Matching Gift

als „Belohnung“ für die Einwerbung zusätzlicher privater Mittel. Nicht abgeforderte Jahresmittel kommen in einen Fonds und fließen für innovative, experimentelle Projekte und hervorragende Arbeit der Institute ab.

**5,0 Mio. EUR
pro Jahr**

Etat des Kultus- und Sozialministeriums

Erhöhung der Stellenpläne und Stundentafeln für ästhetische Bildung und Ausstattung der Schulen und Kindergärten mit Mitteln für die kulturelle Förderung

Organisation

Zur Vorbereitung der „Juvenale“ und der „Zwischenräume“ sollte frühzeitig ein Organisationsbüro eingerichtet werden. Es besteht min-

destens aus einem/r Festivalleiter/in oder einem Leitungsteam, einer Kontaktperson zu den hessischen Kindergärten, Horten und Jugendzentren, einer Kontaktperson zu den hessischen Schulen, einer Kontaktperson zu Hochschulen, einer Person zur Akquisition der Finanzmittel sowie der Sponsorenpflege, und einer Person für das Sekretariat. Das Organisationsbüro muss ganzjährig besetzt sein. Im Vorbereitungsjahr der „Juvenale“ und während des Festivals selbst muss das Organisationsbüro als Festivalbüro durch weiteres Personal und externe Mitarbeiter verstärkt werden.

Das Organisationsbüro erarbeitet im Dialog mit allen Kooperationspartnern die Konzeption und die endgültigen Programme für die „Juvenale“ und die „Zwischenräume“. Es ist in den „Zwischenräumen“ Koordinationsstelle, Kommunikations- und Informationszentrale für alle beteiligten Kulturinstitute und -initiativen, für zu integrierende oder korrespondierende Festivals, Kindergärten, Horte, Jugendzentren, Schulen und Hochschulen. Es trägt wesentlich die kulturelle Basisarbeit der „Zwischenräume“. Das Organisationsbüro organisiert Arbeitssitzungen mit den einzelnen Instituten, die jedes Jahr ihre eigenen Beiträge zur „Juvenale“ und den „Zwischenräumen“ vorstellen. Das Organisationsbüro pflegt Kontakte zu Spitzenkräften aller Sparten. Es schafft die finanziellen und vertraglichen Voraussetzungen für deren Engagements. Vom Beginn der Vorbereitungsarbeiten an arbeitet das Organisationsbüro eng mit PR- und Marketingagenturen und den Medien zusammen.

Eine wesentliche Aufgabe des Organisationsbüros wird die Kostenplanung und Beschaffung finanzieller Mittel sein. Hierzu gehört die besondere Kontaktpflege zu Stiftungen, Firmen, Einzelförderern, der EU, Ministerien in Hessen und im Bund, sowie den beteiligten Kommunen. Es beschafft, verwaltet und verteilt die Finanzen. Es erstellt jährliche Wirtschaftspläne mit Kosten- und Finanzierungsübersichten.

A1.

Exkurs:

Plädoyer für eine Jugendkultur

Eine neurobiologische Begründung zur Notwendigkeit aktiver Kulturvermittlung an Kinder und Jugendliche.

von Wolf Singer

Erziehung ist notwendig.

Würde man das Baby, das von einer höhlenbewohnenden Mutter aus der Steinzeit entbunden wurde, einer Amme anvertrauen, die in unserer Zeit lebt und dieses Baby in unserer Gesellschaft großziehen, so wäre es von unseren heutigen Kindern nicht zu unterscheiden. Das Gleiche gilt umgekehrt. Ein heute geborenes Kind würde sein Leben mit Jagen und Sammeln verbringen und wenn es hochbegabt ist, vielleicht auch die ein oder andere Höhlenzeichnung anbringen, wenn es von Steinzeiteltern erzogen würde. Der Grund ist, dass die genetische Ausstattung, die auch für die Ausprägung von Hirnfunktionen verantwortlich ist, sich in den letzten dreißigtausend Jahren kaum verändert hat. Dieses Gedankenexperiment macht deutlich, welchen immensen Einfluss die Einbettung von Menschenkindern in ein von Kultur geprägtes Umfeld für die Herausbildung kognitiver, kommunikativer und motorischer Fertigkeiten hat. Allein dieses Argument sollte hinreichen, um die Verantwortung bewusst zu machen, welche die Menschheit für die jeweils nachwachsende Generation trägt. Was Kinder und Jugendliche vorfinden, wird von uns, den Erwachsenen, vorgegeben und was von dem Überkommenen tradiert werden soll, wird durch uns, die Erziehenden, die Lehrenden, die Vorlebenden, festgelegt.

Diese Erkenntnis ist nicht neu, wird jedoch in zyklischer Abfolge immer wieder verdrängt und erfährt im politischen Alltag nur selten die Prioritätensetzung, die ihr zusteht. Ein Grund ist, dass das Hineinwachsen in eine Kultur nicht als Lernprozess verstanden wird, der durch intentionale Akte befördert wird, sondern als ein natürlicher Assimilationsvorgang, der sich so automatisch vollziehen scheint, wie dies fälschlicherweise für den Erwerb der Muttersprache angenommen wird. Übersehen wird dabei, dass nicht nur die Ausbildung spezifischer Fertigkeiten, wie das Erlernen eines Musikinstrumentes oder einer bestimmten Sportart, auf aktiven, von Instruktionen abhängigen Lernprozessen beruht, sondern auch der Erwerb ganz basaler kognitiver Fähigkeiten. Seit dem Abschluss des humanen Genomprojektes und der damit verbundenen Popularität von Theorien, welche die genetische Festlegung somatischer und psychischer Eigenschaften betonen, hat auch das bequeme und fatalistische Argument Konjunktur, Erziehung und Bildung nützen ohnehin nicht viel, da der Mensch würde, was ihm zu werden vorgegeben ist. Das Missverständnis ist hier, dass zwischen Anlagen und deren Ausbildungen nicht unterschieden wird. Dass Menschenkinder sich in ihren genetisch begrenzten Fähigkeiten und Verhaltensdispositionen erheblich unterscheiden können, trifft zu, das eingangs erwähnte Gedanken-

experiment ist jedoch ebenso zutreffend und macht deutlich, was Erziehung vermag.

Genetische Anlagen müssen entwickelt werden.

Wie wichtig es ist, Menschenkinder bis mindestens zum Abschluss der Pubertät zu begleiten und ihnen zu helfen, sich in die vorgefundene Welt einzubinden, belegen neuere Erkenntnisse der Hirnforschung. Es gilt heute als gesichert, dass sich die Entwicklung des menschlichen Gehirns bis zum Ende der Pubertät vollzieht. Das Neugeborene kommt zwar mit einem Gehirn zur Welt, in dem bereits alle Nervenzellen angelegt sind. Diese sind jedoch noch weitestgehend unverbunden, die neuronalen Netzwerke, die für das Funktionieren des Gehirnes ausgebildet werden müssen, sind nur rudimentär angelegt und viele Zentren, insbesondere der Großhirnrinde, sind noch nicht funktionsfähig. Mit Ausnahme der Strukturen im Gehirn, die für die Aufrechterhaltung der vitalen Funktionen zuständig sind, machen die meisten Hirnregionen noch einen stürmischen Entwicklungsprozess durch, der während der ersten Lebensjahre und dann noch einmal kurz vor der Pubertät seinen Höhepunkt erreicht. Die bereits angelegten Nervenzellen differenzieren sich aus, treten miteinander in Verbindung und bilden die Netzstrukturen aus, die für die jeweiligen Funktionen notwendig sind. Das Faszinierende an diesem Entwicklungsprozess ist, dass er nicht ausschließlich von genetischen Instruktionen gelenkt, sondern in erheblichem Maße von der Aktivität des Gehirns selbst mit beeinflusst wird. Die Aktivität der Nervenzellen wird genutzt, um Verbindungen funktionell zu validieren, solche die sich als brauchbar erwiesen haben zu festigen und solche die keine Funktion erfüllen wieder einzuschmelzen. Während dieser Entwicklungsschübe werden dreißig bis vierzig Prozent der einmal gebildeten Kontakte zwischen Nervenzellen wieder vernichtet. Dieser aktivitätsabhängige Prozess wird nun naturgemäß von den Signalen beeinflusst, die über die Sinnesorgane aufgenommen werden und die Gehirnaktivität mitbestimmen. Somit erlangen Umweltfaktoren direkten Einfluss auf die strukturelle Ausprägung von Gehirnen.

Ein dramatisches Beispiel für die eminente Rolle, welche die Interaktion zwischen Gehirn und Umwelt für die Ausprägung von Hirnfunktionen spielt, ist die Ausbildung basaler kognitiver Leistungen. Wenn die Sehzentren im Gehirn daran gehindert werden, visuelle Informationen über die Augen aufzunehmen – etwa weil die Linsen beider Augen getrübt sind – können sich die erforderlichen Verbindungsarchitekturen nicht ausbilden. Bereits angelegte Verbindungen werden vernichtet, weil ihre Funk-

tion nicht bestätigt werden kann, und die Folge ist, dass das Kind blind bleibt, auch wenn die optischen Medien der Augen durch einen späteren chirurgischen Eingriff korrigiert werden. Das Auge liefert dann zwar wieder normale Signale aus der Umwelt an das Gehirn, die Sehzentren sind aber nicht in der Lage, diese Signale sinnvoll zu verarbeiten. Schon wenige Monate visueller Deprivation genügen, um irreversible Schäden zu setzen. Ähnliches gilt für die Ausbildung jener Zentren, die für das Sprachverständnis und die Sprachproduktion zuständig sind. Auch hier müssen die entsprechenden neuronalen Strukturen während kritischer Entwicklungsphasen ausgebildet werden.

Erziehung muß früh beginnen.

Auch wenn für die Ausbildung höherer kognitiver Funktionen solche direkten Beweise für ihre erfahrungsbhängige Entwicklung schwer zu erbringen sind, weil die entsprechenden Deprivationsexperimente nicht durchgeführt werden können, darf angenommen werden, dass für sie Ähnliches gilt. Dies betreffe also die Ausbildung sozialer Fertigkeiten, die Sensibilisierung für künstlerische Kommunikationsformen, die Ausbildung ästhetischer Kriterien und vieles mehr. Mit Ausnahme der Entwicklung basaler kognitiver Fähigkeiten und des Spracherwerbs gibt es bislang nur wenig Daten darüber, in welchen Lebensphasen welche Kompetenzen erworben werden müssen und wann die entsprechenden Präzessionsphasen irreversibel abgelaufen sind. Es muss jedoch angenommen werden, dass alle wesentlichen Entwicklungsschritte etwa zum Zeitpunkt der Pubertät zum Abschluss kommen und danach Fertigkeiten nur noch über konventionelle Lernprozesse auf der Basis der dann festgelegten Verbindungsarchitekturen erfolgen können. Generell gilt wohl, dass das Substrat elementarer kognitiver Funktionen und motorischer Leistungen früher ausreift als die Systeme, auf denen soziale Kompetenzen beruhen. So dürfte die Entwicklung der verschiedenen Sinnessysteme und der Sprachzentren während der ersten Schuljahre zum Abschluss kommen, während die Ausreifung präfrontaler Hirnstrukturen, die für die Steuerung komplexen sozialen Verhaltens zuständig sind, nachweislich bis zur Pubertät andauert.

Glücklicherweise ist es nicht erforderlich, den genauen Zeitverlauf dieser Reifungsprozesse zu kennen, um die Hirnentwicklung in optimaler Weise zu unterstützen, da das Gehirn selbst weiß, wann es welche Informationen benötigt und aktiv nach diesen sucht. Es genügt also, aufmerksam zu beobachten, welche Fragen an seine Umwelt der sich entwickelnde Mensch wann stellt und dann dafür Sorge zu tragen, dass diese Fragen erschöpfend beantwortet werden. Hierzu muss das entsprechende Übungsfeld verfügbar sein, um Deprivationsfolgen zu vermeiden und eine optimale Entfaltung der höheren Hirnleistungen zu gewährleisten.

Unser Erziehungssystem ist einseitig.

Betrachtet man unser gegenwärtiges Erziehungssystem, so fällt auf, dass dieses sehr einseitig gewisse Kompetenzen betont und andere vernachlässigt. Von den vielen Ausdrucks- und Kommunikationsmöglichkeiten, derer sich Menschen bedienen (Sprache, Mimik, Gestik, Tanz, Gesang, Malen und Skulptieren), trainieren wir vorwiegend den Umgang mit der Muttersprache. Vieles von dem, was menschliche Wesen einander mitzuteilen haben und mitteilen müssen, um stabile soziale Strukturen aufzubauen, lässt sich jedoch in rationalen Sprachen allein nicht fassen. Dies gilt insbesondere für Gemüthsheiten, unbewusste Handlungsmotive und widersprüchliche Stimmungslagen. Daraus leitet sich die Notwendigkeit ab, auch die nichtsprachlichen Kommunikationsfähigkeiten optimal zu entwickeln, und auch diese bedürfen der Einübung und Verfeinerung. Hier greifen die gegenwärtigen Erziehungs- und Schulstrukturen mit Sicherheit zu kurz. Gerade die Fähigkeit, die Inhalte verstehen und transportieren zu können, die in nichtsprachlicher Form kodiert werden müssen, ist jedoch wichtig für die Erlangung sozialer Kompetenzen und die Einbindung in die Kulturwelt.

Ästhetische Erziehung ist gesellschaftlich notwendig.

Vor diesem Hintergrund erscheint es unerlässlich, darüber nachzudenken, wie diese Erkenntnisse einer breiten Öffentlichkeit vermittelt werden können. Erst wenn sich in breiten Bevölkerungskreisen die Wertschätzung von Erziehung, Ausbildung und Tradierung kultureller Inhalte ändert, werden sich die kostspieligen Maßnahmen durchsetzen lassen, die zu einer Verbesserung unseres Bildungssystems und zum Erhalt, Ausbau sowie zur Weiterentwicklung unserer Kultureinrichtungen notwendig sind.

A2. Juvenale

Juvenale – Festival

Veranstaltungsregion

Erfahrungsgemäß kann ein Festival nur dann erfolgreich sein, wenn es seine Veranstaltungen räumlich auf eine Stadt, eine Region, eine Landschaft konzentriert. Die Festivalevents vom Start an über ganz Hessen zu verstreuen, würde nahezu unlösbare organisatorisch-logistische Probleme für Veranstalter und Publikum aufwerfen. Zwar sollten die Vor- und Nachbereitungen der Festivalereignisse, die „Zwischenräume“, Kulturinstitute und -initiativen in ganz Hessen mobilisieren. Als Festivalort aber, der im Dreijahresrhythmus all diese Aktivitäten zusammenführt, als zentralen Kommunikations- und Ereignisort, schlägt die Kommission zumindest für den Start die Rhein-Main-Region vor.

Dieser Vorschlag berücksichtigt zum einen die Tatsache, dass die Region Nordhessen mit der documenta bereits über ein international herausragendes Kulturereignis verfügt. Zum anderen rekurriert er auf den besonderen Charakter der Rhein-Main-Region, der diese als einen geeigneten Ort für ein neuartiges, internationales Festival erscheinen lässt:

International gilt das Rhein-Main-Gebiet als eine zentrale Wirtschaftsregion. Viele ökonomische, gesellschaftliche, kulturelle Innovationen der letzten Jahre haben hier ihren Ursprung. In der Rhein-Main-Region sind in Deutschland die meisten internationalen Unternehmen konzentriert. Es gibt auch kaum eine Region in Deutschland mit so vielen internationalen Banken. Hier sind viele kulturelle Zentren und Subzentren konzentriert: Theater und Musiktheater, Ballettensembles, Museen, Baudenkmäler, Galerien, Verlage, Literaturhäuser, Kulturzentren und Experimentierbühnen, Chöre, Symphonie-Orchester, Rock- und Jazzcombos. Ihre Anzahl und die kulturelle Vielfalt in der Rhein-Main-Region sind kaum überschaubar. Dies alles spiegelt sich in der Internationalität ihrer Bewohner. Der gegenwärtig vielfach eingeforderte Dialog der Kulturen ist im Rhein-Main-Gebiet alltägliche Lebenserfahrung.

Die Heterogenität der sozialen Gegenwart und der historischen Tradition ihrer verschiedenen Subzentren schafft auf engstem Raum eine spannende Vielfalt unterschiedlichster Stadtkulturen. Das Rhein-Main-Gebiet ist geradezu prädestiniert, diese Vielfalt in die Juvenale einzubringen und damit seine kulturelle Bedeutung auch im Bewusstsein der internationalen Öffentlichkeit aufzuwerten.

Veranstaltungsbeginn

Da die Kommission in ihren zahlreichen Vorfeldgesprächen in der hessischen Kulturszene auf reges, ideenreiches, engagiertes Interesse an der Konzeption der Juvenale und der „Zwischenräume“ gestoßen ist, schlägt sie vor, die bereits geknüpften Kontakte baldmöglichst wieder aufzunehmen, erheblich zu intensivieren und zu diversifizieren. Vor allem sind die Kontakte zu hessischen Schulen zu erweitern. Um den in Gang gesetzten Schwung auszunutzen, sollte die erste Juvenale spätestens 2005/6 stattfinden. Das bedeutet, dass die ersten Vorbereitungen – der erste vorgelagerte „Zwischenraum“ – 2003 beginnen müssten.

Ideen zur Veranstaltungskonzeption des Festivals

Die Juvenale hat ein eigenständiges Profil, das sie deutlich von anderen Veranstaltungen abhebt und das zugleich sinnvoll mit der Region korrespondiert. Sie arbeitet spartenübergreifend und themenzentriert. Sie integriert die Arbeit von Kulturinstituten und -initiativen und regt an, ohne sie in ihrer Selbstständigkeit einzuschränken. Dabei ergeben sich zahlreiche Kooperationsmöglichkeiten mit bereits erfolgreich arbeitenden, anders dimensionierten Festivals, mit Instituten und Gruppierungen. Die besten Jugendprojekte aller hessischen, später auch deutschen und europäischen Institute, Museen, Theater, Bibliotheken und Kulturinitiativen sollten sich auf dem Festival darstellen können.

Die Fülle der folgenden konzeptionellen Anregungen, Veranstaltungsideen und Hinweise auf mögliche Kooperationspartner ist das Ergebnis zahlreicher Gespräche mit Künstlern, Institutsleitern, Initiativen und Veranstaltern aus ganz Hessen und darüber hinaus. Die Auflistung erhebt keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie deutet lediglich die Richtung an, in die eine offene, im Dialog und in Kooperation mit diesen und weiteren hessischen, deutschen und internationalen Projekten und Instituten sich ständig weiterentwickelnde Festivalkonzeption gehen könnte. Selbstverständlich bleiben alle kooperierenden Projekte, Initiativen und Institute in ihrer Arbeit vollkommen selbstständig – und kooperieren lediglich auf dem Gebiet der Juvenale miteinander.

Anregungen

aus der hessischen und außerhessischen Kulturszene

Spartenübergreifend

- Entwickeln neuer Veranstaltungsformen
- Integration von Teilen der hessischen Nachwuchsförderung in die Juvenile
- Vergabe von Auftragswerken an Schulen und Hochschulen
- Vergabe von Auftragswerken an junge Künstler aller Sparten
- Initiieren von Nachwuchswettbewerben
- 1-4-wöchige Workshops für junge „Laien“ und Künstler mit Spitzenkünstlern aller Sparten
- Kooperation mit der Berliner Akademie der Künste und den Veranstaltern des Berliner Jugendfestivals
- Kooperation mit dem Berliner Archiv der Jugendkulturen
- Serie von Clubveranstaltungen (Film, Bildende Kunst, Sound-Installationen, Party) in Zusammenarbeit mit hessischen Hochschulen, der Clubszene und dem Künstlerhaus Mousonturm
- Sternfahrt aus ganz Hessen zu einem unbekanntem Ort, an dem ein unvorhergesehenes Kunstereignis geschieht, in Zusammenarbeit mit zahlreichen Kulturzentren in Hessen (z.B.: Kasseler Schlachthof, Salzmannfabrik, Marburger Schlachthof, Wiesbadener Schlachthof, Brotfabrik Frankfurt, Künstlerhaus Mousonturm), Studenten der Hochschule für Gestaltung Offenbach und Studenten der Universität Gesamthochschule Kassel
- Integration des „Schmalclub“ (Überraschungsevents auf „Restflächen“) von Ballett Frankfurt und der Hochschule für Gestaltung Offenbach in die Juvenile
- Integration der prozessorientierten Aktionen mit Kindern und Jugendlichen des Museums für angewandte Kunst (MAK) Frankfurt („Museum mit der Mouse“, „mit dem Notebook durchs Museum“ etc.) und Ausweitung auf andere Museen des Rhein-Main-Gebiets
- Ausstellung über jugendliche Subkulturen 1945 – 2000 in Zusammenarbeit mit der Schirn Kunsthalle, dem Haus der Geschichte (Bonn/Berlin) und historischen Museen und Archiven in Hessen und dem Archiv der Jugendkulturen (Berlin)
- Symposium zu Problemen jugendlicher Identitätsfindung in der Paulskirche in Zusammenarbeit mit dem Sigmund-Freud-Institut, mit dem Institut für Sozialforschung, dem Forscherteam der Shell-Jugendstudie, den Frankfurter Römerberggesprächen, den „Frankfurter Positionen“, den Kasseler Millenniums-Tagen u.a.
- Musik und Lyrik, Openair-Rockkonzerte angesagter Stars, verschränkt mit Lyrik in Zusammenarbeit großer hessischer Verlage (Suhrkamp, S. Fischer) mit großen hessischen Konzertagenturen (Marek Lieberberg, Fritz Rau)
- Integration und Ausweitung des Projekts „local aliens“ (Vorstellung junger, in Deutschland lebender Künstler nichtdeutscher Herkunft) in Zusammenarbeit von Hessen Media mit dem Frankfurter Weltmusikzentrum Brotfabrik und dem Berliner Haus der Weltkulturen

Bildende Kunst

- Thematischer, spartenübergreifender, überregionaler Ausbau des von der Kinderakademie Fulda 2002 organisierten Wettbewerbs „Jugend malt“ und Integration in die Juvenile
- Cartoon-Workshops für Schüler und Studenten mit berühmten Cartoonisten in Zusammenarbeit der Kasseler caricatura mit der Neue-Frankfurter-Schule-Sammlung des Historischen Museums Frankfurt, der Satirezeitschrift Titanic, den Kunststudiengängen der Hessischen Hochschulen, hessischen Schulen und der Frankfurter Romanfabrik
- Integration und Ausweitung des Projekts „Plattform“ (Entwicklung gemeinsamer künstlerischer Aktivitäten von jungen Künstlern und jungem Publikum) des Portikus
- Kunst- u. Kulturaktivitäten (Ausstellungen, Partys etc.) in leerstehenden Räumen (Abrisshäusern, leer stehenden Läden etc.), ein Projekt der Hochschule für Gestaltung Offenbach, in das alle Kunststudiengänge der Hessischen Hochschulen und zahlreiche andere Initiativen und Institute einbezogen werden können
- Hessische Galerien und Museen präsentieren Studentarbeiten der Kunststudiengänge der Hessischen Hochschulen, während der gesamten Juvenile
- Erneuerung und Ausweitung des Projekts „Gasthaus“ der Städelschule während der „manifesta“ 2002 in Frankfurt

Theater

- Internationales Jugendtheaterfestival in einem der Hessischen Staatstheater
- Ausbau des erfolgreichen, bisher vom TAT Frankfurt veranstalteten Festivals junger deutscher Theatermacher „experimenta“ zu einer „experimenta internationale“ und Integration in die Juvenile
- Festival junger Regisseure (internationale Plattform für junge Regie) in Zusammenarbeit der Akademie der Darstellenden Künste mit dem Schauspiel Frankfurt und den Hessischen Staatstheatern
- Schultheaterfestival in Zusammenarbeit mit allen hessischen Schultheatern und denen aller europäischen Partnerstädte und -regionen im Künstlerhaus Mousonturm
- Ausweitung und Integration des EU-Modellprojekts „Europäische Mythen für Kinder“: Bekannte Autoren schreiben Jugendstücke über große europäische Mythen, die auf dem Festival uraufgeführt werden, in Kooperation des Freien Theaterhauses Frankfurt am Main mit weiteren freien Theatern Hessen, den hessischen Theaterverlagen und der EU
- Ausweitung und Verstärkung des Festivals „Starke Stücke“ mit Gegenwartsstücken aus der europäischen Kinder- und Jugendliteratur. Es wird seit neun Jahren organisiert von einem Zusammenschluss verschiedener Veranstalter im Rhein-Main-Gebiet: Hessische Theaterakademie, Freies Theaterhaus Frankfurt am Main, Gallustheater Frankfurt am Main, Jugendamt der Stadt Frankfurt am Main, Bürgerhaus Dreieich-Sprendlingen; Stadt Rüsselsheim, Alte Mühle Bad Vilbel

- Workshops mit bekannten Regisseuren und Schauspielern für junge Schauspieler und junge Laienschauspieler in Zusammenarbeit mit der Hessischen Theaterakademie, hessischen Schulen, Schauspielschulen und Laientheaterprojekten
- Wettbewerb der deutschsprachigen Theater-Hochschulen an einer großen Bühne im Rhein-Main-Gebiet
- Thematischer Wettbewerb für junge Dramatiker. Uraufführung der drei besten Stücke am Hessischen Staatstheater Darmstadt, am Hessischen Staatstheater Wiesbaden und am Schauspiel Frankfurt in Zusammenarbeit mit den hessischen Theaterverlagen
- Ausweitung und Integration der Woche junger Schauspieler (Bensheim) in das Festival
- „Schüler schreiben Dramen“. Uraufführung durch Hessische Staatstheater, Schauspiel Frankfurt, Freies Theaterhaus und andere freie Theater während des Festivals in Zusammenarbeit mit Schulen
- Ausbau des Podiums für außergewöhnliche internationale Entwicklungen der darstellenden Kunst, das als „Cutting Edge“ vom Künstlerhaus Mousonturm Frankfurt und dem Staatstheater Darmstadt begründet wurde
- Festival über neue Entwicklungen in der Weltmusik (Verschränkungen zwischen elektronischer, Jazz-, Weltmusik- und Clubszene) in Zusammenarbeit mit der Brotfabrik, dem Hessischen Jazzinstitut, den hessischen Jazzinitiativen, dem Hessischen Rundfunk, der Clubszene und dem Museum der Weltkulturen
- Wettbewerb „Jugend jazzt“ in Zusammenarbeit der hessischen Jazzinitiativen mit denen ihrer europäischen Partnerstädte, dem Hessischen Landesjugendjazzorchester, der HR Big Band, europäischen Schul-Big-Bands und internationalen Jazz-Stars
- Jugend-Rockwettbewerb, kombiniert mit Auftritten internationaler Stars in Zusammenarbeit mit großen hessischen Konzertagenturen (Marek Lieberberg, Fritz Rau), der Clubszene und dem Festival der Frankfurter Sparkasse von 1822
- Wettbewerb für die elektronische Musikszene in Zusammenarbeit mit der Clubszene, der Hochschule für Musik und Darstellende Kunst und den hessischen Musikakademien
- Großes Weltmusikkonzert in Zusammenarbeit hessischer Weltmusikzentren mit dem Projekt „local aliens“ und großen hessischen Konzertagenturen (Marek Lieberberg, Fritz Rau)

Tanz

- Integration des innovativen Tanztheaterfestivals des Künstlerhauses Mousonturm in die Juvenale
- Auftritt der besten Clubtänzer im Ballett Frankfurt und auf den Bühnen der Hessischen Staatstheater Wiesbaden und Darmstadt
- Workshop für junge Tänzer (Ballett und Club) mit bekannten Tänzern und Choreographen – Hochschule für Musik und darstellende Künste in Zusammenarbeit mit den Balletts der Staatstheater, dem Ballett Frankfurt und der Clubszene

Musik

- Internationaler Wettbewerb hochrangiger junger Musiker (Alte Oper)
- Kinderliedfestival im Freien Theaterhaus in Zusammenarbeit mit hessischen Schulen (Schülerjury)
- Integration und Ausweitung des Response-Projekts des Ensemble Modern in Zusammenarbeit mit Musikleistungskursen von Oberstufengymnasien und der Alten Oper Frankfurt. Entwicklung von Kompositionen in Zusammenarbeit von Künstlern und Schülern, Uraufführungen im Rahmen des Festivals
- Auftragskompositionen an junge Komponisten. Uraufführung auf dem Festival in Zusammenarbeit mit dem Ensemble Modern und der Alten Oper Frankfurt
- Ausweitung der Reihe „Neue Musik im MAK“ (Auftragskompositionen junger Komponisten, uraufgeführt von jungen Künstlern) in Zusammenarbeit mit dem MAK Frankfurt
- Bauen bisher unüblicher Instrumente und deren Einbeziehen in Konzertaufführungen des Festivals in Zusammenarbeit mit dem Ensemble Modern, hessischen Musikschulen, dem Museum der Weltkulturen Frankfurt, dem Weltmusikzentrum Brotfabrik u.a.

Literatur

- Schreib-Workshops für Jugendliche in Zusammenarbeit von Schulen und Hochschulen mit der Stiftung Lesen und dem Projekt Literaturbus
- Öffentlicher, von Jugendlichen jurierter Wettbewerb junger Lyriker und HipHopper in Zusammenarbeit mit der Stiftung Lesen, hessischen Verlagen und der Clubszene
- Workshops für junge Autoren mit bekannten Schriftstellern in Zusammenarbeit mit hessischen Schulen und Hochschulen, den großen Verlagen und dem Börsenverein des Deutschen Buchhandels
- Zeitungs- und Hörfunkberichte und Rezensionen über Ereignisse des Jugendfestivals werden unter Anleitung erfahrener Kritiker und Journalisten von Jugendlichen selbst geschrieben und in den großen Zeitungen und Zeitschriften publiziert – ein Projekt für Schulen in Zusammenarbeit mit allen hessischen Tageszeitungen und dem Hessischen Rundfunk
- Ausweiten und Einbeziehen des Jungen Literaturforums Hessen-Thüringen in die Juvenale
- Außerhalb der Buchmesse sollte in die Juvenale ein Literaturfestival mit Literaturfilmen, mit neuen Formen von Lesungen (Poetry Slams), mit Literatur im erweiterten Feld von Fernsehen und Neuen Medien und unter Einbeziehung virtueller Bibliotheken integriert werden
- „Schüler schreiben Dramen“, in Zusammenarbeit mit Schulen, hessischer Literaturförderung und hessischen Theaterverlagen (Uraufführung durch Hessische Staatstheater, Schauspiel Frankfurt, Freies Theaterhaus und andere freie Theater während des Festivals)

Film und Fernsehen

- Film- und Fernsehberichterstattung über die Juvenale von Jugendlichen selbst gestaltet, in Zusammenarbeit von Schulen mit dem deutschen Filminstitut, dem Hessischen Rundfunk und den Film-Studiengängen an hessischen Hochschulen
- Schüler produzieren ihre Filme selbst – in Zusammenarbeit der Schulen mit dem Deutschen Filminstitut und Studenten und Lehrenden der Filmstudiengänge hessischer Hochschulen sowie international bekannten Kinder- und Jugendfilmregisseuren
- Ausweitung des Kinderfilmfestivals LUCAS zum Kinder- und Jugendfestival und Integration in die Juvenale in Zusammenarbeit mit dem Deutschen Filminstitut, dem Deutschen Filmmuseum und dem Kino Metropolis (Cinestar-Kette)
- Jugendfernsehfilm-Wettbewerb mit Jury aus Kindern und Jugendlichen in Zusammenarbeit mit dem Hessischen Rundfunk, dem Deutschen Filminstitut und hessischen Schulen

Juvenale – Zwischenräume

Die Juvenale ist ohne die nachhaltige Arbeit in den „Zwischenräumen“ nicht denkbar. Besonderen Wert legt die Kommission auf die musikalische Früherziehung, denn Kinder und Jugendliche ab 15 Jahren sind erfahrungsgemäß für anspruchsvollere musikalische Rezeptionserlebnisse und das Musizieren nicht mehr zu begeistern, wenn hier die Weichen nicht rechtzeitig gestellt wurden.

Die Kommission schlägt vor, die zahlreichen Schulprojekte hessischer Kulturinstitute und -initiativen in der Kulturförderung ganz besonders zu berücksichtigen, sie zu verstärken, zu vertiefen und auszuweiten. Vom Land Hessen geförderte Kulturinstitute und Kulturinitiativen sollten in allen hessischen Schulen präsent sein. Das kann z.T. ohne neue finanzielle Aufwendungen geschehen: Zu allem, was keinen Eintritt kostet, z.B. öffentliche Proben und Vernissagen, könnten gezielt Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrern eingeladen werden. Die gängige Praxis, politische und andere Funktionsträger zu Premieren einzuladen, könnte zumindest z.T. ersetzt werden durch die neue Praxis, diese Freikarten Schulklassen Oberstufenkursen und Hochschulseminaren zukommen zu lassen, die sich in Projekten auf das jeweilige Stück vorbereitet haben.

Die folgenden Vorschläge, Beispiele und Anregungen erheben keinerlei Anspruch auf Vollständigkeit. Sie sollen vielmehr die Richtung andeuten, in die die Arbeit der „Zwischenräume“ gehen könnte:

Anregungen

entstanden aus Diskussionen mit Protagonisten aus der hessischen und außerhessischen Kulturszene

Spartenübergreifend

- 2002 veranstaltete die Stiftung Weimarer Klassik mit sehr guten Ergebnissen ein dreiwöchiges Kultursommercamp für ca. 30 Kinder zwischen 7 und 13 Jahren, für das nur ca. 60.000,- EUR an öffentlichen Mitteln benötigt wurden. Solche Sommercamps könnten, evtl. teilfinanziert aus Sponsorengeldern, von vielen hessischen Instituten und Initiativen veranstaltet werden.
- Orientiert am positiven Beispiel der Salzburger Sommerakademie könnten hessische Institute und Initiativen Kunst- und Kultursommer für Jugendliche veranstalten.
- In zahlreichen Kulturinstituten führen Kinder und Jugendliche andere Kinder und Jugendliche durch Dauerausstellungen – z.B. im Städel, im Museum der Weltkulturen, im MAK Frankfurt und in der Frankfurter Jugendbegegnungsstätte Anne Frank, die ausschließlich mit jugendlichen Guides arbeitet und ein gutes Schulungsprogramm für sie entwickelt hat, das anderen Instituten Hilfestellungen geben könnte.
- Die „Frankfurter Positionen“ – ausgerichtet von der BHF-Bank – integrieren beispielhaft intellektuellen Diskurs, Theater und Bildende Kunst. Von fünf im letzten Jahr geförderten Stücken junger Autoren wurden drei mit großem Erfolg an deutschsprachigen Bühnen aufgeführt.
- Die besten Grafiker, Designer, bildenden Künstler, Musiker, Schauspieler, Regisseure und Autoren sollten für gemeinsame Projekte mit hessischen Schulen gewonnen werden.
- Die spartenübergreifende Arbeit der Kinderakademie Fulda mit Kindern zwischen 4 und 13 Jahren sollte intensiviert und mit neuen Kooperationspartnern auf ganz Hessen ausgeweitet werden.
- Spitzenkünstler aller Sparten sollten dafür gewonnen werden, in gemeinsamen Workshops Schülerinnen und Schüler aller Schulformen zunächst auf ihr Talent zu testen, dann mit den Begabtesten in einem gemeinsamen, dreijährigen Produktionsprozess in Workshops zu arbeiten, um am Schluss die entstandene, spartenübergreifende Produktion auf dem Festival zu präsentieren. Die Idee ist, verborgene Talente zu rekrutieren und gezielt zu fördern, um damit einen Beitrag zur gezielten Hochbegabtenförderung zu leisten.
- Einrichten so genannter runder Tische zur Vielfalt kultureller Jugendarbeit abseits vom herkömmlichen Kulturbetrieb und Großereignissen, an denen die freie Kulturszene und andere Kulturträger mit Vertretern der beteiligten Ministerien zusammen kommen.

Bildende Kunst

- Unabdingbare Voraussetzung für eine wirksame kunstpädagogische Arbeit ist die Ausstattung aller hessischen Kunstmuseen mit Museumspädagogen.
- Herausragende junge Künstler, auch Studenten hessischer Hochschulen, sollten gegen eine finanzielle Förderung für Projekte mit Schülerinnen und Schülern gewonnen werden.

- Hessische Museen sollten angeregt werden, Schülerinnen und Schülern aller Schulformen (auch Grund-, Haupt-, Real- und Sonderschulen) praktische Projekte mit Bildenden Künstlern anzubieten, die in eine Ausstellung der besten Exponate aller Stufen münden.
- Anlässlich des 10. Jahrestags der deutschen Einheit konnten sich Schülerinnen und Schüler in den Staatlichen Kunstsammlungen Dresden ihr Lieblingskunstwerk aussuchen und es dem jugendlichen und erwachsenen Publikum in einer Führung vorstellen. Diese Idee könnten hessische Museen und evtl. auch Galerien aufgreifen und zur Dauereinrichtung machen.
- Der Münchner Kunstpädagoge Hans Daucher macht eine beispielhafte Arbeit mit seinem Bundesjugendwettbewerb Malerei, an der sich auch hessische Institute orientieren könnten. Der diesjährige hessische „Jugend malt“-Wettbewerb der Kinderakademie Fulda könnte mit Dauchers Arbeit koordiniert werden und sollte zu einer festen jährlichen Einrichtung werden.
- Das Projekt von Grete Steiner an der Schiller-Schule in Offenbach, mit einem Stipendium der Frankfurter Sparkasse von 1822 einen „Jahreskünstler“ an ihre Schule zu verpflichten, sollte von vielen hessischen Schulen in Kooperation mit den örtlichen Sparkassen aufgegriffen werden.

Theater

- Die Frankfurter „experimenta“ vermittelte beispielhaft die innovativsten Arbeiten junger Schauspieler und Regisseure an ein junges Publikum. Die jungen Autoren, Schauspieler und Regisseure sollten angeregt werden, sich nach den Premieren und während der Arbeit regelmäßig dem Gespräch mit Schülerinnen und Schülern zu stellen. Dieses Forum gilt es zu erhalten.
- Das schon seit langen Jahren kontinuierlich arbeitende Schülertheater am Schauspiel Frankfurt hat inzwischen zahlreiche, auch von „Theaterprofis“ bewunderte Auführungen hervorgebracht. Aus ihm sind einige gute Schauspieler hervorgegangen. Ähnliches könnte an anderen hessischen Bühnen versucht werden.
- Zahlreiche hessische Regisseure (Willy Praml, Matis Hömig u.a.) arbeiten in ihren Theaterprojekten regelmäßig mit Ensembles aus Profischauspielern und Laien. Sie und weitere Kollegen sollten angeregt werden, dabei feste Kooperationen mit Schulen einzugehen.
- Hessische Kinder- und Jugendtheater sollten regelmäßig zu Aufführungen und anschließenden Gesprächen in den Schulen eingeladen werden.
- Regisseure und Schauspieler sollten mithilfe eines Stipendiums an hessische Schulen verpflichtet werden, wo sie Schultheaterprojekte, den Literatur-, aber auch den Sozialkundeunterricht mitgestalten könnten. So gibt z.B. der deutsch-chilenische Schauspieler Peter Lehmann Rollenspielkurse zur Gewaltprävention an hessischen Schulen.

Tanz

- Junge Tänzer der hessischen Bühnen und Studenten hessischer Hochschulen könnten gegen ein Stipendium zum Sportunterricht und zu freiwilligen Sport-Arbeitsgemeinschaften sowie zu Schulprojektwochen eingeladen werden und gemeinsam mit interessierten Schülern Choreographien erarbeiten und aufführen.

Musik

- In Hessischen Schulen sollte es Liederkompositions- und Chorwettbewerbe sowie Kompositionskurse geben, angeleitet von jungen, durch ein Stipendium verpflichteten Komponisten, Chorleitern, Dirigenten und Musikern, auch Studenten hessischer Hochschulen. Die besten Ergebnisse sollten im Hessischen Rundfunk gesendet werden. Es gibt bereits ein ähnliches, kleiner dimensioniertes Projekt im Hessischen Rundfunk, an das angeknüpft werden könnte.
- Das Projekt „happy new ears“ sollte verstetigt und ausgeweitet werden.
- Die BHF-Bank fördert das Projekt „Musik im Kindergarten“, das die Kreativität von Kleinkindern entwickelt. Dieses Projekt sollte ausgebaut werden.
- Die zahlreichen Jugendlichen, die in ihrer Freizeit hervorragende Populärmusik machen, sollten regelmäßig die Gelegenheit erhalten, auch in den Schulen mit jungen „Stars“ aus Hessen zusammen zu arbeiten und gemeinsam mit ihnen aufzutreten.

Literatur

- Die für das spätere Leseverhalten sehr wichtigen, an vielen hessischen Schulen aus Personal- und Finanzgründen leider vernachlässigten Schulbibliotheken sollten wieder attraktiver werden. (Publikumsnahe Öffnungszeiten, Neuanschaffungen, Lesungen mit jungen Autoren etc.).
- In Zusammenarbeit mit der Stiftung Lesen, dem Boedeker-Verband, dem hessischen VS, dem PEN-Zentrum u.a. sollten Autorenlesungen in Schulen ausgeweitet werden.
- Hessische Autoren sollten gegen ein Stipendium regelmäßig zu Schreibworkshops in Schulen eingeladen werden.
- Der bereits existierende Schreibwettbewerb „Junges Literaturforum Hessen-Thüringen“ sollte finanziell besser ausgestattet, auch auf jüngere Altersgruppen bezogen und an Schulen und Hochschulen angebunden werden.
- Die bereits existierenden, mit Schulen kooperierenden „Jugend schreibt“-Projekte großer hessischer Tageszeitungen sollten in Zusammenarbeit mit weiteren hessischen Zeitungen und dem hessischen Rundfunk regional ausgeweitet und mit einer Prämierung der besten Beiträge eines Jahres oder eines „Zwischenraumes“ versehen werden.

Film

- Studierende der Filmstudiengänge hessischer Hochschulen sollten gegen ein Stipendium für gemeinsame Filmprojekte mit hessischen Schülerinnen und Schülern gewonnen werden.
- An allen hessischen Schulen sollten regelmäßig Filmwochen mit Kopien von Filmklassikern und anspruchsvollen, wenig gezeigten Gegenwartsfilmen veranstaltet werden.
- Hessische Film- und Fernsehproduzenten und Postproduktionsfirmen sollten dafür gewonnen werden, hessischen Schülerinnen und Schülern verstärkt Betriebspraktika und Firmenbesuche anzubieten.

Bestandsaufnahmen und Empfehlungen für einzelne Sparten

Hessen läuft Gefahr, seine Stärken in der Kultur zu verlieren. Die Kommission hält daher mittel- bis langfristig eine deutliche Steigerung der Kulturfördermittel des Landes für notwendig.

Die folgenden Berichte und Empfehlungen sind in ihrem Charakter und in ihrer Breite unterschiedlich. Dies sagt nichts über die Bedeutung der jeweiligen Sparte aus, sondern ist ausschließlich der unterschiedlichen Arbeitsweise der befassten Kommissionsmitglieder geschuldet. Zum besseren Verständnis werden hier in einzelnen Abschnitten einige bereits im Berichtsteil angeführte Gedanken wiederholt.

Literatur

Hessen ist mit seinen zahlreichen bedeutenden Verlagen – einige von ihnen haben das geistige Klima der Republik geprägt –, mit dem PEN-Zentrum, der Deutschen Akademie für Sprache und Dichtung und dem Büchnerpreis in Darmstadt, mit der Buchmesse, dem Börsenverein, dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels, mit dem Freien Deutschen Hochstift nebst Goethe-Haus und dem Goethe-Museum, mit der Deutschen Bibliothek in Frankfurt, mit den Universitätsbibliotheken, den Literaturhäusern, -fabriken und -büros in Frankfurt, Darmstadt, Wiesbaden und anderswo, das deutsche Literaturland par excellence. Viele bedeutende Autoren arbeiten hier oder haben sich an hiesige Verlagshäuser gebunden.

Die Kommission bemängelt den für ein Literaturland nicht zufrieden stellenden Zustand zahlreicher öffentlicher Bibliotheken und Büchereien. Das gilt sowohl für Universitäts- und Stadtbibliotheken als auch für Schul- und (meist nicht existente) Kindergartenbibliotheken. Dass aber ein effektives Studium nicht bewältigen kann, wem grundlegende aktuelle Werke nicht zugänglich sind, dass Lesekompetenz nicht entwickeln kann, wer nicht bereits in früher Kindheit den selbstverständlichen, lustvollen Umgang mit Büchern gelernt hat, ist hinlänglich nachgewiesen.

Viele gute Projekte wie etwa die gemeinsame Einrichtung von Schul- und Stadtteilbibliotheken sind in den vergangenen Jahren finanziell nicht mehr gefördert worden. Viele Standorte mussten und müssen geschlossen werden. **Eine qualitativ vertretbare Versorgung an weniger Standorten ist sicher besser als eine nicht unzureichende an vielen Standorten. Um dennoch allen Bürgern den Zugang zum Buch zu sichern, sollten mobile**

Angebote wie der Bücherbus aktiviert oder reaktiviert werden. In allen Bibliotheken gibt es zu wenig Sachmittel und zu wenig Personal. Erfahrungen mit privatem Engagement sind durchaus unterschiedlich. Ehrenamtliche Helfer können immer nur ergänzend eingesetzt werden. Private Finanzmittel sind meist nur projektbezogen und in relativ begrenztem Ausmaß zu gewinnen.

In der Ausstattung wissenschaftlicher Bibliotheken rangiert Hessen in der Schlussgruppe der deutschen Länder. **Die Universitätsbibliotheken brauchen wieder eine vernünftige Bibliotheksausstattung, um eine Bestandsplanung machen zu können.** Z.Zt. sind die Studenten hessischer Hochschulen massiv unterversorgt. Die durch das Hessische Hochschulgesetz gestärkte Autonomie der Hochschulen hat zur Folge, dass für gemeinsame, kulturelle Aufgaben keine Mittel mehr zur Verfügung stehen werden. **Die vorhandene gemeinsame Infrastruktur und die kooperative Literaturversorgung sind damit extrem gefährdet.**

Das Land Hessen hat nach Angaben der hessischen **Universitätsbibliotheken z.Zt. einen eigenen Etat von ca. 1 Mio. EUR für gemeinsame Aufgaben aller wissenschaftlichen Bibliotheken eingesetzt. Diesen gilt es aus Gründen der Planungssicherheit zu verstetigen und mittelfristig auf ca. 1,5 Mio. EUR zu erhöhen. Diese Mittel sollten wie bisher den Bibliotheken direkt zugewiesen werden.** Nur dann ist gesichert, dass die traditionelle Bildungsaufgabe der Universitätsbibliotheken, auch der nichtuniversitären Öffentlichkeit eine Bibliotheksversorgung anzubieten, weiter erfüllt werden kann.

Mit privaten Fördervereinen gibt es in den Bibliotheken durchaus unterschiedliche Erfahrungen. Die Frankfurter Stadt- und Universitätsbibliothek kann besondere Anschaffungen über ihren Förderverein realisieren. Dasselbe gilt für die Darmstädter Hochschulbibliothek. Die Marburger Universitätsbibliothek hat keinen eigenen Förderverein; der Marburger Universitätsbund engagiert sich aber auch für die Universitätsbibliothek.

Die Kommission empfiehlt

- **die Aufstockung der Bibliothekshaushalte, vorrangig der Ankaufetats**
- **die Verbesserung der personellen Ressourcen**
- **den Auf- und Ausbau eines verlässlichen Netzes von Schulbibliotheken (unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler)**
- **die Bereitstellung von Mitteln zur Restaurierung und Erhaltung des Buchbestandes.** Von den Universitätsbibliotheken wurde der Bedarf für die nächsten 10 Jahre auf jährlich 500.000 EUR beziffert.

A3.

- **die Einrichtung von Kindergartenbibliotheken in Zusammenarbeit mit der Stiftung Lesen, die durch örtliche Sponsoren und die örtlichen Industrie- und Handelskammern sowie die Handwerkskammern unterstützt werden soll (unter Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit der Schülerinnen und Schüler)**
- **den Einsatz von ehrenamtlichen Vorlesern nicht nur in Kindergärten und Schulen, sondern auch in Bibliotheken**
- **die Ausweitung der Aufgaben der Bibliotheken als bürgernahe Kulturserviceeinrichtungen zu Zentren der Kulturinformation: Sie verfügen in vielen Fällen bereits über das technische Equipment.**

Die Literaturhäuser, die Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung, das Hessische Literaturbüro, Autoren, Verleger und Buchhändler weisen darauf hin, dass Lesungen beim Publikum generell immer beliebter werden, während zugleich der Buchverkauf zurückgeht, mit erheblichen Folgen für Autoren, Verleger und Buchhandel. Daher nimmt die Bedeutung der Literaturhäuser, die sich ganz der Gegenwartsliteratur verpflichtet sehen, und anderer Veranstalter von Lesungen zu. Das gilt leider nicht für deren Etats. **Es wird angeregt, dass sich vornehmlich die Literaturhäuser in Kooperation mit einschlägigen Verlagen um Hörbuchproduktionen ihrer herausragenden Veranstaltung bemühen.**

Um Autoren in hessischen Städten zu halten und zu entwickeln, wäre es wünschenswert, über die bereits existierenden Fördermöglichkeiten hinaus an die Literaturhäuser gebundene, jurisierte Stipendien (von ca. 5.000 EUR jährlich) einzurichten.

Weiter schlägt die Kommission vor:

- **Die Ausbildung von Lehrern und Erziehern muss im Hinblick auf eine gezielte Lese- und Sprachförderung reformiert werden.**
- **In Zusammenarbeit mit hessischen Verlagen, Buchhandlungen, Autoren, Literaturhäusern und -büros sowie der (z.Zt. mit 480.000 EUR dotierten) Hessischen Leseförderung sollte die Leseförderung intensiviert und modernisiert werden. Zudem sollten Schreibwettbewerbe für Kinder und Jugendliche zeitlich und räumlich ausgeweitet werden.** Momentan gibt es mit dem erfolgreichen „Jungen Literaturforum Hessen-Thüringen“ einen Schreibwettbewerb nur für die 16-25jährigen.
- **In Hessen lebende Autoren sollten zur Kooperation mit Schulen, Jugend- und Kulturzentren für Lesungen und Schreibworkshops gewonnen werden.**
- **Das Potenzial der Buchmesse sollte stärker als bisher für die Stadt und die Region genutzt und das lesende Publikum, insbesondere junge Leser, durch öffentliche Veranstaltungen stärker einbezogen werden.**
- Die Einrichtung der Bücherbusse sollte mit Hilfe von Sponsorenmitteln wiederbelebt und verstärkt werden.
- **Es wird empfohlen, für die beratenden Buchhändler einen hessischen Buchhändlerpreis, orientiert am hessischen Kinopreis, zu vergeben.**

- Es wird angeregt, in Zusammenarbeit mit dem Exilarchiv der Deutschen Bibliothek eine historisch angelegte Veranstaltungsreihe „Literatur im Exil“ einzurichten.
- Das Land Hessen sollte sich eines großen Schatzes, der in Frankfurt in Kellern lagert, annehmen: der Archive der Frankfurter Schule, die für Hessen gesichert werden konnten, aber für die Öffentlichkeit nur unzureichend zugänglich sind.
- **Die Idee der Poetik-Vorlesung an der Frankfurter und seit kurzem auch an der Gießener Universität sollte von allen anderen hessischen Hochschulen aufgenommen werden. Hier gibt es ein Betätigungsfeld für Sponsoren.**
- Literatur sollte in Verbindung mit anderen Kunstsparten und an ungewöhnlichen Orten präsentiert werden: Lesung im Museum, Lesung und Film, Lesung und Musik, Lesung im Zoo. Literatur im Hauptbahnhof (existiert bereits als sehr erfolgreiches Projekt), Literatur im Flughafen etc.
- Das Frankfurter Projekt „Literatur am Fluss“ sollte verstetigt und von anderen Städten aufgegriffen werden.
- Angelehnt an das „deutsche Filmportal“ (DIF) sollte ein **„hessisches Literaturportal“** geschaffen werden. Die bereits existierenden Literaturveranstaltungsprogramme verschiedener hessischer Städte und Gemeinden sollten verstetigt, gefördert und in das Literaturportal aufgenommen werden.

Theater, Musik, Ballett

Wie überall in Deutschland sind die Besucherzahlen auch in den drei Hessischen Staatstheatern aufgrund der gegenwärtigen ökonomischen Krise gesunken, was dazu führt, dass die hohen Einnahmeerwartungen nicht erfüllt werden können. Die großen Defizite beim Staatstheater Kassel (rd. 700.000 EUR) und beim Staatstheater Wiesbaden (rd. 1,4 Mio. EUR) sind aber nicht primär Folge dieser Einnahmeverminderung sondern langfristiger Strukturdefizite und neu hinzugekommener Belastungen. Diese betreffen alle drei Staatstheater – also auch das Darmstädter Haus, das bisher durch eine rigorose Einsparpolitik das Entstehen von Defiziten noch hat verhindern können. Die finanzielle Ausstattung der Häuser entspricht nicht den vorhandenen Ensemblestrukturen. Die im Vergleich zu außerhessischen Häusern bei weitem zu niedrig veranschlagten, real in den letzten Jahren aber rapide gestiegenen Ausstattungskosten wurden bisher in allen Häusern aus den Mitteln der Personal-etats gedeckt, indem man auf die Wiederbesetzung freigewordener Stellen verzichtete. So wurden trotz des Ausgleichs der Tarifsteigerungen durch Land und Kommunen in dieser Legislaturperiode die Ressourcen allmählich aufgezehrt. Das verdienstvolle Kulturinvestitionsprogramm mit seinen erheblichen Sanierungsmaßnahmen in allen Häusern und die neue Verwaltungssteuerung haben 2002 zu einer beträchtlichen Steigerung der Personalbelastung geführt. Neue Stellenbesetzungen und bezahlte Überstunden sind die notwen-

dige Folge. Mittel aus dem Personaletat stehen also nicht mehr zum Ausgleich der Unterdeckung im Ausstattungsetat zur Verfügung. Für das Staatstheater Kassel, das einzige Dreispartenhaus zwischen dem Rhein-Main-Gebiet und Hannover/Braunschweig, verschärft sich das Problem dadurch, dass es aufgrund der schlechten Finanzsituation der Kommune mit einem erheblich geringeren Etat als die beiden anderen Häuser einen Dreispartenbetrieb sichern muss.

Die Kommission empfiehlt

- eine Erhöhung der Ausstattungsetats
- die Überprüfung übertariflicher Besitzstände
- die Privatisierung von nichttheaterspezifischen Leistungen
- eine höhere prozentuale Landesbeteiligung am Staatstheater Kassel
- statt kurzfristiger Einsparungen nach der Rasenmähermethode eine langfristig angelegte Evaluierung möglicher Kooperationen und Strukturveränderungen unter Berücksichtigung von Stärken und Schwächen aller Mehrspartenhäuser. Ein Angebot in allen Sparten kann auch durch Kooperationsmodelle gesichert werden. Für eine solche Evaluierung, die im Rahmen der breiter angelegten Kommissionsarbeit nicht geleistet werden konnte, stehen einzelne Kommissionsmitglieder weiter zur Verfügung.

Die Kommission empfiehlt den hessischen Staatstheatern sowie den Frankfurter Städtischen Bühnen, sich um die Pflege ihrer unterstützenden Freundeskreise und um die schwierige Akquirierung privater Mittel intensiv zu bemühen. Die Kommission empfiehlt, alle Bühnenleiter zu Seminaren über Sponsoring mit auf diesem Gebiet erfahrenen Leitern internationaler Häuser einzuladen.

Neueinstellungen von technischen Mitarbeitern und Orchestermitgliedern der Hessischen Staatstheater sollten zukünftig mit einem einheitlichen Arbeitsvertrag geschehen, der gestattet, dass die technischen und künstlerischen Mitarbeiter, wo dies möglich ist, ohne Mehrkosten auch an benachbarten Häusern eingesetzt werden können.

- Die Kommission empfiehlt die Beteiligung des Landes Hessen an der Finanzierung des Balletts Frankfurt mit 52% – analog zu den Hessischen Staatsballetten.
- Die Kommission schlägt vor, die Mittel für die aufzubehaltenden „Hessischen Theaterstage“ aufzuteilen und sie den Theatern direkt für ihre künstlerischen Etats zur Verfügung zu stellen.
- Die Kommission begrüßt die aktuelle Einrichtung der Hessischen Theaterakademie, die die Durchlässigkeit und Vergleichbarkeit aller Theater-Studiengänge an hessischen Hochschulen herstellt und durch eine engere Kooperation der Hochschulen mit den hessischen Bühnen die Praxisbezogenheit der Ausbildung verstärkt.
- Die Kommission regt an, das Staatstheater Darmstadt mit seinem innovativen Musiktheater zu bitten, künftig enger mit den Darmstädter Tagen für Neue Musik zusammenzuarbeiten.

- Die Kommission empfiehlt, die von Tankred Dorst und dem Intendanten des Staatstheaters Wiesbaden ins Leben gerufenen „Bonner Theaterstage“ als „Wiesbadener Theaterstage“ mit Landeshilfe wieder zu beleben nachdem die Stadt Bonn diese Biennale in dieser Form nicht fortsetzt. Die Entscheidung eilt, denn turnusmäßig wäre 2004 das nächste Biennalejahr. Diese Biennale präsentiert in vierzehn Tagen ca. 30 – von Dramatikern ausgewählte – Produktionen lebender zeitgenössischer europäischer Autoren in der Originalsprache, fürs Publikum digital synchron übersetzt. Die Biennale ist als Treffpunkt europäischer Autoren (alle Auswählenden und alle Aufgeführten sind immer anwesend) und europäischer Theaterverlage, als Ausbildungsort und für junge Autoren (die das Festival begleitenden Workshops sind eine Talentschmiede) und als Start für zahlreiche internationale Dramatikerkarrieren weltweit bekannt geworden.

Kulturelles Erbe, Museen und Kunstförderung

Vergleiche: Anhang A4 Bericht über die Lage der Landesmuseen und der Schlösserverwaltung von Sybille Ebert-Schifferer

Film

Hessen ist traditionell ein Land der Filmwirtschaft, der Filmpublizistik und der Filmwissenschaft. In der Landeshauptstadt Wiesbaden wurden in der Nachkriegszeit zahlreiche zentrale deutsche Filminstitutionen angesiedelt, unter ihnen die Spitzenorganisation der deutschen Filmwirtschaft (SPIO), die Freiwillige Selbstkontrolle (FSK) und die Filmbewertungsstelle. Dazu kam später das Kuratorium Junger Deutscher Film. In Frankfurt am Main sind seit den sechziger Jahren zentrale deutsche Institute der wissenschaftlichen und dokumentarischen Arbeit mit und über Film angesiedelt: das Deutsche Filmmuseum und das Deutsche Filminstitut (DIF). Bemerkenswert ist insbesondere ein neues Projekt des DIF, das „Internetportal zum deutschen Film“, das umfangreiche Informationen über Inhalt, Künstler und Produzenten sämtlicher deutschen Filme vom ersten Stummfilm bis zu jeder Neuproduktion bieten wird. Diese Informationen sind so aufbereitet, dass sie sowohl für die wissenschaftliche Arbeit der Hochschulen als auch für die Vermittlungsarbeit an Schulen und anderen Bildungseinrichtungen verwertbar sind. Das Internetportal bietet also auch Informationen darüber, wo und zu welchem Preis man existierende Videos oder Kopien ausleihen kann, und wo man welche Buch- und Zeitschriftenpublikationen über den jeweiligen Film bekommt. Das Projekt finanziert sich in einer public-private-partnership aus Bundesmitteln und einer Förderung der Filmwirtschaft. Es übernimmt wichtige Funktionen, die die bisher mit diesen Aufgaben

A3.

befassten Institute in Hessen, wie etwa der Bundesverband Jugend und Film, die Landesbildstelle sowie das Projekt „Kinematographie des Holocaust“ im Fritz Bauer Institut, aufgrund ihrer Ausstattung und speziellen Zielsetzung nur unvollständig erfüllen können.

Mit dem Deutschen Rundfunkarchiv verfügt Frankfurt über ein weiteres Zentrum der Filmarchivierung von bundesweiter Bedeutung. In Frankfurt sind überdies zwei wichtige deutsche Filmzeitschriften angesiedelt: „Film und Kritik“ und „Frauen und Film“.

Mit der Eröffnung des Kommunalen Kinos 1984 war die Stadt Frankfurt am Main bundesweit Vorreiter. Inzwischen gibt es in Hessen insgesamt 22 solcher Einrichtungen. Dazu kommen zahlreiche, in den siebziger und achtziger Jahren entstandene Programmkinos, von denen einige bis in unsere Tage überlebt haben.

Auch in der Filmbildung kann das Land Hessen mitreden. Ausbildungswege gibt es an der Fachhochschule Wiesbaden (eher auf die Technik zugeschnitten), an der Städelschule in Frankfurt (künstlerische Ausbildung), an der Hochschule für Gestaltung in Offenbach (praktische Ausbildung) und an der Universität Gesamthochschule Kassel (Animationsfilm). Wissenschaftlich-kulturelle Filmstudiengänge gibt es an den Universitäten Marburg (mit jährlicher Vergabe eines renommierten Kamerapreises) und Frankfurt am Main. Absolventen, Lehrende und Studierende hessischer Hochschulen erhielten in den vergangenen Jahren zahlreiche Preise und Auszeichnungen, unter ihnen einige Oscars.

In den neunziger Jahren kam in Hessen ein zentraler Schwerpunkt der deutschen Filmwirtschaft hinzu: Im Rhein-Main-Gebiet liegt das Zentrum digitaler Postproduktion, in seiner Bedeutung nur mit dem zweiten europäischen Standort London vergleichbar. Dazu kommen zahlreiche Studios für die Film- und Fernsehproduktion. Die zentrale Filmankaufsstelle der ARD ist beim Hessischen Rundfunk in Frankfurt angesiedelt.

Mit dem traditionsreichen Kinderfilmfestival LUCAS in Frankfurt am Main und dem jüngst mit großem Erfolg gestarteten, auf osteuropäische Produktionen konzentrierten Festival „Go east“ in der Landeshauptstadt Wiesbaden und zahlreichen anderen Festivals sowie der Postproduktions- und Neue Medien-Messe EDIT in Frankfurt ist Hessen Ort international viel beachteter Ereignisse in der Filmbranche, deren Geltung durch den deutschlandweiten Bedeutungsverlust des anspruchsvolleren, nicht so leicht konsumierbaren Films in den vergangenen Jahren noch zugenommen hat. Oft sind schwieriger zu konsumierende, künstlerisch anspruchsvolle Filme dem Publikum nur noch auf Festivals zugänglich. Daher bedürfen diese heute auch einer stärkeren öffentlichen Förderung. Vor diesem Hintergrund ist es sehr bedauerlich, dass das öffentlich geförderte Kinderfilmfestival LUCAS, das einzige hessische Filmfestival der A-Klasse, seit mehreren Jahren mit großer Finanznot zu kämpfen hat und nur noch alle zwei Jahre veranstaltet werden kann.

Die kommerzielle Kinoszene hat sich in Hessen – wie bundesweit – in den vergangenen Jahren neu strukturiert. Die Ketten Cinemax und Cinestar haben auch in Hessen einige Zentren eröffnet. Erfreulich ist, dass Cinestar zu kulturellem Filmengagement bereit ist. Das dieser Kette zugehörige Frankfurter Kino Metropolis ist bereit, seine Räume auch für nichtkommerzielle (Festival-)Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen.

Die öffentliche hessische Filmförderung entspricht bei weitem nicht der Bedeutung des Filmlandes Hessen. Hessen hat zwar seine Filmfördermittel extrem gesteigert, kann aber aufgrund jahrelanger, nicht wieder aufzuholender Versäumnisse ökonomisch auf diesem Gebiet weder mit Bayern noch mit Nordrhein-Westfalen konkurrieren, die in den vergangenen Jahren erhebliche Mittel investierten, um Filmproduktionen in ihren Ländern anzusiedeln und damit beschäftigungspolitische Effekte zu erzielen. Die kulturelle Filmförderung in Hessen liegt trotz leichter Steigerung 2002 bei immer noch vergleichsweise mageren 1.464.000 EUR. Dazu kommt als neues Instrument eine beim Wirtschaftsministerium angesiedelte Förderung von ca. 7,5 Mio. EUR für hessische Filmproduktionen. Ein erster wichtiger Schritt auf dem richtigen Weg.

Die Kommission erhebt nicht den Anspruch, das Land Hessen in absehbarer Zeit in die Lage zu versetzen, den deutschen Filmländern Bayern und NRW Konkurrenz zu machen. Dieser Zug ist abgefahren. Nichtsdestoweniger sieht die Kommission strukturellen und ökonomischen Handlungsbedarf, um das besondere Filmprofil von Hessen als zentralem Ort der Postproduktion und der wissenschaftlichen, kulturellen und publizistischen Auseinandersetzung mit dem Medium Film zu stärken.

Wichtig scheint der Kommission insbesondere die Aufgabe, den in den letzten Jahren weitgehend verloren gegangenen Zugang von Jugendlichen zum nichtkommerziellen, künstlerischen Film wieder zu erschließen. Hier könnte auch eine Aufgabe der Juvenale und der „Zwischenräume“ liegen. In diesem Zusammenhang ist die bundesweite Initiative „Filmklassiker unterwegs“, die auch hessischen Schulen Filmwochen anbietet, interessant. Kritischer Umgang mit Film, Fernsehen und dem Internet müsste stärker Gegenstand sowohl schulischen Lernens als auch der Ausbildung von Lehrern und Erziehern werden.

Das Kinderfestival LUCAS – nicht zuletzt ein wichtiges Instrument der Einübung des kritisch-begeisterten Blicks auf den Film – **muss dringend finanziell aufgestockt und wieder zu einem jährlichen Festival werden. Dies könnte auch durch Kofinanzierungen in public-private-partnership geschehen.**

In der Filmbildung der hessischen Hochschulen sollte eine stärkere Verschränkung der praktischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Ausbildung und zumindest rudimentär eine Kompatibilität der Studiengänge an den hessischen Hochschulen angestrebt werden, z.B. in der Form einer an der hessischen Theaterakademie orientierten hessischen Filmakademie.

Die Kommission empfiehlt die Zusammenlegung von DIF, Deutschem Filmmuseum und Kommunalem Kino, durch die erhebliche Synergieeffekte ermöglicht werden.

Freie Kulturszene und soziokulturelle Zentren

Die vielfältige, heute z.T. hoch professionalisierte, freie Kulturszene verdankt sich einer in den späten sechziger, siebziger und achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts angesiedelten Variante bürgerschaftlichen Engagements. Soziokulturelle und freie Kulturzentren überall im Land sprechen vor allem ein junges Publikum an. Das mit Künstlern und Instituten aus aller Welt kooperierende Frankfurter Künstlerhaus Mousonturm und das mit vergleichbaren Zentren in ganz Deutschland vernetzte Weltmusikzentrum Brotfabrik mit seinem Internetprojekt „local aliens“ sind aus solchen Initiativen hervorgegangen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Soziokultureller Zentren (LAKS Hessen) beziffert die leicht gestiegenen Landeszuschüsse für die Soziokultur und die freien Kulturzentren 2001 auf rd. 450.000 EUR, die leicht gesunkenen kommunalen Zuschüsse auf rd. 950.000 EUR, d.h. hier engagieren sich die Kommunen etwa doppelt so stark wie das Land. **Bei einem Gesamtumsatz der soziokulturellen und freien Kulturzentren 2001 von fast 5 Mio. EUR und ca. 1 Mio. – überwiegend jugendlichen – Besuchern dieser Einrichtungen sind dies vergleichsweise geringe Fördersummen, die wegen der besonderen Bedeutung der Freien Kulturszene für die ästhetische Bildung der Jugend und den interkulturellen Dialog unbedingt gesteigert werden müssen.**

Darüber hinaus gilt es, die baulichen Mängel der vergleichsweise schmal finanzierten, soziokulturellen und freien Kulturzentren einer kritischen Revision zu unterziehen und ein Investitionsprogramm zur Erhaltung und Rekonstruktion der Bauten aufzulegen, die sich z.T. in einem bedenklichen Zustand befinden.

Beitrag der freien und soziokulturellen Szene zur Jugendkultur

- regelmäßiges Kulturprogramm für Kinder und Jugendliche (Theater, Musik, Tanz, Bildende Kunst, Film etc.)
- Probe- und Auftrittsmöglichkeiten für Musik- und Theaterprojekte, z.T. auch mit Tonstudio oder Übernachtungsmöglichkeiten für die Projektarbeit und Austauschbegegnungen
- partizipationsfreundliche Strukturen
- hoher Anteil junger Menschen bei Publikum und Akteuren

Einige konkrete, bereits vorbereitete Projektbeispiele 2002

- „Kultur der Gewalt“: Konzierte Aktionswoche zur Kinder- und Jugendkultur zahlreicher hessischer Zentren 14.- 24. 11. 2002
- „Werkstatt Europas“: Deutsch-polnischer Musikworkshop mit den Bands Crunch Factor (Poznan) und Rockkids (Gebenstein/Kassel). Unter dem Motto „Werkstatt Europa“ trafen Crunch Factor aus Poznan auf die Rockkids aus Kassel/Gebenstein. Eine Woche probten und lebten die 12-17Jährigen zusammen und nahmen eine gemeinsame CD auf. Krönender Höhepunkt war ein Abschlusskonzert, zu dem 5 Onyx, eine weitere regionale Nachwuchsband, eingeladen wurde. Dies war nach fast 15 Jahren zugleich eine der letzten Veranstaltungen der Kulturfabrik Salzmann in den alten Räumlichkeiten.
- „Jugend forscht“ heißt nicht nur der bekannte Bundeswettbewerb, sondern auch eine Veranstaltungsreihe in der Werkstatt Kassel gegenüber der Kasseler Stadthalle, in der die ganz jungen Talente ein Forum für Aufführungen unterschiedlicher Art bekommen. Dabei reicht das Spektrum beispielsweise von Gedichten und Geschichten über Malerei und Fotos bis hin zu Musik.
- Aktiver Einbezug von jungen Menschen in die Leitungsteams der Zentren – und ihre Qualifizierung, wie z.B. im „Schlachthof Wiesbaden“

Projektideen für 2003 z.B.

- „culture on the road“: HipHopper, Sprayer, Referenten in Kooperation mit hessischen Schulen, Kulturzentren und dem Archiv der Jugendkulturen (Berlin)
- „Best of Hessen“: Junge Künstler aus Hessen und den Partnerregionen gestalten ein Festival mit Austausch für Beteiligte und Publikum im In- und Ausland (erstmalige Umsetzung 2004; Vorbereitung 2003)
- Hessenweite Ausschreibung eines Musikpreises, in Kooperation mit „Kultur in der Brotfabrik“ (Frankfurt) und der Werkstatt der Kulturen der Welt (Berlin)
- „Aktionswoche“: neue konzierte Aktionen zur Kinder- und Jugendkultur (s.o.)

A4. Bericht über die Lage der Landesmuseen und der Schlösserverwaltung von Sybille Ebert-Schifferer

IST-ZUSTAND

Gravierendste Mängel

An allen drei Museumsstandorten – Kassel, Wiesbaden, Darmstadt – belasten Fehlentscheidungen der Vorgängerregierungen, die nur schwer zu korrigieren sind, in unterschiedlichem Umfang die Zukunft der staatlichen Museumseinrichtungen:

In Kassel der Neubau einer – außer für Teile der documenta – nicht nutzbaren Ausstellungshalle (Zuschnitt, Klima und Beleuchtung für „normale“ Kunstausstellungen nicht brauchbar); dadurch wurden durch Mitnutzung durch die Staatlichen Museen mögliche Synergie-Effekte verpasst, die Staatlichen Museen Kassel verfügen nach wie vor über keine eigenen Ausstellungsräume (s. unter Kassel).

In Wiesbaden die Übernahme dreier historisch und konzeptionell nicht zusammengehöriger Sammlungen in Landsträgerschaft als ein einziges Landesmuseum; dadurch ist die Planung für ein künftiges Profil seit Jahren erschwert, teilweise sogar ganz blockiert.

In Darmstadt die Gründung eines sog. „Hauses der Industriekultur“, das mangels Lebensfähigkeit alsbald dem Hessischen Landesmuseum Darmstadt aufgebürdet wurde, sowie die mangelhafte Gestaltung des Vertragsverhältnisses <Hessisches Landesmuseum Darmstadt-Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten-Stadt Lorsch> bezüglich des Betriebs der sog. Außenstelle Lorsch, das ständig zu Lasten des Landes, sprich: des Hessischen Landesmuseums Darmstadt ausgelegt wurde und wird, wobei zusätzlich das Land seine Zusagen gegenüber dem eigenen Museum nie erfüllt hat.

Einführung von Eintrittsgeldern für die ständigen Sammlungen

In allen drei Landesmuseen konnten die Besucherzahlen, die vor der Einführung von Eintrittsgeldern erreicht wurden, nicht wieder erzielt werden. Da im gleichen Zeitraum die Haushaltsmittel drastisch gekürzt wurden (Kassel hat beispielsweise trotz der Erhöhungen der jüngsten Vergangenheit noch nicht einmal wieder den Stand des Haushalts der 70er-Jahre erreicht), sind die Häuser aber mittlerweile auf die aus Eintritt erzielten Summen angewiesen, obwohl diese im Vergleich zu den jeweiligen Gesamtbudgets sehr gering sind. Häufig handelt es sich jedoch um den wichtigsten Posten an disponiblen Mitteln für die eigentliche Arbeit der betrof-

fenen Institutionen. Da diese naturgemäß am Jahresanfang nur geschätzt werden können, erfordert eine sorgfältige Haushaltsführung mindestens das Abwarten der Jahresmitte; für die Schlösserverwaltung ist dieser Zeitpunkt aber beispielsweise zu spät, um noch Garten- und Bauarbeiten ausschreiben zu können, da diese dann in die Wintersaison fallen würden.

Stellenabbau

Allgemein ist zu konstatieren, dass der Stellenabbau der vergangenen Jahre – politisch gewollt – zu mehr Fremdvergaben in allen Bereichen führt, die jedoch in zunehmendem Umfang unterbleiben, da die Sachmittel niemals im entsprechenden Umfang aufgestockt wurden. Aufgaben bleiben daher zwangsläufig unerledigt. Die noch vorhandene Personaldecke erlaubt es in den meisten besuchten Institutionen nicht, die Grundaufgaben sinnvoll wahrzunehmen.

Hoher Restaurierungsbedarf am Kunstbestand, aber keine Mittel

Vermittlung, Museumspädagogik und Öffentlichkeitsarbeit so gut wie nicht vorhanden

Aufzwingen eines sog. Neuen Steuerungsmodells, das überdimensioniert ist und droht, Strukturen und damit auch Arbeitsinhalte der Institutionen zu verändern:

Das zentrale Anliegen der 1997 in Angriff genommenen Haushaltsreform nach dem Neuen Steuerungs-Modell (SNM) war die **dezentrale Ressourcenverwaltung**, die zum wirtschaftlichen Handeln durch die Zusammenführung von fachlicher und finanzieller Ressourcenverantwortung motivieren sollte (vgl. „Erster Zwischenbericht über die Erfahrungen...“, 1998, S.11 und S. 32f.). Mit der Einführung einer Großmandantschaft, die allein aus der technischen Erfordernis einer überdimensionierten Software resultiert und die zentrale Stelle eines Betriebswirts erfordert, wird dieses Ziel genau **konterkariert**, da stattdessen eine **Ressourcenzentralisierung** erreicht wird. Überdies sind die Befugnisse dieser Stelle völlig ungeklärt: Wer ist Beauftragter für welchen Haushalt? Wer teilt nach welchen Kriterien die Anteile an der vorgesehenen Effizienzdividende zu? Wer entscheidet über nicht verbrauchte Budgets – sollen sich die Institutsleiter darum schlagen? Es kann ja wohl nicht daran gedacht sein, einen Betriebswirt zum heimlichen Generaldirektor zu machen.

Die Abführung einer sog. **Effizienzdividende** ist bislang nichts anderes als eine kaschierte Mittelkürzung. Die Erfahrungen des Pilotprojektes in Darmstadt haben gezeigt, dass bisher keinerlei Einsparungen durch das NSM erzielt werden konnten, da dieses deutlich erhöhte Investitionen in EDV und Personal erfordert. Die Notwendigkeit einer I(!)-Stelle für einen zentralen Betriebswirt schreibt diese Richtung fort. Während die Erfahrungen des Pilotprojektes mit dem NSM durchaus positiv sind und glücklicherweise auch die fachlichen Kriterien der Arbeit nicht tangiert haben, ist eine Aufblähung des Verwaltungsapparates zu beklagen, der Ressourcen verbraucht, die besser für den Substanzerhalt ausgegeben würden. Hier sollte durch eine „Reform der Reform“ Abhilfe durch vernünftige Re-Dimensionierung des NSM geschaffen werden. **Wozu ist ein Pilotprojekt ein Pilotprojekt, wenn die damit gemachten Erfahrungen nicht berücksichtigt werden? Auch Kabinettsbeschlüsse sollten nicht sakrosankt sein; ein neues Kabinett sollte auch neue Beschlüsse fassen können.**

Die Auszahlung gebildeter Rücklagen nach dem neuen Steuerungsmodell muss verbindlich gewährleistet sein und nicht (wie bislang leider geschehen) vom Wohlwollen des HMWK abhängen, sonst wird die durch das NSM angestrebte Planungssicherheit und Motivation sofort wieder untergraben.

Die Zuteilung von Budgets hat, das zeigt sich in Darmstadt, das Kostenbewusstsein gestärkt. Demotivierend wirkt dabei, dass einige für Teilbudgets Verantwortliche zwar erfolgreich de facto ein Budget verwalten, aufgrund ihrer Eingruppierung aber nicht „sachlich richtig“ zeichnen dürfen, weil hier die alte hessische Haushaltsordnung noch eine Mindesteingruppierung nach BAT Vb vorschreibt. Hier haben Haushaltsrecht und Tarifrecht mit der Haushaltsreform nicht Schritt gehalten.

Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten

Die Betreuung der 365 Einzelobjekte, zusammengefasst in rund 13 Liegenschaften und 25 Ruinen der Schlösserverwaltung in einem Flächenstaat durch nur 5 Wissenschaftler mit einem Gesamtetat von 13, 2 Mio. EUR ist ein **schlechter Witz** – dagegen ist das Saalburgmuseum geradezu luxuriös ausgestattet (de facto aber sachgemäß) (zum Vergleich: die vergleichsweise vorbildlich organisierte Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, die eine vergleichbare Zahl von Objekten zu betreuen hat und im Rahmen einer Stiftung von Bund und den Bundesländern Berlin und Brandenburg finanziert wird, verfügt über einen Etat von rund 42 Mio. EUR, insgesamt über 480 Stellen und Planstellen, davon allein 42 Mitarbeiter im pädagogischen und Führungsdienst und – ohne die Fachleute der Bauabtei-

lung zu rechnen – knapp 20 Wissenschaftler; damit werden aber auch in 32 eintrittspflichtigen Objekten über 2 Mio. Besucher mit 5,7 Mio. EUR Einnahmen allein aus Eintritten erzielt!). Das Potenzial des „Historischen Erbes“ kann damit auch nicht annähernd ausgeschöpft werden. Dazu würde gehören:

1. konsequente Instandhaltung und Renovierung der Liegenschaften. Der einzige dafür zuständige Wissenschaftler und Referatsleiter kann aus naheliegenden Gründen der Arbeitsbelastung die vorhandenen Mittel nicht alleine verplanen, abgesehen davon, dass es auch dem zuständigen Staatsbauamt nicht gelingt, die immerhin vorhandenen Mittel abfließen zu lassen. Eine verantwortliche Baudenkmalpflege setzt, vor jeder praktischen Maßnahme, eine wissenschaftliche Bauaufnahme voraus, die durch das Studium von Archivquellen und historischem Planmaterial begleitet wird. Genau dies wäre Aufgabe der festangestellten Wissenschaftler – wenn es denn in dieser Abteilung mehr als einen einzigen gäbe, der vollauf damit beschäftigt ist, Mittel zu verwalten, Verkehrssicherheit zu garantieren und landauf, landab die laufenden Baustellen zu überwachen, bei denen Farbgebungen, Fassadengestaltungen, Entfernungen von (vermeintlich oder gesichert) unsachgemäßen Hinzufügungen früherer Renovierungen usw. aus Mangel an Vorarbeit nach bestem Wissen und Gewissen, aber nicht immer nach gesicherten fachlichen Erkenntnissen vorgenommen werden müssen. Denkmalpflegerische Konzepte und Bauaufnahmen liegen längst nicht für alle Schlösser vor. Derlei Aufgaben können nur in sehr beschränktem Umfang z.B. als Werkvertrag vergeben werden (ab auch hierzu müssten die Mittel erst einmal vorhanden sein), da sinnvollerweise ein „hessenspezifischer“ bauhistorischer Erfahrungsschatz, langjährige Archivkenntnis und eine Übereinstimmung mit einer möglichst landeseinheitlich zu verfolgenden Restaurierungsphilosophie erforderlich sind. Die Folge dieses eklatanten Mangels ist schlicht, auf Dauer gesehen, eine Verunstaltung des baulichen historischen Erbes. Authentische Geschichte wird so ernsthaft nicht vermittelt.

2. die historisch adäquate Ausstattung der Liegenschaften mit Mobiliar und Kunstwerken. Nicht für alle Liegenschaften sind logischerweise originale Ausstattungsstücke erhalten; zu den Grundaufgaben gehört es, die originale Ausstattung anhand von Quellenstudium zu ermitteln und zu entscheiden, ob und in welchem Umfang mit analogen Stücken aus dem Bestand oder aus dem Markt ausgestattet werden soll, um die historische Nutzung beispielsweise eines Schlosses (Zeremoniell, Lebensgewohnheiten, funktionale Tagesabläufe und Haushaltsorganisation) zu vermitteln. Hierfür bedarf es der Erstellung von Schlossinventaren und raumweisen wissenschaftlichen Konzepten, und anschließend der finanziellen Mittel zu ihrer Umsetzung bis hin zu Ankaufsmitteln für Kunstwerke, Kunsthandwerk, Stoffe, Tapeten und Kosten für Unterhalt und Bewachung. Weder das Personal noch die Mittel hierfür sind auch nur ansatzweise vorhanden. Das kulturgeschichtliche Potenzial der Liegenschaften liegt damit völlig brach. So ließe

sich – ein seltener Fall in ganz Deutschland! – das landgräfliche Appartement im Weißensteinflügel von Schloss Wilhelmshöhe mit dem authentischen Bestand möblieren; das Raumkonzept dazu konnte von einer Volontärin erarbeitet werden – es blieb jedoch bis heute Papier, da die Mittel für die Umsetzung (inklusive der notwendigen Objektrestaurierungen) fehlen (Gegenbeispiel: bei der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg werden im Voraus in wissenschaftlicher Kleinarbeit Raumkonzepte erstellt, die es ermöglichen, den Bestand gezielt zu durchforsten und bei Bedarf, wenn ein passendes Stück im Handel auftaucht, sofort zu reagieren). Gravierend ist in dieser Hinsicht auch der immense Restaurierungsbedarf der magazinierten Objekte, der von den schwach besetzten eigenen Werkstätten nicht zu leisten ist; die in erheblichem Umfang benötigten Sachmittel für Fremdvergaben fehlen jedoch ebenfalls.

- 3. die wissenschaftliche Inventarisierung des Bestandes an Kunstwerken und Kunsthandwerk bildet die Voraussetzung für eine sinnvolle Zuordnung zu den Liegenschaften.** Zwar sind seinerzeit auf Drängen des Landesrechnungshofes alle Objekte mit Hilfe von Zusatzkräften EDV-gestützt inventarisiert worden, aber lediglich „flach“ erfasst (mehr können Hilfskräfte auch nicht leisten), dafür aber – irrelevanterweise – mit (naturgemäß fiktiven) Werten versehen worden. Was fehlt, ist die wissenschaftliche Inventarisierung inklusive Provenienz- und Literaturangaben, die präzise Recherchen für die Erstellung von korrekten Raumkonzepten ermöglichen würde. Da 2. und 3. zum Aufgabenbereich einer einzigen Wissenschaftlerin gehören, die sich außerdem noch um Rudimente einer Öffentlichkeitsarbeit kümmern muss, erübrigt sich jeder Kommentar (s. hierzu auch unter Allgemeine Empfehlungen/Inventarisierung).
- 4. die gartendenkmalpflegerische Betreuung der zugehörigen Gärten als integrale Bestandteile der Gesamtanlage im Sinne einer Gesamtkunstwerks.** Nicht anders als bei der Baudenkmalpflege und der Innenausstattung bedarf die Anlage bzw. Pflege eines Gartens eines vorherigen, durch historisches Quellenstudium gestützten Konzepts. Diese Konzepte fehlen weitgehend; für das Fürstenlager wurde vor mehreren Jahren ein vorbildliches Parkpflegewerk erstellt, dessen Kosten (rd. 250.000 DM) seinerzeit aus Baumitteln im Rahmen der HU Bau bezahlt wurden. Es stellt insofern eine Ausnahme dar, müsste aber die Regel sein und im Etat der Schlösserverwaltung vorgesehen werden. Die Umsetzung bedarf einer ständigen, kundigen Betreuung, da Gärten in Zeitkategorien von Generationen wachsen und geformt werden. Um diesen längerfristigen Horizont, den Natur nun einmal erfordert, zu gewährleisten, wäre für jede bedeutendere Anlage ein fester gärtnerischer Ortsbetreuer sinnvoll; zusammen mit einer ausreichenden Zahl von Pflegekräften (ggfs. auch im Saisonbetrieb) wäre auf diese Weise auch dem zunehmenden Vandalismus besser zu begegnen (als besondere Problemfälle erweisen sich derzeit Biebrich und Wilhelmsbad); stattdessen hat durch den schleichenden Stellenabbau ohne ausgleichende Sachmittelaufstockung – derzeit können

aus Mangel an Sachmitteln 18 Stellen für Saison-Aufsichtskräfte nicht besetzt werden – eine erhebliche Verschlechterung stattgefunden. Eine zentrale, noch dazu personell unterbesetzte Gärtnerkolonne, wie sie derzeit besteht, ist dazu nicht das optimale Konzept. Gerade in Zeiten erhöhter Sensibilität für Natur und Ökologie ist das Vermittlungspotenzial der Gartengeschichte mit ihren verschiedenen, historischem Wandel unterworfenen Gewichtungen von Ästhetik, Natureingriffen und Biotopkombinationen hoch, wird derzeit aber weitgehend verschenkt, nicht zuletzt deshalb, weil selbst in Fällen, wo eine anschauliche historische Rekonstruktion gelungen ist (wie im Prinz-Georg-Garten in Darmstadt), die Möglichkeiten zur Vermittlung fehlen (s. unten).

- 5. die Vermittlung der Inhalte an ein möglichst breites Publikum aller Altersstufen.** Wo die Einheit von Gebäude, Anlage und Innenausstattung stimmig und evident ist, ist die Aussage leichter zu begreifen und attraktiver für ein breites Publikum, da jede Einheit ihr eigenes „Erlebnis“ vermittelt (auch das zeigt sich bei den historisch sehr konkret definierten Liegenschaften der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg). Dennoch bedarf es intensiver didaktischer und pädagogischer Vermittlung, gerade in einem Flächenstaat, in dem zahlreiche Schlösser und Anlagen das Ziel von Familien-Ausflügen sind. Es sollte möglich sein, bedeutendere Objekte sowohl individuell (Aufsichtspersonal oder technische Überwachungsanlagen, sowie publikumsorientierte, graphisch attraktiv aufgemachte Wegeführung erforderlich), als auch mit Führungen zu besichtigen. Außerdem muss das Publikum durch eine koordinierte, kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit zu Besuchen motiviert werden. Kleine, objektbezogene Ausstellungen müssen für Wiederholungstaten sorgen (das von der Hessischen Hausstiftung betriebene Schloss Fasanerie macht das einigermaßen vor). Um letztere vorzubereiten, fehlt das Personal. Für Öffentlichkeitsarbeit und Werbung ist überhaupt keine Kraft vorhanden (in Potsdam zusammen mit der Pädagogik eine ganze Abteilung!), für Museumspädagogik eine halbe, die an Lorsch gebunden ist. Manche Liegenschaften werden durch Freiberufler über Gestattungsverträge betreut – dies ist immerhin ein Notbehelf, führt aber nicht zur Bildung einer hessenweiten, programmatisch planbaren Identität. Werbemaßnahmen, wie z.B. Faltblätter, werden nebenbei im Eigenbau durch die wenigen vorhandenen Wissenschaftler produziert. Kein Wunder, dass die hessischen Schlösser und Gärten bei weitem nicht das Besucherspektrum erreichen, das ihrer Attraktivität entsprechen würde. Hier muss auf mehreren Ebenen dringend Abhilfe geschaffen werden (s. „Empfehlungen“).

Dagegen stehen Einnahmepotenziale, die auf Grund der angeführten strukturellen Mängel (Personal!) nicht oder kaum ausgeschöpft werden können:

- 1. Aus Eintritt durch Steigerung der Besucherzahlen, die jedoch die Umsetzung der o.g. Punkte voraussetzt,**

2. Aus Vermietung von Räumlichkeiten

Einer übertriebenen Erwartungshaltung muss hier allerdings im Interesse der Erhaltung historischer Substanz entgegengetreten werden. Alle Schlösserverwaltungen – gleich ob in Bayern, Preußen oder Hessen – sehen sich einem, leider auch regelmäßig von Vertretern der Politik beförderten Nutzungsdruck ausgesetzt, der dort, wo ihm nachgegeben wurde (bzw. werden musste), Folgekosten gezeitigt hat, die über die erzielten Einnahmen weit hinausgehen, die aber willentlich nirgendwo in den korrekten Kausalzusammenhang gebracht werden. Insbesondere Bayern kann bereits auf die Erfahrung zurückblicken, dass der Rhythmus, in dem in die erneute Restaurierung von Gebäuden, Ausstattungen und Gartenanlagen neu investiert werden muss, sich durch die regelrechte „Vernutzung“ beschleunigt. Größer als der materielle Schaden ist dabei der ideelle: Die irrige Vorstellung, dass eine abgenutzte Vergoldung oder eine beschädigte historische Wandbespannung einfach „ersetzt“ werden, weil ja sowohl noch Gold erhältlich ist als auch der Stoff noch nachbestellbar ist, führt auf die Dauer zur völligen Transformation eines authentischen Kunstwerks in ein Disneyworld-Objekt.

3. Einnahmen aus Shops

Lobenswerterweise hat die Schlösserverwaltung versucht, ihre Einnahmen durch den Verkauf einer kleinen Produktpalette zu steigern. Die Herstellung wird aus dem Publikationsetat bezahlt, die Produkte sind in jedem Schloss anders, die Produktpalette bestimmt der Verwaltungsleiter. Mit den vorhandenen Strukturen ist Anderes als dieses Trial-and-Error-Verfahren nicht zu bewerkstelligen, doch führt es weder zu einer identitätsstiftenden Produktpalette, noch zu einer kostengünstigen Produktion, noch zu entsprechenden Umsätzen (s. „Allgemeine Empfehlungen“).

4. Unterstützung durch Förderverein(e)

Es fehlt ein schlagkräftiger, zentraler Förderverein. Einzelne Objekte werden von eigenen, lokalen Vereinen unterstützt, die nicht immer mit den Vorstellungen der professionellen Schlösserverwaltung übereinstimmen (schlechtes Beispiel: Seligenstadt). Es fehlt das Personal, um die Kontakte zu diesen bestehenden Vereinen zu pflegen, sie in die Arbeit der Behörde zu integrieren und sie möglicherweise zu einem Gesamtverein zusammenzufassen.

Empfehlungen

Die Schaffung folgender Stellen als ein erster Schritt in Richtung auf eine Normalisierung der professionellen Betreuung des historischen Erbes (ohne noch europäisches oder auch nur bundesweites Niveau zu erreichen):

- 1 BAT IIa Kunsthistoriker/in für die Kunstabteilung
- 1 BAT IIa Bauforscher/Baudenkmalpfleger/in (ggfs. kombiniert mit Architektenausbildung; z.B. Absolvent/in des ausgezeichneten Studienganges in Bamberg) für die Bauabteilung
- 1 Stelle für Museumspädagogik, die wenigstens Rahmenkonzepte für die Freiberuflichen und die Didaktik für die Einzelobjekte erarbeiten kann

- 1 Stelle für Öffentlichkeitsarbeit, Marketingkonzeption und Kontakte zu Fördervereinen und Sponsoren
- Einstellung von Museologen (alte DDR-Ausbildung, aber sehr nützlich für diesen Zweck, da Grundkenntnisse in Kunstgeschichte, Konservierung, Inventarisierung, Verwaltung, Führungen vorhanden; es besteht Anspruch auf Eingruppierung BAT IV b; alternativ Kunsthistoriker mit Magisterabschluss) als „Kastellane“ für die wichtigsten Objekte (Modell Stiftung Preussische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg). Diese können die Objekte inkl. der Gärten als Ansprechpartner für das örtliche Hilfspersonal und das Publikum beaufsichtigen (die Kassenkräfte wechseln, da nunmehr fremdvergeben, ständig und können daher keine Auskünfte mehr erteilen), an besucherintensiven Tagen – wie z.B. Wochenenden – Führungen anbieten, in stilleren Zeiten das Inventar vorantreiben, zumindest mit wissenschaftlichen Grunddaten und ggfs. lokalen Archivrecherchen, sowie kleinere Ausstellungen und Publikationen (z.B. Schlossführer) vorbereiten bzw. erarbeiten. Die Präsenz vor Ort wäre auch ein erster psychologischer Schritt zur Vandalismus-Prävention.

Sachmittel

- die Sachmittel für Saison-Aushilfskräfte insbesondere im Aufsichts- und Gartenbereich sollten auf ein Niveau gehoben werden, das die weggefallenen Stellen ausgleicht
- Sachmittel für Restaurierung und Ankauf von Kunstwerken sollten projektbezogen (z.B. für die Wieder Einrichtung eines bestimmten Raumes oder Schlosses) und daher in wechselnder Höhe zur Verfügung gestellt werden, wenn schon kein ausreichender fester Etat dafür vorhanden ist und solange für solche Maßnahmen keine nennenswerten Summen von Fördervereinen aufgebracht werden können
- Sachmittel für Werkverträge zur Erarbeitung von Denkmalpflegekonzepten, Gartenpflegewerken und Raumkonzepten sollten nach einem Prioritätenplan zur Verfügung gestellt werden, solange das hauseigene Personal zu deren Anfertigung nicht ausreicht.

Bei der Beschaffung der Sachmittel ist angesichts knapper Kassen politische Phantasie gefragt: Lotto, Lotterie, Spielbankerträge, Hessische Kulturstiftung, und – warum nicht - die Verpflichtung der Kommunen, die von frei zugänglichen Gärten profitieren, sich an deren Unterhalt oder wenigstens Beaufsichtigung zu beteiligen.

A4. Staatliche Museen Kassel

An der Spitze der Staatlichen Museen Kassel hat ein Generationswechsel stattgefunden, der sich in unmittelbarer Zukunft auch auf dem Gebiet der wissenschaftlichen Referenten fortsetzen wird. Hier sollte die Chance genutzt werden, vor Wiederbesetzungen über Zuschnitt und Anzahl der Referate im Hinblick auf eine ebenfalls ausstehende Neustrukturierung der Sammlungen, die mit ebenfalls zu lösenden Raum- und Bauproblemen zusammenhängen, zumindest nachzudenken, auch wenn der Stellenmangel jedes Nachdenken zu verbieten scheint. Das heißt ausdrücklich nicht, dass am Ende der Überlegungen ein anderer Referatzuschnitt herauskommen muss.

Eng mit solchen Strukturüberlegungen (in deren Verlauf auch über die Kompetenzüberschneidungen mit der Schlösserverwaltung z.B. in Wilhelmshöhe nachgedacht werden sollte) hängen die Raumprobleme zusammen. Dazu gehören vor allem:

- das völlige, seit Jahrzehnten beklagte Fehlen von Dauerausstellungsflächen für die wertvolle Volkskunde-Sammlung, die nun wirklich **hessische** Identität par excellence als Kulturerbe bewahrt. Ob das dafür vorgesehene, in Landeseigentum befindliche ehemalige Polizeipräsidium dafür geeignet ist, sollte nochmals gründlich und gegebenenfalls unter Hinzuziehung einer kleinen Expertenrunde durchdacht werden: Büroräume (in diesem Fall nicht veränderbar, da Jugendstil und denkmalgeschützt) eignen sich nur für kleinteilige Exponate-Arrangements und sind für Besucher oft ermüdend zu begehen. Eventuell wären in diesem Gebäude besser Depots und/oder nur die Zeugnisse der neueren Alltagskultur daraus, gegebenenfalls zusammen mit deren Fortführung ins Alltagsdesign, untergebracht;
- das Fehlen ortsnaher, eigener Depots. Die Staatlichen Museen nutzen derzeit drei angemietete Außendepots, die alle einbruchgefährdet und klimatechnisch-konservatorisch unzureichend sind. Investitionen verbieten sich hier aus haushaltsrechtlichen Gründen schon deshalb, weil keines der Depots überhaupt langfristig angemietet ist. Dingliches, mobiles Kulturerbe gehört in Depots, die konservatorisch zureichende Bedingungen für seinen Erhalt aufweisen, die ortsnah genug sind, um ständige Kontrolle und die wissenschaftliche Arbeit mit den Objekten durch die hauseigenen Kräfte sowie durch die museumsexterne Forschung ebenso wie den direkten Zugriff für Austausch in den Dauerausstellungen und Entnahme für eigene und fremde Sonderausstellungen zu ermöglichen;
- das Fehlen einer eigenen Sonderausstellungsfläche, die für einen Sammlungsverbund wie die Staatlichen Museen Kassel mindestens 800 m² betragen sollte. Die derzeit vertraglich eingeräumte Möglichkeit, einmal im Jahr das Fridericianum zu nutzen, verhindert eine kontinuierliche „corporate identity“ des Ausstellungsprogramms der Staatlichen Museen und ist außerdem so

kostenintensiv (es müssen jedes Mal – und durch Fremdkräfte, siehe oben – neue Ausstellungsarchitekturen hergestellt werden., die mangels Lagermöglichkeit nicht wiederverwendet werden können), dass die Museen sie nicht aus eigenen Mitteln leisten können (siehe auch unten unter „Sachmittel“). Das Fridericianum steht außerdem für einen zu kurzen Zeitraum zu Verfügung, um angesichts der hohen Kosten, die Sonderausstellungen dort verursachen, nach Abzug von Aufbau- und Abbauphase eine halbwegs wirtschaftliche Effizienz zu gewährleisten. Zu überlegen wäre, ob Flächen für Volkskunde und Sonderausstellungen nicht durch Ausbau und Anbau an das Landesmuseum geschaffen werden könnten (bei Nutzung des ehemaligen Polizeipräsidiums als Depot und – wie anscheinend geplant – für das Tapetenmuseum). Der räumliche Zusammenhang besäße nicht nur mehr Anziehungskraft für das Publikum, er kann bei kluger Raumplanung auch Flexibilität bei der Flächennutzung ermöglichen (wenn beispielsweise Sonderausstellungsflächen nicht komplett 12 Monate im Jahr für Sonderausstellungen mit Fremdleihgaben belegt sind).

Personal

Wie überall, ist die mangelhafte Ausstattung mit Vermittlern gravierend. Die Staatlichen Museen in Kassel verfügen über eine einzige Stelle eines Museumspädagogen (zum Vergleich: das benachbarte kleine Museum für Sepulkralkultur hat ebenfalls einen!).

Das völlige Fehlen von Haushandwerkern in Kassel (es existiert für alle sechs Häuser lediglich ein Hausmeister) macht die zügige, unbürokratische und preiswerte Erledigung der vielfältigen, täglich anfallenden Routineaufgaben unpraktikabel. Das in den vergangenen Jahren als Allheilmittel gerühmte und leider über Stellenstreichungen praktizierte Outsourcing erweist sich in Museen besonders dann als desaströs, wenn die entsprechenden Sachmittel für die Fremdvergabe nicht zur Verfügung gestellt werden; diese Vorgehensweise ist aber leider die Regel.

Die Folgen werden in einem Museum schnell sichtbar (auch an ausländischen Beispielen wie z.B. einigen Bundesmuseen in Österreich und staatlichen Museen in Italien, die radikal „privatwirtschaftlich“ betrieben werden): Defekte Vitrinleuchten werden tagelang nicht oder überhaupt nicht mehr ausgewechselt, für das Nachfüllen der Luftbefeuchter fühlt sich niemand zuständig, beschädigte Sockel werden nicht nachgestrichen oder repariert, und die gegebenenfalls neu durch Dritte Angefertigten fallen in Aussehen und Qualität anders aus als die Vorhandenen, da der Auftrag den Vergaberichtlinien folgen musste. Ein ständiger Wechsel von Handwerkern, Putzkräften und Aufsichten stellt darüber hinaus ein hohes Sicherheitsrisiko für die in Museen bewahrten Werke dar.

Die Erhaltung von Kunstwerken hängt unmittelbar mit der physischen Beschaffenheit ihrer Umgebung (Luft, Licht, Trägermaterialien) zusammen. Diese bedarf daher dauernder und **gleich bleibender Pflege** im Zusammen-

wirken mit den Restauratoren und als Ergebnis von deren regelmäßigen Routinekontrollen. Im Falle ausgestellter Objekte ist davon ebenso unmittelbar die Ästhetik der Präsentation, sprich der Auftritt gegenüber dem Publikum betroffen.

Haushalt

- Der Sachetat ist allgemein viel zu niedrig, um Planungssicherheit zu bieten. Die Staatlichen Museen müssen praktisch ab Juli von ihren angesichts schwacher Besucherzahlen schwer abzuschätzenden Einnahmen leben. Aufgaben, die Planungssicherheit erfordern, wie z.B. Restaurierungskampagnen, sind völlig unmöglich. So lobenswert es ist, dass ein Industrieunternehmen die Restaurierung der gesamten wertvollen Schatzkunst finanziert hat – Gedeih und Verderb öffentlichen Kulturerbes dürfen nicht von den Unternehmenszielen und der wirtschaftlichen Lage zufällig geeigneter Firmen abhängen.
- Das völlige Fehlen eines eigenen Sonderausstellungsetats und die hohen Kosten, die aus der einzig möglichen Nutzung des Fridericianums resultieren, führen dazu, dass Sonderausstellungen nur dank 100%er Finanzierung durch einen ortsansässigen Sponsor aus der Wirtschaft möglich sind. Dieser bestimmt, bei aller Großzügigkeit, das Programm insofern, als seine Geschäftsverbindungen sich in den Ausstellungsthemen wiederfinden müssen. Die daraus resultierenden „Events“ sind zwar für sich sehr erfolgreich, stiften aber keine Zusammenhänge mit den ständigen Sammlungen und trocken deren Besucherstrom daher eher aus, als dass sie ihn beleben. Die Museen müssen in die Lage versetzt werden, wenigstens **daneben** noch ein eigenes Programmprofil, das auf die Inhalte ihrer Sammlungen verweist, zu entwickeln (wobei der vorgeschlagene Minimal-Etat zwar durch die Einnahmen erhöht wird, aber dennoch nur ein Anfang sein kann).

Die Staatlichen Museen Kassel haben hier vermutlich an zwei Fronten mit den psychologischen Folgen der documenta zu kämpfen: Die Öffentlichkeit erwartet von Kassel als Ausstellungsstandort kaum anderes als die documenta, und die Träger wiederum übersehen, dass es neben diesem „Event“ vor Ort noch einen kontinuierlichen Bedarf an Bildungsarbeit, ausgehend von dauerhaft vorhandenem Kulturgut, gibt. Es entsteht ein circulus vitiosus zu Lasten der Staatlichen Museen, der angesichts der Steigerungen des documenta-Etats in den letzten zwei Jahrzehnten besonders grotesk wirkt. Es sollte nicht verboten sein, gerade auch nach der jüngsten Rekord-documenta, darüber nachzudenken, ob nicht diesem Dinosaurier ebenso wie dessen Besuchern eine Verjüngung durch Verschlinkung guttäte.

Empfehlungen

Personal

Kurzfristig

- Vor Wiederbesetzung der demnächst freiwerdenden Wissenschaftlerstellen Nachdenken über Referatszuschnitt
- Schaffung von zwei Stellen für einen Mini-Haushandwerker-Pool (je nach Qualifikation des vorhandenen Hausmeisters: Schreiner, Maler, Schlosser oder Elektriker, möglichst auch Kombi-Ausbildung bzw. -tätigkeit, wenn die starren BAT-Vorschriften dies zulassen)

Mittelfristig

- Schaffung einer weiteren Museumspädagogen- bzw. Öffentlichkeitsarbeitsstelle.

Raumproblem

Sofortige Erarbeitung und zügige Umsetzung eines Raumkonzeptes, bei fehlender Einigung zwischen Museum und Landesregierung Anhörung einer Expertenrunde.

Sachmittel

- **Zusätzliche** Einrichtung eines Sonderausstellungsetats von mindestens EUR 125.000,- zur Abschaffung der 100%igen Abhängigkeit von der Wirtschaft. In diesem Zusammenhang wird dringend empfohlen, die Finanzierung und damit auch Struktur der documenta zu überdenken. Mehr Konzentration und Übersichtlichkeit würde dieser mittlerweile zum Koloss aufgeblähten Maschinerie – der überdies vor wenigen Jahren in einer eklatanten, willentlichen Fehlentscheidung aus dem angeblich so knappen Kulturretat des Landes ein für **sonst nichts** nutzbares zusätzliches Gebäude beschert wurde – vermutlich inhaltlich gut tun und finanzielle Spielräume für die kulturellen Daueraufgaben schaffen.
- Zusätzliche Einrichtung eines Kunstankaufetats für Werke **außerhalb** der modernen Kunst (für die ein Etat existiert) von mindestens EUR 200.000,-, die als 30%iger „matching fund“ für den Erwerb museumswürdiger Stücke auf dem Niveau der Staatlichen Museen Kassel eingesetzt werden können; sonst kann Kassel die Potenziale von Hessischer Kulturstiftung und Kulturstiftung der Länder nur unzureichend nutzen.

A4. Hessisches Landesmuseum Darmstadt (HLMD)

Das HLMD, immerhin eines der größten, umfassendsten, qualitätvollsten und (auch nach Einführung von Eintrittsgeldern und dem entsprechenden Besucherrückgang) frequentiertesten der gesamten Bundesrepublik, hat jahrzehntelang unter schweren Baumängeln und Raumnot gelitten. Hier hat die jetzige Landesregierung erfreulicherweise Abhilfe geschaffen und Neubaumittel zur Verfügung gestellt, so dass zwischenzeitlich die Planungen aufgenommen werden konnten.

Offen ist aber, was mit der maroden Bausubstanz des dem HLMD aufgedrängten „Haus der Industriekultur“ werden soll; hier sollten zunächst Status und Konzept auf den Prüfstand, da das Haus voller restaurierungsbedürftiger, uninventarisierter Altlasten steckt und dazu noch für geringe vier Stunden pro Woche und nur dank ehrenamtlicher Kräfte dem Publikum offen gehalten wird.

Während das „Haus für Industriekultur“ (das seinem hochtrabenden Namen keineswegs gerecht wird) keinerlei inhaltlichen Zusammenhang mit dem HLMD aufweist, gibt es mit dem Schlossmuseum in Darmstadt durchaus eine Sammlung, die in allerengstem, sammlungsgeschichtlichen Zusammenhang mit den Beständen des HLMD steht. Hier sollten zusammen mit der Hessischen Hausstiftung Überlegungen zu einer stärkeren Integration angestellt werden, zumal das Schlossmuseum kläglich ausgestattet ist und unverdientermaßen vor sich hinkümmert. Der absehbar erforderliche Ankauf der Holbein-Madonna durch das Land Hessen (s. unter Hessische Hausstiftung) legt solche Überlegungen ohnehin nahe.

Haushalt

Das HLMD nimmt seit 1997 als Pilot an dem Reformprojekt „Neues Steuerungsmodell“ teil. Dies hat eine Reihe von positiven Folgen für das Haus gezeitigt, die es derzeit (noch) relativ gut dastehen lassen;

- aufgrund der den Piloten anfänglich gewährten Ausnahme von der prinzipiellen Streichung freiwerdender Stellen konnte das Museum just in Jahren, in denen mehrere funktionell wichtige Stellen generationsbedingt frei wurden, diese wiederbesetzen. Das HLMD befindet sich daher nicht in der selben mißlichen Lage wie etwa Kassel, über kein eigenes technisches Personal mehr zu verfügen, und ist daher arbeitsfähig geblieben;
- die im Vorfeld der stufenweisen Einführung der Kosten-Leistung-Rechnung (KLR) gewährte weitgehende Deckungsfähigkeit der Haushaltstitel hat dem Museum jene erforderliche Flexibilität gewährt, die effizientes Arbeiten und sinnvollen Einsatz von Eigeneinnahmen (sowie den Anreiz zu deren Erzielung!) möglich machen;

- die Einrichtung von Kostenstellen hat den Wissenschaftlern (Abteilungsleitern und Fachgebietsverantwortlichen) eine bessere Kostenübersicht und der Verwaltung einen schnelleren Zahllauf verschafft;
- da in den ersten Jahren auf die Abführung der so genannten „Effizienzdividende“ verzichtet wurde und zusätzlich erforderliches Verwaltungspersonal vom Land übernommen wurde, hatte die Museumsarbeit nicht unter reformbedingten finanziellen Einbußen zu leiden.

Hier deuten sich allerdings auch die für die Zukunft erheblich negativen Auswirkungen einer rigorosen KLR im Zusammenwirken mit einer überdimensionierten Buchführungs-Software an:

- das zum Betrieb der Software (und zum parallelen Führen von Kameralistik **und KLR**) erforderliche Verwaltungspersonal sowie die Anschaffungs- und Betreuungskosten der erforderlichen Hard- und Software führen dazu, dass die neue Steuerungsform nicht nur zu keinerlei Einsparungen führt, sondern erheblich mehr Kosten verursacht. Nicht nur fällt dabei keine „Effizienzdividende“ real ab, die Ausgaben verschieben sich auch kontraproduktiv von der Herstellung des Produkts (Museumsarbeit) auf die dienstleistende Infrastruktur (Verwaltung);
- die Einführung des SAP-Systems erfolgte nach Versuchen mit mehreren anderen Software-Systemen, die dem Museum jeweils ohne Berücksichtigung seiner eigenen Erfahrungen und Bedürfnisse und ohne ausreichende Schulung der Mitarbeiter „verordnet“ wurden. Dies hat in der Vergangenheit erhebliche Personal- und Finanzkraft gebunden. Die daraus resultierenden Erfahrungen wurden nun aber nicht – wie es Sinn eines **Pilot**-projektes wäre – abgewartet und abgefragt, sondern bereits **vor** einer möglichen Bewertung der Pilotphase wurde per Kabinettsbeschluss ein System festgelegt, das für Personal- und Haushaltsumfang der Kultureinrichtungen weit überdimensioniert ist und eine Eigendynamik entfaltet, die auf die Institutionen zurückschlägt.

Die in zwei Broschüren der Landesregierung „Zwischenberichte über die Erfahrungen ... NSM“ aufwändig propagierten (wenn auch dort einseitig und als Nachweis der Existenzberechtigung des ZAV formulierten) Effekte des NSM „Motivation“ und „Eigenverantwortlichkeit“ erweisen sich leider in diesem Lichte als das, wofür skeptische Traditionalisten sie von vornherein hielten, nämlich als zynische Farce zur Verkleidung einer noch direkteren Gängelung und Aushungerung der staatlichen Kultureinrichtungen. Das zeigt sich auch auf verwaltungstechnischem Gebiet an den eigendynamischen „Sachzwängen“, die das verordnete SAP-System entfaltet:

- zum sinnvollen Betrieb der Software musste eine sog. „Großmandantschaft“ aus landeseigenen Museen und Schösserverwaltung gebildet werden, in der die Einzelhaushalte der betroffenen Institutionen verschwanden; die dort eingegebenen einzelnen Kapitelnummern sind für die Einzelinstitutionen in der monatlich zentral von der HZD vorgenommenen Abrechnungen nicht erkennbar! Einzelne Budgets sind nicht mehr abbildbar und müssen aufwändig (Doppelarbeit) in den Häusern selbst mitgeführt werden;

- zum Betrieb der Großmandantschaft wiederum war die Schaffung einer – wundersamerweise plötzlich vorhandenen – ISt-Stelle (!) für einen „Projektsteuerer“ erforderlich, dessen Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortungsabgrenzungen beispielsweise gegenüber den an jedem Haus ja noch vorhandenen Beauftragten für den Haushalt im haushaltsrechtlichen Sinne völlig unklar sind;
- es ist völlig ungeklärt, wie (und von wem) die in diesem „Topf“ vorhandenen Mittel, und seien es auch solche, die eine der Institutionen selbst erwirtschaftet hat (möglicherweise sogar im Hinblick auf eine bestimmte geplante Maßnahme), auf die einzelnen Institutionen verteilt werden;
- die Direktoren der einzelnen Häuser haben damit jede unmittelbare Steuerungsmöglichkeit für die eigene Ausgaben- und Einnahmepolitik verloren; dies widerspricht diametral der ursprünglich als Ziel der Reform vorgegebenen „dezentralen Ressourcenverwaltung“ (Zwischenbericht 1998, S. 32-33).
- schließlich lässt sich das Anlagevermögen (Voraussetzung für die angestrebte Bilanzierung) von musealen Sammlungen überhaupt nicht erfassen, es sei denn mit einem fiktiven Wert. Der Aufwand, den sich nach jeder Auktionssaison ändernden Marktwert von Tausenden von Kunstwerken festzustellen und **aktuell zu halten**, erfordert im Landesbereich mehrere Dutzend sinnlose Stellen, zumal dieser Marktwert ja nicht realisiert werden kann und soll. Leider lassen sich über die Sinnlosigkeit eines solchen Unterfangens auch Rechnungshofe nicht belehren, die landauf, landab immer häufiger auf die Idee verfallen, Museen auf Jahre hinaus und ausschließlich mit der Ermittlung und Aktualisierung ihrer Werte beschäftigen zu wollen.

Grundsätzlich ist anzumerken (nach Erfahrungen, die zwischenzeitlich in Reformmodellen in anderen Ländern gemacht wurden), dass produktorientierte Kosten-Leistungssysteme, die eine „Steuerung nur noch über außenwirksame Leistungen/Produkte“ (Erster Zwischenbericht 1998, S.7, S.11) ermöglichen, **zur Abbildung und Steuerung von (geistes-)wissenschaftlicher Arbeit** (z.B. auch in der Grundlagenforschung: das Problem stellt sich derzeit auch in der Max-Planck-Gesellschaft, die ebenfalls SAP eingeführt hat, aber freilich eine ungleich größere „Mandantschaft“ bildet), **zum Kulturerbe-Erhalt und zur Bildungsvermittlung definitiv nicht taugen:**

- ein Großteil der „Produkte“ wird für noch nicht wirtschaftlich agierende (Kinder) oder noch gar nicht geborene „Kunden“ erbracht, so dass keine direkte Relation zur wirtschaftlichen Effizienz korrekt definiert werden kann; auch, wie lange beispielsweise die (exakt bezifferbare) Oberflächenrestaurierung eines mittelalterlichen Holzkruzifixes „hält“ (also über wie viel Jahre sie „abgeschrieben“ werden kann), erweist sich oft erst in der (über-) nächsten Generation;
- ein weiterer großer Teil der Produkte sind geistige Güter (Ausstellungskonzepte, Katalogtexte) und daher so individuell wie ihre Schöpfer und ihre Gegenstände/Themen. Sie entziehen sich damit zwar nicht der fachlichen Bewertung, wohl aber ihrer ökonomischen Vergleichbarkeit und ergo Steuerung;
- in Institutionen, die eine Vielzahl miteinander verflochtener Leistungen erbringen, die größtenteils geistiger Natur sind und von wenigen Mitarbeitern stammen, die an mehreren „Produkten“ gleichzeitig arbeiten, und das aus Motivation und Idealismus noch über die Regel-Arbeitszeit hinaus, lässt sich der Ressourcenverbrauch im Personalkostenbereich nie korrekt abbilden. Eine solche Abbildung wäre aber die Voraussetzung für das angestrebte Benchmarking über Zeitvergleich (Erster Zwischenbericht 1998, S.19). Der Verbrauch an Personalkosten kann nur fiktiv eingegeben werden: Dann müssen jedoch alle zu vergleichenden Institutionen auf ein – zu schaffendes – fiktives Regelwerk verpflichtet werden;

Es fragt sich daher, welche Art von „Transparenz“ ein KLR-Modell und -System eigentlich bringen soll, das im Falle von wissenschaftlich-kulturellen Einrichtungen in vier wesentlichen Parametern mit Fiktionen „ausgetrickst“ werden muss, damit es überhaupt funktioniert, und dabei, statt Dienstleistung auf dem Gebiet der Verwaltung zu erleichtern, letztere zum ressourcenverzehrenden und die Institutionen ihrem individuellen, historisch gewachsenen Wesen nach aushöhlenden Moloch erhebt.

Fazit

Als optimal für eine effiziente und sachorientierte Museumsarbeit erweist sich ein budgetierter (klassischer) Haushalt mit Übertragungsmöglichkeit und Ausgabeermächtigungen, der von einer Kostenstellen- und Kostenträgerstruktur in den sinnvollen und möglichen Bereichen zur Gewährleistung der Transparenz begleitet wird. Es muss allerdings die Auszahlung der gebildeten Rücklagen gewährleistet sein; diese darf nicht – wie bisher – vom Wohlwollen des Ministeriums abhängen. Im Gegenzug können Regelungen für Höhe, Dauer und Zweck von Rücklagen vereinbart werden.

Personal

Obwohl das HLMD seit rund zehn Jahren beim Einsatz von Kommunikationstechnologie, der Präsentation einer Webseite, schließlich beim Einsatz von Buchführungssoftware eine Pilotstellung unter den Kultureinrichtungen des Landes eingenommen hat und künftig auch die EDV-gestützte Inventarisierung der Kunstbestände in Angriff genommen werden soll (für die naturwissenschaftlichen Bestände schon seit Jahren im Gang), das Haus also voller komplexer Hard- und Software steckt, wurde die Schaffung einer Stelle für den vorgeschriebenen IT-Beauftragten, der die Technologie auch betreuen kann, bislang abgelehnt. Dass dies ebenso sinnlos wie unwirtschaftlich ist, bedarf eigentlich keines Kommentars.

A4.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Schaffung einer IT-Beauftragten- und Betreuungsstelle
- zum Steuerungsmodell s. allgemeine Empfehlungen
- Nachbesserung der Verträge zur Außenstelle Lorsch im Sinne des Landes (s. hierzu Vorbemerkungen)
- Erstellung eines tragfähigen Konzeptes für das Haus der Industriekultur (idealerweise gehört dieses Haus, das ja keineswegs für „Industriekultur“ zuständig ist, sondern allenfalls für die Geschichte der Druckmaschinen, überhaupt nicht in Landesträgerschaft)

Mittelfristig

- Konzeptionelle Überlegungen zu einer stärkeren Integration des Schlossmuseums

Museum Wiesbaden

Das Museum Wiesbaden besteht aus drei historisch nicht zusammengehörigen Abteilungen Kunst (historisch gesehen die kleinste Abteilung), Naturgeschichte und „Nassauische Altertümer“. Im vergangenen Jahrzehnt sind angesichts gravierender Baumängel erhebliche Mittel in die Sanierung geflossen, die bislang lediglich einem Teil der Kunstabteilung attraktive moderne Räume beschert haben. Von dieser wiederum ist vorrangig die Kunst des 20. Jahrhunderts dem Publikum zugänglich, deren Bestände mit konsequenter und nahezu ausschließlicher Schwerpunktbildung bei deutschem Expressionismus, Konstruktivismus und der sog. „stillen Avantgarde“ sowie konstruktiven Positionen der Nachkriegskunst erweitert wurden. Eine solche Schwerpunktbildung ist legitim (auch wenn sie derzeit für ein größeres Publikum nicht attraktiv zu sein scheint, s. unten), sie ist für ein kleines Haus mit begrenztem Etat zur Profilbildung gerade innerhalb der Rhein-Main-Kulturlandschaft auch sinnvoll, zumal der vorhandene Grundbestand (und erst das, was nach der Auslagerung nach Dresden und dem Abtransport nach Russland davon übrig blieb) keinen Überblick über die Kunstgeschichte nahe legte.

Dennoch enthält dieser Bestand sehenswerte Werke der älteren Kunst, die offenbar sehr restaurierungsbedürftig sind. Das Museum unternimmt trotz geringer Personalausstattung und ohne wirklich Sachmittel für Restaurierungen zu besitzen derzeit Anstrengungen, diese Bestände wieder ausstellungsfähig zu machen. Es sollte von Seiten des Landes – auch durch finanzielle Unterstützung dieser Maßnahmen – sichergestellt werden, dass diese Bestände dauerhaft wieder zugänglich sein werden. Eine umfassendere Gestaltung der Dauerausstellung könnte möglicherweise zu einer Erhöhung der derzeit beklagenswert geringen Besucherzahl beitragen.

Mit Sicherheit wäre dies durch eine Zugänglichkeit der wertvollen naturwissenschaftlichen Sammlungen (siehe hierzu das zu Beginn der neunziger Jahre im Auftrag des HMWK erstellte, aber nie beachtete Gutachten der Kommission „Naturwissenschaftliche Sammlungen in

Hessen“) zu erreichen, deren Attraktivität für ein breites, insbesondere jugendliches Publikum sich in Darmstadt erweist. Hierfür fehlt seit Jahren ein Konzept. Eine attraktive Dauerausstellung, die auf die Kunstbestände Bezug nehmen könnte, wäre unter dem Dach des vorhandenen Gebäudes räumlich durchaus wieder unterzubringen. Für eine dritte Abteilung dürfte der Platz angesichts neuer Ausstellungskonzepte und veränderter Besuchererwartungen an Serviceräume nicht ausreichen. Auch besitzt die Sammlung Nassauischer Altertümer vorrangig lokale Bedeutung und wäre daher besser als eigenständige städtische Einrichtung untergebracht. Die Schwierigkeit, sich über Trägerschaft und Verbleib insbesondere dieser Sammlung (politisch) zu einigen, behindert seit Jahren die bauliche und konzeptionelle Fortplanung des Museums Wiesbaden.

Im Museum Wiesbaden stellt sich die wissenschaftliche Inventarisierungslage besonders schlecht dar, da bei der Übernahme des Museums in Landesträgerschaft 1972 die mit übernommenen Inventare zum Teil ungenügend waren. Dennoch hat das Museum bislang – anders als dies etwa das HLMD seit nahezu dreißig Jahren, wenn auch in unterschiedlicher Intensität und meist mit Hilfe von Drittmitteln tut – keine erkennbare Kampagne zur Erstellung von Bestandskatalogen initiiert. Die hingegen in letzter Zeit forcierte Publikation aufwändiger Künstlermonographien in Form von Oeuvrekatalogen ist im Fall von Ausstellungskatalogen akzeptabel, ersetzt die Grundaufgabe „Bestandskatalog“ aber nicht bzw. nur dort, wo sich wirklich das Gros eines Oeuvres in einer Sammlung befindet.

Haushalt

Setzt man Sachmittel- (und Personal-)Etat in Bezug zur Größe und Bedeutung der Sammlung im Verhältnis etwa zu (dem freilich sehr unzureichend ausgestatteten) Kassel, kann nicht behauptet werden, dass das Museum Wiesbaden besonders schlecht ausgestattet wäre. Abgesehen davon, dass der Etat wie überall zu gering ist, liegt es möglicherweise an der Prioritätensetzung innerhalb des Haushaltes, wenn die apparative Ausstattung hier beispielsweise besonders rückständig ist (es gibt nur zwei Arbeitsplätze mit Internet- und Email-Zugang, und keine Netzverbindung!). Angesichts dieses technologischen Überflusses ist es – noch – hinnehmbar, dass die Funktion des IT-Beauftragten von einem Depotverwalter wahrgenommen werden muss.

Insgesamt fällt in diesem Museum jedoch der krasse Gegensatz zwischen der Hochglanzerscheinung der sanierten Ausstellungsräume und dem Dritte-Welt-Zustand hinter den Kulissen auf. Zur Beseitigung dieser Zustände sollten Ziele vereinbart und dann auch die entsprechenden finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Bei der Einführung der Großmandantschaft wurde nicht beachtet, dass das Museum Wiesbaden bislang eine gemeinsame Verwaltung mit dem örtlichen Staatsarchiv hatte, das nun seinerseits einer – anderen – Großmandantschaft zugeschlagen wird. Hier ergibt sich ein zusätzliches, ungelöstes Entflechtungsproblem.

Personal

Der krasseste Mangel besteht auch hier auf dem Gebiet der Museumspädagogik: Das Museum Wiesbaden kann sechs Stunden pro Woche über einen Pädagogen verfügen, der alle drei Sammlungsgebiete abdecken soll.

Empfehlungen

Kurzfristig

- Zukunft der Sammlung Nassauischer Altertümer sichern, möglichst in Trägerschaft der Stadt, ggfs. mit Anschubfinanzierung durch das Land
- Konzept für die Gesamtpräsentation der verbleibenden Sammlungen entwickeln, da erst dann sinnvoll mit der Fortführung der baulichen Maßnahmen begonnen werden kann

Hessische Hausstiftung

Die Hessische Hausstiftung unterhält teilweise das Schlossmuseum in Darmstadt (zu einem Drittel), das Prinz-Georg-Palais mit Porzellansammlung in Darmstadt und vollständig aus eigenen Ressourcen das Museum Schloss Fasanerie. Diese Kultureinrichtungen sind somit privat und fallen nicht in den Kompetenzbereich der hessischen Kulturpolitik. Dennoch besteht wegen ihrer künstlerischen und landesgeschichtlichen Bedeutung ein öffentliches Interesse an ihrem Erhalt, und hier besteht ein mittlerweile auch öffentlich sichtbar gewordener Interessenskonflikt mit der Steuergesetzgebung, die im Endeffekt die Kulturpolitik des Landes doch berührt.

Die Hessische Hausstiftung ist eine Familienstiftung, die die Mittel für den Erhalt denkmalgeschützter Substanz (bei Schlössern wie Fasanerie nicht eben wenig) und den Betrieb der Museen erwirtschaften muss. Aus den Objekten selbst können diese Mittel ebenso wenig erwirtschaftet werden, wie etwa die Staatlichen Museen Kassel ohne Subventionen auskommen könnten. Folglich erwirtschaften die anderen Bestandteile der Stiftung (Kapital, Grundbesitz, zwei Hotels sowie Landwirtschaft) diese Mittel. Diese Stiftungsbestandteile unterliegen alle 30 Jahre einer Besteuerung, die so erheblich ist, dass sie das Kapital (und damit die Erträge, die zum Unterhalt der Kultureinrichtungen notwendig sind) schmälern. Das Kapital kann logischerweise nur aus dem Verkauf von Kunstbesitz aufgestockt werden, wobei nur der wirklich wertvolle auf dem Markt die entsprechenden Summen erbringt. Es ist zwar drastisch, entspricht aber dieser Logik, wenn sich im Hinblick auf die nächste Steuerzahlung die Hausstiftung gezwungen sieht, die Holbein-Madonna zum Verkauf anzubieten, fairerweise so rechtzeitig, dass genügend Zeit bleibt, eine öffentliche Finanzierung dieses Ankaufs auf die Beine zu stellen.

Die berühmte Holbein-Madonna, immerhin weltweit als „Darmstädter Madonna“ bekannt, steht auf der Liste des nicht exportierbaren Kulturguts und kann daher nicht

außerhalb Deutschlands, wohl aber außerhalb Hessens verkauft werden (etwa nach Berlin!). Angesichts der engen historischen und sogar sentimental Bindung dieses Gemäldes an Darmstadt wäre es ein **unverzeihlicher, nicht wiedergutzumachender Fehler**, wenn das Land Hessen nicht alles unternähme, um dieses Meisterwerk anzukaufen und in Darmstadt zu belassen. Es ist dies sogar eine Chance, das Werk künftig in einem musealen Kontext integrieren zu können, in dem es seinen Bekanntheitsgrad und seinen Symbolwert für „hessische“ kulturelle Identität weit besser als bisher entfalten kann. Daraus ergeben sich Konsequenzen für das Schlossmuseum (s. unter Darmstadt), die durchaus in einem stärkeren finanziellen Engagement für diese Einrichtung bestehen könnten.

Parallel dazu sollte geprüft werden, ob nicht die gesetzlichen Regelungen zur Besteuerung von Familienstiftungen abgeändert werden können, um künftige Aderlasse an Kulturerbe zu vermeiden.

ALLGEMEINE EMPFEHLUNGEN:

Shops

Fast alle besuchten Institutionen haben in den letzten Jahren versucht, sich Produktpaletten zu besorgen. Das Problem ist, dass Museumsshops erst ab mindestens 150.000 Besuchern im Jahr wirklich rentabel sind, während andererseits gute Produkte häufig auf volles Risiko des Bestellers produziert werden (was auch sinnvoll ist, solange Lizenzfragen nicht professionell-juristisch geklärt werden können und daher bei den landeseigenen Institutionen allenfalls das Risiko, nicht aber der Profit hängen bleibt) und sich daher oft erst ab Stückzahlen rentieren, die eine einzelne Institution nicht tragen kann. Keine der hessischen Institutionen verfügt außerdem über das Personal, die Technik und das Know-How, ihre Produkte in den mittlerweile längst existierenden internationalen Markt für Museumsderivate einzubringen (s. z.B. die internationale Spezialmesse hierfür in Paris) oder sie im Internet anzubieten. Keine verfügt außerdem über das betriebswirtschaftliche Know-How, den Markt und die Preisgestaltung qualifiziert einzuschätzen. Hier empfiehlt sich eine **Pool-Bildung**:

Eine zentrale Stelle – deren Rechtsform den steuerrechtlichen Erfordernissen angepasst sein sollte (die steuerliche Behandlung der existierenden Shops ist bislang völlig ungeklärt!) und die zum Start mit wenigstens einer Stelle (Betriebswirt/Kaufmann) ausgestattet sein sollte –, evaluiert die Produktvorschläge der einzelnen Institutionen im Hinblick auf ihre Marktauglichkeit und übernimmt die Ausschreibung und Kostenkalkulation der Produktion (bei juristischem Sachverstand ggfs. auch die Lizenzvergabe und den Markenschutz mit den entsprechenden Verträgen). Die so entstehenden „hessischen“ Produkte werden in **allen** Shops landeseigener Institutionen angeboten und überregional vermarktet. Das setzt voraus, dass die Institutsleiter sich darüber

A4.

verständigen, was sie als Produkt gemeinsam akzeptieren. Dies dürfte aber machbar sein. Die Vorschläge sollten von den Museen bzw. Schlösserverwaltung kommen und einen eindeutigen, originellen Bezug zur jeweiligen Institution haben. Nur so kann ein Label „hessische Museumsprodukte“ entstehen, das Produkt aus Wiesbaden für seine Institution auch im Shop von Kassel erkennbar werben, der potenzielle Käuferkreise eine relevante Größe erreichen und dem Publikum signalisiert werden, dass es diese Produkte exklusiv bei hessischen Kulturinstitutionen gibt (also keine Alessi-Teekessel, so schön sie auch sein mögen).

Eintrittsregelung

Im Interesse von Nachhaltigkeit und Breitenwirkung sollte **der Eintritt für die ständigen Museumssammlungen (nicht für Sonderausstellungen) wieder aufgehoben werden** (angemerkt sei, dass das HLMD schon vor Jahren beschlossen hat, ab 16 Uhr keinen Eintritt mehr zu erheben; die Erfahrung zeigt, dass zahlreiche potenzielle Besucher warten, bis es 16 Uhr ist). Die fehlenden Einnahmen müssten den Museen wenigstens Übergangsweise freilich im Etat ausgeglichen werden, doch handelt es sich um vergleichsweise geringe Summen (der größte Teil der Eintrittseinnahmen wird, das sollte nicht übersehen werden, aus Eintritten für Sonderausstellungen erwirtschaftet!). Langfristig könnte dieser Verlust bei erfolgreicher Umsetzung der Empfehlung zu den Shops sogar ausgeglichen werden. Erfahrungen in London haben gezeigt, dass das Victoria and Albert-Museum nach Einführung von Eintrittsgebühren nur noch marginale Besucherzahlen verzeichnet und am Rand des Ruins steht, während die National Gallery erfolgreich auf freiem Eintritt (nicht für Sonderausstellungen!) beharrte und damit zugleich die Besucherzahlen als auch den Pro-Kopf-Umsatz pro Besucher im Shop ganz erheblich steigern konnte. Der jüngst wieder verkündete Wegfall der Eintrittsgelder für britische Museen allgemein hat bereits innerhalb von sieben Monaten zu einer Steigerung der Besucherzahlen um 62% geführt (s. Süddeutsche Zeitung Nr. 184 vom 10./11. August 2002, S. 13).

Neues Steuerungsmodell bzw. Budgetierung

Die – erwünschte und notwendige – Flexibilisierung und Eigenverantwortlichkeit beim Einsatz der Mittel sollte nach den Erfahrungen mit dem Pilotprojekt auf eine Kombination aus Teil-Kostenstellenrechnung mit voll deckungsfähigem und (wenigstens teilweise) übertragbarem Budget auf kameralistischer Grundlage beschränkt bleiben. Wenn doch am NSM in allen seinen Ausprägungen festgehalten werden soll, dann muss es in allen Konsequenzen, bis hin zu den tarifrechtlichen (s. die Vorbermerkungen) und der Delegation der Ressourcenverantwortung auf die einzelnen Institutionen durchgeführt werden.

Inventarisierung

An allen genannten Institutionen soll demnächst die EDV-Inventarisierung der Bestände in Angriff genommen werden. Es scheint daran gedacht, dass das HMWK hierfür ein einheitliches System anschafft und auch zusätzliche Mittel bereitstellt. Das ist lobenswert und sinnvoll, doch ist dabei – auch nach bereits vor Jahren am HLMD gemachten Erfahrungen – Folgendes zu beachten:

- es sollte sich um ein bereits in **mehreren** großen Museum bewährtes System handeln;
- es sollten dabei keine Kompromisse im Hinblick auf eine angestrebte Kompatibilität etwa mit einem bestimmten großen Partner geschlossen werden (auf dem Gebiet der Kunstmuseen haben Europaweit so viele Museen – sogar der Preußische Kulturbesitz – inzwischen das System gewechselt, dass eine Koordinierung oder gar die Durchsetzung eines Standards hier derzeit nicht möglich scheint);
- anders sieht es bei Spezialgebieten wie der Numismatik, der Zoologie, der Mineralogie u.a. aus, wo sich länderübergreifend zumindest unter einer signifikanten Gruppe von Einrichtungen bestimmte Standards durchgesetzt haben; dieser Anschluß sollte gewahrt bleiben und nicht aus zentralistischen Vereinheitlichungsvorstellungen heraus aufgegeben werden, auch wenn dann in ein und demselben Museum verschiedene Inventarisierungsprogramme in den verschiedenen Abteilungen laufen; die Differenzen ergeben sich aus den völlig verschiedenen Erfassungs- und Beschreibungsparametern der einzelnen Disziplinen;
- Ziel jeder Inventarisierung kann nur die wissenschaftliche Erfassung (natürlich inklusive der materiellen Dokumentation und fotografischen Sicherung) der Objekte sein, nicht deren ökonomische Bewertung; die gewählte Software muss daher zur Aufnahme dieser Daten einschließlich entsprechender Recherche-Möglichkeiten (z.B. nach Provenienzen) in der Lage sein;
- die Erfassungstiefe muss erweiterbar sein, d.h. es muss möglich sein, beispielsweise zunächst nur die Grunddaten eines Werkes aufzunehmen und diese Angaben später – etwa im Hinblick auf die Vorbereitung einer Ausstellung oder eines Bestandskataloges – um Literaturangaben oder Zuschreibungshinweise aufzustocken;
- selbst für eine erstmalige Erfassung der Grunddaten ist befristet zusätzliches Personal erforderlich.

Museumspädagogik und Öffentlichkeitsarbeit

Problem in allen Instituten gravierend, nur im HLMD ist eine Pädagogenstelle in Aussicht gestellt und die Staatlichen Museen in Kassel verfügen ebenfalls über eine einzige Stelle (zum Vergleich: das benachbarte kleine Museum für Sepulkralkultur hat ebenfalls einen!). Das bisherige Modell mit stundenweise freigestellten Lehrern, die sich ausschließlich der Arbeit mit schulpflichtigen Kindern widmen dürfen, verkennt völlig, dass Museumspädagogik sich heute an alle Altersklassen und Schichten wenden muss. **Eine konsequente Vermittlungspolitik und inhaltliches Marketing wirken für die Identität Hessens und die „Volksbildung“ (auch der Jugend!) nachhaltiger als kurzfristige Events wie Festivals und Großausstellungen.** Es nutzt nichts, auf Schätzen zu sitzen, wenn man sie nicht bekannt machen kann!